

BERLINER ZUSTÄNDE 2008

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Homophobie

HerausgeberInnen: apabiz, MBR

I n h a l t

	B erliner Zustände 2008.....	47
	C hronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin <i>von ReachOut</i>	
	R echtsextremismus in der Nachbarschaft.....	3
	<i>Vorwort von Prof. Dr. Richard Stöss</i>	
	E inleitung.....	5
	<i>von Annika Eckel (MBR), Eike Sanders und Ulli Jentsch (apabiz)</i>	
	E ine Frage der Perspektive - Angriffe in Berlin.....	7
	Ein kritischer Blick auf die Hintergründe rassistischer Taten <i>von Sabine Seyb (ReachOut)</i>	
	D okumentieren, Archivieren, Informieren.....	14
	Das Lichtenberger Register <i>von Netzwerkstelle Licht-Blicke</i>	
	K ritische Weißseinsforschung für die Praxis.....	18
	Konsequenzen aus der Reflexion <i>weißer</i> Privilegien für den Alltag <i>von Andrés Nader und Yasemin Yildiz</i>	
	K reuzberg als Chiffre.....	22
	Von der Auslagerung eines Problems bei der Thematisierung homophober Gewalt <i>von Gays & Lesbians aus der Türkei (GLADT e.V.)</i>	
	I m Schatten der Aufmerksamkeit.....	29
	Die Aktivitäten der Grauen Wölfe in Berlin <i>von AK Graue Wölfe/Türkischer Nationalismus</i>	
	N ationalistische Moralapostel.....	32
	Sexismus und Homophobie bei RNF und NPD <i>von Ulli Jentsch und Eike Sanders(apabiz)</i>	
	W as bleibt?.....	40
	Rudow nach den rassistischen Brandanschlägen <i>von Dr. Esther Lehnert und Matthias Müller (MBR)</i>	
	Weiterführende Literatur.....	58
	Adressen.....	59
	Impressum.....	60



Rechtsextremismus in der Nachbarschaft

Vorwort von Prof. Dr. Richard Stöss

Der Beitrag in diesem Schattenbericht über den Rechtsextremismus im Rudower Blumenviertel weist einmal mehr darauf hin, dass rechtsextreme Einstellungen in der Berliner Bevölkerung weit verbreitet sind. Das Otto-Stammer-Zentrum am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin beobachtet seit vielen Jahren die Entwicklung dieses Einstellungsmusters in der Region Berlin-Brandenburg¹. Im Jahr 2008 haben wir ermittelt, dass 14 Prozent der BerlinerInnen (ab 14 Jahren) rechtsextreme Einstellungen aufweisen. Das bedeutet, dass im vergangenen Jahr jede/r siebente Befragte in der Hauptstadt völkisch-nationalistische Auffassungen vertrat. Vier Jahre zuvor hatten wir sogar 16 Prozent gemessen. Beim Rechtsextremismus handelt es sich also nicht um ein Randphänomen. Mehr oder weniger sind alle Alters- und Erwerbsgruppen betroffen. Wenn auch die Unterschicht besonders anfällig für rechtsextreme Angebote ist (Berlin 2008: 19%), so finden sich auch in der Mittelschicht (10%) und in der Oberschicht (5%) derartige Orientierungen. Selbst wenn man nur den harten, ideologisch gefestigten Kern der Rechtsextremen herausfiltert, handelt es sich immer noch um sieben Prozent der BerlinerInnen.

Wenn wir in unseren Untersuchungen aufwendige Ursachenanalysen betreiben, so dient das vor allem der Konzipierung von Gegenmaßnahmen. Ich muss mich hier in aller Kürze auf zwei wesentliche Komplexe beschränken. Erstens begünstigen autoritäre Überzeugungen die Ausbreitung von rechtsextremen Einstellungen, während demokratische Überzeugungen maßgeblich zu ihrer Eindämmung beitragen. Es reicht allerdings nicht aus, Demokratie in der schulischen oder außerschulischen Bildungsarbeit zu unterrichten. Demokratie muss auch praktiziert werden! Der Beitrag über den Rechtsextremismus im Rudower Blumenviertel zeigt eindrucksvoll, dass dem Treiben der Rechtsextremen durch zivilgesellschaftliche Aktivitäten im nachbarschaftlichen Umfeld Einhalt geboten werden kann, wenn sie professionelle Hilfe und administrative Unterstützung finden.

Das beträchtliche Demokratiedefizit in der Berliner Bevölkerung beruht weithin auf der Unzufriedenheit mit dem Zustand und der Leistungsfähigkeit der politischen Ordnung. Es wird erwartet, dass die Politik für auskömmliche Arbeits- und Lebensbedingungen sorgt. Das bringt mich zu dem zweiten Ursachenkomplex:

Zwei Drittel der Befragten in Berlin äußerten 2008 Kapitalismuskritik und immerhin noch 38 Prozent wiesen antikapitalistische Einstellungen auf. Statistische Analysen zeigen, dass ein enger Zusammenhang zwischen rechtsextremen und kapitalismuskritischen bzw. antikapitalistischen Orientierungen besteht: Rechtsextreme Einstellungen wachsen mit der Unzufriedenheit mit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Und diese Unzufriedenheit bietet Andockmöglichkeiten für die sozialen Verheißungen der Rechtsextremen, die dem sozioökonomischen Wandel und der Globalisierung durch nationalistische und rassistische Konzepte begegnen wollen. Daraus folgt Zweierlei: Diese Konzepte (die uns allenfalls nordkoreanische Verhältnisse bescheren) müssen auf breiter Basis als soziale Demagogie entlarvt werden. Zugleich muss der Sozialstaat für eine gerechtere Verteilung der Einkommen und der Bildungschancen sorgen. Benachteiligt fühlen sich diesbezüglich nicht nur die Angehörigen der Unterschicht, sondern teilweise auch die der Mittel- und der Oberschicht. Auch dies lehrt uns, dass Rechtsextremismus keineswegs nur in den unteren sozialen Gruppen gedeiht.

Dass Frauen im Prinzip genauso anfällig für rechtsextreme Einstellungen sind wie Männer, ist bekannt. Das gilt ebenso für die Tatsache, dass sich Männer doppelt so oft für rechtsextreme Parteien entscheiden wie Frauen. Dieser „gender gap“ im Wahlverhalten bildet nicht nur ein wichtiges Thema der Rechtsextremismusforschung. Der Beitrag des apabiz über den Ring Nationaler Frauen (RNF) der NPD zeigt, dass die Rechtsextremen die Frauen mittlerweile als Zielgruppe ausgemacht haben und bemüht sind, ihr Frauendefizit auszugleichen oder wenigstens doch abzumildern. In der Forschung wird vor allem der Frage nachgegangen, ob sich Frauen dem Rechtsextremismus trotz oder gerade wegen seines sexistischen - oder eben auch völkisch-biologistischen, auf einer vermeintlich naturgegebenen Rollenzuweisung beruhenden - Frauen- und Familienbilds zuwenden.

In einem Forschungsprojekt mit Umfragedaten aus dem Jahr 2005 konnten wir einen engen statistischen Zusammenhang zwischen rassistischen, völkisch-nationalistischen und sexistischen Bestrebungen als zwei Formen von Diskriminierung, Hierarchisierung und Unterwerfung nachweisen, und zwar bei Männern und Frauen. Mit anderen Worten: Auch Frauen können von einer patriarchalen Dominanzkultur profitieren. Beide Geschlechter erwarten sich vom Rechtsextremismus - wenn auch aus unterschiedlichen Motiven - die Sicherung des (heutzutage angeblich bedrohten) Patriarchats durch ein traditionalistisches Frauen- und Familienkonzept. Den Frauen geht es dabei um Anerkennung, Aufwertung und Orientierungssicherheit, den

Männern um die Bewahrung bzw. Stärkung ihrer dominanten gesellschaftlichen Stellung. Beim Wahlverhalten haben reaktionäre Weiblichkeitsideale allerdings nicht die Bedeutung, die ihnen in der Literatur oft zugeschrieben werden, bei Frauen noch weniger als bei Männern. Zwar übt das traditionalistische Frauen- und Familienbild der NPD durchaus eine gewisse Anziehungskraft auf beide Geschlechter aus. Die Annahme, dass Frauen dadurch eher abgestoßen werden, dass sie kein Interesse an Parteien haben, die vornehmlich Männerbelange vertreten, trifft in dieser Pauschalität also nicht zu. Es sind vor allem die Alltagsbedürfnisse der Frauen (Kinderbetreuung, Schul- und Bildungspolitik, soziale Leistungen, Renten etc.) und weniger ihre sexistischen

Vorstellungen, die sie an die NPD binden. Dass Frauen die NPD seltener wählen als Männer, liegt daran, dass die Partei über keinerlei Kompetenz für die Lösung derartiger Probleme verfügt. An diesen Alltagsproblemen muss die Bekämpfung des Rechtsextremismus bei Frauen ansetzen. Wir brauchen mehr geschlechterspezifische Sozialarbeit, mehr sozialräumlich verankerte Projekte, die sich um Frauen kümmern, die dazu neigen, ihre problematische soziale Lage unter Zuhilfenahme von rechtsextremen Deutungsangeboten nach dem Muster beispielsweise des RNF zu verarbeiten.

1 Die Untersuchungsberichte finden sich auf der Internetseite des Otto-Stammer-Zentrums: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/index.html>

Prof. Dr. Richard Stöss
Ist seit 1996 Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums für Empirische Politische Soziologie an der FU Berlin. Der Politikwissenschaftler erforscht seit den frühen siebziger Jahren die Geschichte und Strukturen des bundesdeutschen Rechtsextremismus, vor allem das Parteienmilieu. Seine letzten Veröffentlichungen beschäftigten sich u. a. mit rechtsextremen Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und mit dem Zusammenhang von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik. E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de



Einleitung

Von Annika Eckel (MBR),
Eike Sanders und Ulli Jentsch (apabiz)

„Chaostruppe NPD“, „die NPD hat an Schlagkraft verloren“, „die NPD steht vor dem Ruin“ lauten seit Ende 2008 die Schlagzeilen zu den finanziellen Problemen und internen Machtkämpfen der NPD. Die rechtsextreme Partei sei „drauf und dran, sich selbst zu erledigen“, frohlocken dabei so einige.

Wenn man, wie der Berliner Verfassungsschutz, die NPD als „zentralen rechtsextremen Akteur“ bezeichnet, gerät schnell aus dem Blick, dass die NPD lediglich der parteiförmige Teil einer rechtsextremen Bewegung ist. Die Zustimmung zu rechtsextremen Ideologeelementen reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Ein Großteil derjenigen, die rechtsextreme Angebote des vorpolitischen Raums nutzen, sind in der Mehrheit keine organisierten Rechtsextremen, aber sie stimmen zumindest in Teilen ihrer Ideologie zu, beispielsweise rassistischen oder antisemitischen Einstellungen. Rechtsextreme Einstellungen finden sich auch bei Personen, die nie eine Anbindung an die rechtsextreme Szene hatten, sich aber in einem gesellschaftlichen Umfeld bewegen, in dem Vorurteile gegen Minderheiten zum Alltag gehören. Die Opferberatungsstelle ReachOut spricht von einem besorgniserregenden Anstieg rassistisch motivierter Angriffe im Jahr 2008. Auch neuere Studien weisen die höchsten Zustimmungswerte für Rassismus aus. Jenseits von öffentlichen Kristalli-

sationspunkten, wie beispielsweise NPD-Parteitagen oder rechtsextremen Aufmärschen, wollen fünf Berliner Projekte rechtsextreme, rassistische, nationalistische sowie homophobe Phänomene beleuchten. Auch in einer sich als weltoffen präsentierenden Stadt wie Berlin gibt es genug Gründe für eine kontinuierliche, alltägliche Auseinandersetzung. In ihrer Gesamtheit verfolgen die Berliner Zustände 2008 das Ziel, relevante Entwicklungen und Tendenzen zu analysieren und so eine alternative Informationsquelle aus Sicht der Fachprojekte zur Verfügung zu stellen.

„Eine Frage der Perspektive“ titelt die Opferberatungsstelle ReachOut und beschreibt exemplarisch zwei Fälle, in denen Opfer rechter Gewalt mit einer rassistischen Behandlung seitens der Polizei konfrontiert waren. In einem Fall behauptet diese, lediglich der Gefahr durch den Betroffenen begegnet zu sein. Im anderen Fall will die Polizei zunächst keine rassistische Motivation beim Tathergang erkennen. Leider keine Einzelfälle.

Ergänzend zu den von ReachOut dargestellten Angriffszahlen und der – auch im Schattenbericht veröffentlichten – Chronik dokumentieren seit mehreren Jahren bezirkliche Registerstellen rechtsextrem, antisemitisch und rassistisch motivierte Vorfälle. Exemplarisch stellt die Lichtenberger Netzwerkstelle Licht-

Blicke ihre Auswertung für das Jahr 2008 vor und beschreibt, wie Pöbeleien, Propaganda und Aktionen, die meist unterhalb der Anzeigenschwelle liegen, das Klima in einem Bezirk beeinflussen.

Unter dem Titel „Von weißen Privilegien reden“ haben wir im letzten Schattenbericht die Diskussion zur Instrumentalisierung des Rassismusbegriffes begonnen. Der Artikel von Andrés Nader und Yasemin Yildiz knüpft an diese Beiträge an und wirft die Frage auf, was kritische Weißseinsforschung für die Praxis bedeutet.

Nur einige der zehn von ReachOut registrierten homophoben Gewalttaten im letzten Jahr standen im Fokus der Öffentlichkeit. Insbesondere jener vom 8. Juni auf eine Gruppe von Frauen und Transpersonen mitten auf der Kreuzberger Oranienstraße führte zu einer großen Solidarisierung mit den Opfern in der Öffentlichkeit. Ob diesem Angriff auch dieselbe Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre, wenn nicht an einem Auto der Täter ein Aufkleber der „Grauen Wölfe“ gesehen wurde, fragt der Beitrag von Glad e.V. und thematisiert, welche Funktion gesellschaftliche Diskurse erfüllen, die Phänomene wie homophobe Gewalt mit Diskursen um Migration verzahnen. Und genauso kann anders herum die Frage gestellt werden: Wäre diesem Übergriff die gleiche Aufmerksam-

keit geschenkt worden, wären die Betroffenen KurdInnen gewesen? Denn jenseits dieses Angriffes bleiben die nationalistischen Aktivitäten der Grauen Wölfe für einen Großteil der Berliner Mehrheitsgesellschaft zumeist im Verborgenen. Daher widmet sich ein Beitrag des AK Graue Wölfe/Türkischer Nationalismus deren Strukturen.

Die Berliner Strukturen von NPD und RNF (Ring Nationaler Frauen) beschreibt das apabiz. Hierbei geht es vor allem darum, wie sie sich selbst als sittliche Instanzen darstellen. Durch ein antifeministisches Frauenbild und eine angeblich integere eigene Sexualmoral unterfüttern sie ihre neonazistische „Systemkritik“ und versuchen so, ihre politischen GegnerInnen anzugreifen. Nicht zuletzt ihre eigenen Reihen säubern sie so. Ein analytischer Blick auf Reden und Subtexte erkennt deren sexistischen und homophoben Gehalt.

Die Atmosphäre im Rudower Blumenviertel nach zwei Brandanschlägen auf Wohnhäuser von Familien mit Migrationshintergrund hat der Beitrag der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zum Thema. Die Rudower neonazistischen Strukturen wurden vor Ort kaum als ein Problem wahrgenommen. Erst langsam werden Teile der Nachbarschaft durch die Brandanschläge und deren Hintergründe zu einer Solidarisierung mit den Opfern bewegt und für rechtsextreme Erscheinungsformen sensibilisiert. Ein Gespräch mit den InterviewerInnen einer AnwohnerInnenbefragung gibt eine Inneneinsicht.

Auch im dritten Schattenbericht werden die Beiträge von einer thematischen Fotostrecke begleitet. Ausschnitte zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Interventionen beispielsweise gegen rechtsextreme Infrastruktur oder Veranstaltungen

verdeutlichen, dass es immer wieder wichtig ist, öffentlich zu zeigen, dass menschenverachtende Inhalte in Berlin auf Widerstand stoßen. Die kleinteilige Auseinandersetzung mit rechtsextremen, rassistischen, nationalistischen oder homophoben Einstellungen im direkten sozialen Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Familie oder in der Nachbarschaft können diese jedoch nicht ersetzen. Letztendlich sind zivilgesellschaftliche und antifaschistische Proteste in der Öffentlichkeit gegen Neonazis nur ein Aspekt einer notwendigen Auseinandersetzung, so wie die NPD nur ein Teil des Phänomens Rechtsextremismus darstellt. Ein Blick auf die unterschiedlichen Facetten und Ausformungen von Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Homophobie ist auch immer eine Aufforderung zum alltäglichen Handeln.



Eine Frage der Perspektive

Angriffe in Berlin

Im Jahr 2008 müssen in Berlin wieder vermehrt rechte und rassistische Gewalt festgestellt werden. Die Berliner Opferberatungsstelle ReachOut schaut aber nicht nur auf die Zahlen, sondern hat durch ihre Arbeit mit den Betroffenen einen kritischen Blick auf die Hintergründe der Taten sowie auf den Umgang der Polizei mit diesen. So scheint das Anerkennen der rassistischen Motivation der TäterInnen nicht gerade zu den Stärken mancher BeamtInnen zu gehören. Zwei Beispiele geben Auskunft.

Von Sabine Seyb (ReachOut)

„Der Rückgang der Gewalttaten sollte aber keinen Anlass zur Entwarnung geben. Dagegen sprechen schon jetzt die brutalen Angriffe zu Beginn des Jahres 2008.“ So lesen wir in dem Artikel von ReachOut, der Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, für den Schattenbericht 2007. Tatsächlich waren die Angriffe in 2007 im Vergleich zu 2006 gesunken. Allerdings kamen, wie immer, auch im Laufe des Jahres 2008 noch etliche Nachmeldungen hinzu. Für das Jahr 2008 müssen wir nun wieder einen Anstieg rechter, rassistischer Angriffe und massiver Bedrohungen in Berlin feststellen.

Die Zahlen

ReachOut verzeichnet für das Jahr 2008 insgesamt 148 Angriffe in Berlin. Zum Vergleich: Bis Februar des vergangenen Jahres wurden 112 Angriffe aus dem Jahr 2007 registriert. Von den 148 Angriffen sind in der „Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen“ (siehe S. 47 und www.reachoutberlin.de) 139 Fälle dokumentiert. Einige der Opfer lehnen aus Angst vor weiteren Gewalttaten jede Form der Veröffentlichung des Angriffs ab. In 65 (2007: 39) Fällen wurden Menschen aus rassistischen Motiven angegriffen. Diese stellten mit Abstand die größte Gruppe dar. 26 Gewalttaten trafen Linke (2007: 30), vor allem AntifaschistInnen. Gegen nicht-rechte, alternative Jugendliche und Erwachsene richteten sich 30 (2007: 28) Angriffe, 4 (2007: 7) Angriffe waren antisemitisch motiviert. Der enorme Anstieg von rassistisch motivierten Angriffen ist besorgniserregend. Erfahrungsgemäß handelt es sich in diesen Fällen nicht um klar eingrenzbar Tätergruppen. Häufig sind die AngreiferInnen vorher nie auffällig geworden und auch den Ermittlungsbehörden bis dahin nicht bekannt gewesen. Das TäterInnenspektrum ist relativ groß, sowohl im Hinblick auf das Alter als auch bezüglich der sozialen Herkunft. Wir müssen davon ausgehen, dass es sich bei den meisten dieser Angriffe um spontane Gelegenheitstaten handelt.

Leute mit rassistischen Einstellungen schlagen unvermittelt zu, wenn sich die Möglichkeit bietet. Schon allein das Aussehen der Opfer oder dass sich jemand, nach Auffassung der TäterInnen, zur „falschen Zeit am falschen Ort“ aufhält, kann einen gewalttätigen Angriff provozieren. Für die potenziell Betroffenen bedeutet das, dass sie sich an kaum einem Ort zu keiner Zeit wirklich sicher fühlen können. Die Bedrohung ist immer gegenwärtig. Etwas anders sieht das nach unseren Beobachtungen bei Gewalttaten gegen Linke oder alternative Jugendliche aus. Hier sind die TäterInnen sehr viel häufiger der rechtsextremen Szene oder deren Umfeld zuzurechnen. Die Angriffe richten sich in manchen Fällen sogar ganz gezielt gegen einzelne Personen, die für ihr politisches Engagement gegen Rechtsextremismus bekannt sind.

Die Orte

86 Angriffe (2007: 70) und somit die meisten fanden auch im vergangenen Jahr im öffentlichen Raum statt. In

öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen wurden insgesamt 39 Gewalttaten (2007: 25) verübt. Das Wohnumfeld mit 10 (2007: 8) und der Arbeitsplatz mit 11 Gewalttaten (2007: 6) sind als Angriffsorte nicht von herausragender Bedeutung. Dennoch müssen wir hier eine leichte Zunahme feststellen. Ein Angriff in der unmittelbaren Umgebung der Wohnung oder direkt in der Wohnung hat in den meisten Fällen schwerwiegende Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen und deren Möglichkeiten der Verarbeitung. Das gleiche kann für den Arbeitsplatz gelten. Denn diese Angriffsorte können in der Regel nicht gemieden werden.

Friedrichshain ist mit 30 (2007: 24) Gewalttaten auch im Jahr 2008 der Bezirk mit der höchsten Angriffszahl. 15 (2007: 14) Attacken wurden für Lichtenberg dokumentiert. Es folgen Pankow mit 14 (2007: 11), Marzahn mit 12 (2007: 7), Treptow (2007: 4) und Neukölln (2007: 5) mit je 9 Angriffen. Während in Friedrichshain die Angriffe gegen nicht-rechte,

alternative Jugendliche überwiegen, sind in Lichtenberg fast die Hälfte der Angriffe (7) rassistisch motiviert oder richten sich gegen Linke bzw. gegen AntifaschistInnen (5). Auch in Marzahn und Neukölln haben die meisten Angriffe einen rassistischen Hintergrund.

Lokale Leerstellen füllen

Nach wie vor erhalten wir für unsere berlinweite Chronik die meisten Informationen über Angriffe von unseren KooperationspartnerInnen in den Ostberliner Bezirken. So gibt es, neben den sehr gut und kontinuierlich recherchierenden und dokumentierenden Antifagruppen in den Ostberliner Bezirken, nunmehr bezirkliche Register in Pankow, Treptow-Köpenick und Lichtenberg; in Marzahn-Hellersdorf wird seit 2008 ein „Verzeichnis“ für Vorfälle und Angriffe mit rechtsextremem, rassistischem und antisemitischem Hintergrund geführt. In Friedrichshain hat das Register Anfang März 2009

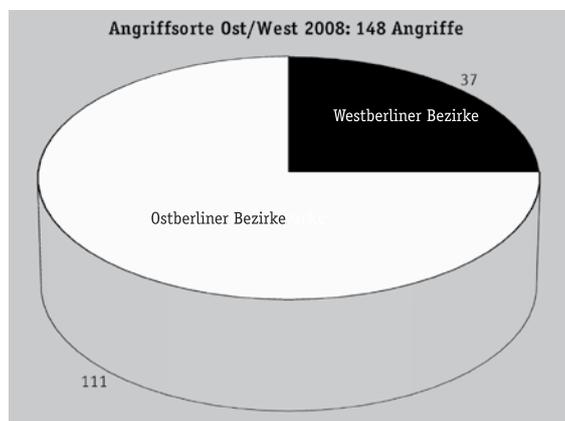
seine Arbeit aufgenommen (zu der Arbeit der Registerstellen berichtet ausführlich der Artikel ab S. 14). In keinem Westberliner Bezirk gibt es bisher etwas Vergleichbares. Deswegen müssen wir davon ausgehen, dass das Dunkelfeld dort weitaus größer sein dürfte. Und wir befürchten, dass der eklatante Unterschied der Angriffszahlen zwischen Ost (2008: 111) und West

(2008: 37) bei Weitem nicht so groß wäre, wenn es überall ähnlich verlässliche Dokumentationsstellen geben würde.

Anders als wir recherchieren die bezirklichen Register und das Verzeichnis nicht nur gewalttätige Angriffe und massive Bedrohungen, sondern auch solche Vorfälle, die eher für harmlos gehalten werden und häufig nicht anzeigerelevant sind oder zumindest nicht dafür gehalten werden. Dazu gehören Pöbeleien, das Kleben von Plakaten und Spuckies und das Durchführen von Veranstaltungen, die einen rassistischen, extrem rechten oder antisemitischen Hintergrund haben. Ziel der Register ist es, gerade die alltäglichen Formen von Diskriminierungen und Aktionen, die die Stimmung in einem Kiez für potenzielle Opfer angstbesetzt und bedrohlich werden lassen, zu dokumentieren. Nur so können Sensibilisierungsprozesse angestoßen werden, auf deren Grundlage die lokal angemessenen und erfolgreichen Gegenaktivitäten entwickelt werden können.

Eine Frage der Kategorie

Anders als beispielsweise in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt scheint es in Berlin nicht möglich zu sein, zeitnah Informationen über die Straftaten im Bereich „politisch motivierte Kriminalität rechts“ zu erhalten. Während in Brandenburg kleine Anfragen zu diesem Thema monatlich gestellt und relativ zügig bearbeitet werden, vertröstet Innen-



Quelle: ReachOut, Stand: 29.03.2009



senator Körting als Antwort auf eine kleine Anfrage der Partei Die Linke zu den „Straftaten mit rechtsextremem, rassistischem und antisemitischem Hintergrund in Berlin im ersten Halbjahr 2008“ auf die „jährlich erscheinende Kriminalitätsstatistik“ (siehe Drucksache 16/12834). Informationen, möglichst detailliert - Zeitpunkt, Ort und Anzahl der Betroffenen - und schnell nachdem ein Angriff stattgefunden hat, sind jedoch aus der Sicht einer Opferberatungsstelle dringend erforderlich, um Kontakt zu den Opfern aufnehmen zu können. Denn viele Betroffene kennen ReachOut nicht und wir erfahren eben nicht von allen Angriffen, die zur Anzeige gebracht werden. Je mehr Informationen wir über die Tatumstände haben, desto leichter wird es, die Betroffenen zu finden, um ihnen Unterstützung anzubieten. Zeitnahe Informationen sind aber auch wichtig, damit die Projekte und Gruppen in den Bezirken sinnvolle und tragfähige Handlungskonzepte entwickeln können.

Eine einfache Erklärung für den enormen Anstieg der Gewalttaten in 2008 gibt es bisher nicht. Auch in der Lagedarstellung der Polizei wird darauf hingewiesen, „(...) dass keine valide belegbaren Ursachen erkennbar sind, auf die der Anstieg der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte zurückzuführen ist, zumal die meisten der bekannt gewordenen Tatverdächtigen zuvor mit derartigen Delikten

nicht in Erscheinung getreten sind.“ Im Wahljahr 2006 zum Beispiel waren die Zahlen noch höher als in 2008. Damals jedoch standen eine Vielzahl der Angriffe in Zusammenhang mit Wahlkampfveranstaltungen oder es wurden WahlkampfhelferInnen demokratischer Parteien, etwa beim Plakatieren, angegriffen. Gleichzeitig wurde sehr konsequent über die Vorfälle berichtet, die Medien waren stark sensibilisiert und eine öffentliche Verurteilung erfolgte fast immer. Im Gegensatz dazu weisen für 2008 die vielen Fälle von Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung auf ein hohes Maß an Alltagsrassismus hin. Die Opfer haben häufig keine Lobby. Zudem haben die meisten Betroffenen, die sich zur Beratung an uns wenden, schon häufig Erfahrungen mit Diskriminierung machen müssen. Der gewalttätige Angriff ist dann nur noch der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Umso notwendiger ist es, die Perspektive der Opfer in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken. Darin sehen wir eine unserer dringlichsten Aufgaben als Beratungsprojekt.

Eine Frage der Perspektive

Gerade wenn es sich um rassistisch motivierte Gewalttaten handelt, müssen wir immer wieder feststellen, dass manche Beamte und Beamtinnen in den Polizeiabschnitten wenig sensibilisiert sind. Ohne die Tathintergründe überhaupt zu ermitteln, wird ein Angriff bisweilen vorschnell als unpolitisch oder als nicht rassistisch motiviert behandelt. Nicht ohne Grund fehlt den Opfern dann das Vertrauen in die Ermittlungsarbeit der Polizei.

Manchmal erfahren wir überhaupt erst dann von einem Angriff, wenn die Betroffenen zur Beratung kommen. Es gibt viele Angriffe, die weder in den Polizeipressemeldungen noch in den Zeitungen zu finden sind. Wir als MitarbeiterInnen von ReachOut haben dann keine Möglichkeit nach den Betroffenen zu suchen, um ihnen unser Beratungsangebot vorzustellen. Da ist es schon möglich, dass der Angriff bereits einige Monate zurückliegt und die Betroffenen erst dann



den Weg zu uns finden, wenn der Leidensdruck zu groß für sie wird. Ist ein Fall polizeilich gemeldet, so stellt sich manchmal sehr schnell heraus, dass sich die Perspektive der Opfer vollkommen von den Darstellungen der Ermittlungsbehörden unterscheidet. Dass die Version der TäterInnen von der der Opfer erheblich abweicht, muss nicht weiter ausgeführt werden. Aber wem wird mehr Glauben geschenkt? Wer wird überhaupt angemessen dazu befragt?

Ein Beispiel: Polizei misshandelt das Opfer einer rassistischen Beleidigung. Oder: Der Einsatz von Pfefferspray führte zur Einnahme einer korrekten Sitzposition

Am 13.01. 2007, morgens um 6:00, S-Bahnhof Schöneberg:

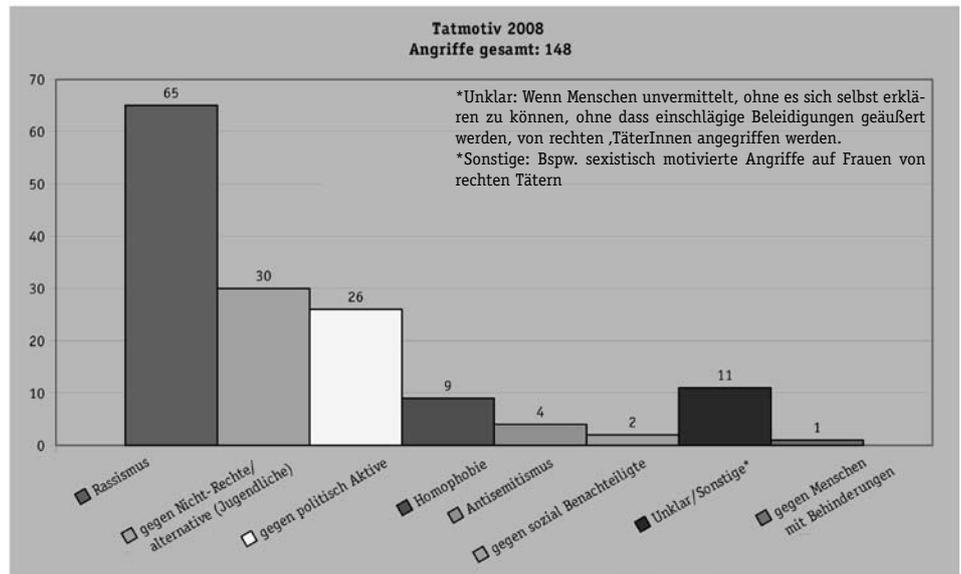
Ein 29-jähriger Mann aus Sierra Leone wird auf dem Weg nach Hause in der Prinz-Georg-Straße von einer Frau angesprochen und nach einer Zigarette gefragt. Als der Mann sagt, er habe keine Zigaretten, beginnt der Begleiter der Frau ihn rassistisch zu beleidigen.

Der Mann tritt ihm sehr aggressiv gegenüber und zieht etwas aus seiner Jackentasche. Weil der 29-Jährige befürchtet, dass der Angreifer eine Waffe in der Hand hält, schlägt er die Hand von sich weg und setzt seinen Weg fort. Etwas fällt zu Boden. Er hört noch, dass der Angreifer ihn weiter beschimpft. Als er sich umdreht, sieht er, dass ihn nun drei Männer verfolgen, darunter auch der Angreifer.

Er läuft weiter durch die Albertstraße Richtung Hauptstraße. Nun kommt ihm aus Richtung Hauptstraße ein Polizeifahrzeug entgegen. Auf der Höhe des 29-jährigen Mannes hält das Fahrzeug an. Zwei Beamte steigen aus und sagen zu dem Mann, dass er stehen bleiben solle. Die zwei Beamte laufen schnell zu ihm,

drängen ihn an eine Hauswand und legen ihm Handschellen an. Einer der Beamten durchsucht den Mann. Schließlich wird er zu dem Polizeiwagen gebracht. Keiner der Beamten spricht mit dem Mann oder erklärt, was der Grund für die Behandlung ist. Der Mann wird hinter den Beifahrersitz gesetzt, der Sitz selbst soweit zurück gestellt, dass er sich nicht mehr bewegen kann. Währenddessen unterhalten sich die Beamten draußen mit den drei Verfolgern. Als der Mann ein Taubheitsgefühl in den Beinen spürt, streckt er das linke Bein zwischen den Sitzen aus und stellt es auf die Mittelkonsole. Alle Türen und Fenster sind geschlossen. Plötzlich öffnet ein Beamter die Tür und meint, er solle den Fuß von der Konsole nehmen. Der Mann versucht zu erklären, dass seine Beine taub seien. Sofort sprüht der Beamte Reizgas ins Gesicht des Mannes und schließt die Tür. Der Mann erhält aus wenigen Zentimetern Entfernung vier Sprühstöße direkt ins Auge. Er kann weder sehen noch atmen. Die Hände in Handschellen, kann er sich nicht bewegen oder gar an sein Auge fassen.

Nach etwa 20 Minuten setzt sich eine Beamtin in den Wagen und versucht ihn zu starten. Sie spricht kein Wort mit dem Mann. Das Auto springt nicht an. Es vergeht eine weitere dreiviertel Stunde, bis der Wagen repariert wird. Niemand kümmert sich in der Zeit um den Mann. Schließlich wird er nach seinem Pass gefragt. Er sagt, dass der Pass in seinem Rucksack, der ihm von den Beamten weggenommen wurde, sei. Mehrere



Beamten steigen daraufhin ein und fahren los. Mit dem Mann wird nach wie vor nicht gesprochen. Die Fahrt endet an der Wohnung des Mannes. Er wird aus dem Wagen gezogen. Die BeamtInnen gehen mit ihm zur Wohnungstür, die von der Beamtin aufgeschlossen wird. Sie betritt die Wohnung alleine. Sie ruft ihren Kollegen zu, es sei niemand in der Wohnung. Daraufhin wird er von einem Beamten an den Handschellen in den Flur geschoben. Der gleiche Beamte tritt ihm plötzlich von hinten in die Wade und lässt dabei die Handschellen los. Der Mann fällt mit voller Wucht zu Boden und schlägt mit dem Kopf gegen eine Wand. Er liegt nun bäuchlings am Boden. Der Polizist stellt sich auf die Waden des Opfers, beugt sich nach vorne und hält die Handschellen wieder fest und drückt den Kopf zu Boden. Kurz darauf kommt die Ehefrau des Mannes aus dem Schlafzimmer. Der Polizist steigt von dem Mann herunter. Die Frau wird nach dem Pass gefragt. Ihr Mann sagt ihr, dass er den BeamtInnen schon längst gesagt habe, dass sich der Pass im Rucksack befände. Die Beamtin nimmt ihm nun die Handschellen ab. Dabei sagt sie zu dem Mann, wenn er Widerstand leisten würde, werde sie ihn umbringen. Dann verlassen die PolizistInnen die Wohnung.

Kurze Zeit später geht der Mann gemeinsam mit seiner Ehefrau zum nächsten Polizeabschnitt, um Anzeige gegen die BeamtInnen zu erstatten. Als die Ehefrau gerade beginnt den Grund für die Anzei-

ge zu schildern, hören sie aus dem Raum nebenan, dass die Beamtin, die den Mann kurz zuvor misshandelt und bedroht hat, sagt: Das könne ja wohl nicht wahr sein. Wenn sie jetzt Anzeige erstatten würden, werde man gegen den Mann Anzeige wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte erstatten. Der Beamte, mit dem die Ehefrau gesprochen hatte, begleitet den Mann daraufhin nach draußen. Auch seine Ehefrau kommt kurz darauf zu ihm. Anzeige konnte sie nicht erstatten. Die beiden gehen zum nächsten Polizeabschnitt und erstatten dort eine Anzeige gegen die BeamtInnen.

Als der Mann schließlich eine Vorladung zur Vernehmung als Beschuldigter erhält, geht er zu einer Anwältin, weil er all das gar nicht nachvollziehen kann. Zu diesem Zeitpunkt ist die rassistische Beleidigung, die die Angreifer ihm gegenüber geäußert haben, bereits verjährt. An dem Tag, als er Anzeige gegen die Polizei gestellt hat, denkt er nicht daran, auch seine ursprünglichen Verfolger anzuzeigen. Die Anwältin schickt den Betroffenen dann im Sommer 2008 zu ReachOut.

Erst später, im Laufe des Ermittlungsverfahrens, erfährt das Opfer, dass die Polizei von seinen ursprünglichen Verfolgern gerufen wurde. Das Verfahren gegen die BeamtInnen wird zunächst von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Der Einsatz des Pfeffersprays sei angebracht gewesen. „Der Einsatz des Pfeffersprays durch den Beschuldigten (...) war geeignet, der Gefahr zu begegnen. Dies wird schon dadurch belegt, dass Ihr Mandant, nachdem der Beschuldigte das Pfefferspray eingesetzt hatte, seinen Fuß von der Mittelkonsole entfernte und insgesamt eine korrekte Sitzposition einnahm.“

Gegen diese Entscheidung legt die Anwältin des Betroffenen Beschwerde ein, die inzwischen ebenfalls zurückgewiesen wurde. Das Ermittlungsverfahren gegen den Polizeibeamten bleibt eingestellt. Inwieweit weitere juristische Möglichkeiten von Seiten des Opfers ausgeschöpft werden können, ist unklar, weil der Mann nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt.

Die beiden Verfahren gegen das Opfer aufgrund der Anzeige durch die Angreifer und der Polizei werden ebenfalls eingestellt.



Ein Einzelfall?

Die hier geschilderte Brutalität von PolizeibeamtInnen gehört sicher nur sehr selten zu den Erfahrungen von Opfern rechter, rassistischer Gewalt. Trotzdem: Vor allem wenn die Opfer schwarz sind, müssen sie immer wieder die Erfahrung machen, dass die zum Tatort gerufenen Polizei zuerst die Papiere der Opfer kontrolliert und die TäterInnen währenddessen die Flucht ergreifen können.

Das jedoch die AngreiferInnen selbst Anzeige gegen die eigentlichen Opfer erstatten, kommt nach unserer Erfahrung mittlerweile immer öfter vor. Das belegt auch der folgende rassistisch motivierte Angriff, der sich 2008 ereignete. Das Beispiel zeigt auch, wie wichtig die Informationen der KooperationspartnerInnen für die Arbeit von ReachOut sind und welche Probleme sich aus der Ermittlungsarbeit der Polizei vor Ort ergeben können.

Kein rassistischer Angriff?

Am 19. Oktober 2008 gegen 1:00 Uhr wurden in Spandau aus einer Gruppe von neun Menschen aus Kamerun (zu der auch ein Baby gehörte) fünf Männer rassistisch beleidigt, geschlagen, getreten und zum Teil schwer verletzt.

Nach einer Feier liefen sie zum S-Bahnhof, als sie eine Gruppe von etwa sieben bis zehn weißen Männern auf der anderen Straßenseite sahen. Diese wechselten plötzlich die Straßenseite, schlugen unmittelbar einem der Männer ins Gesicht und beleidigten ihn mit den Worten „Verpiss dich, du Neger!“ In Panik lief der Angegriffene weg und wurde von einigen Angreifern verfolgt. Er konnte sich retten und alarmierte per Handy die Polizei. Er sagte, sie seien von „Nazis“ angegriffen worden und brauchten dringend Hilfe. In der Zwischenzeit wurden auch die anderen vier Männer durch Schläge, Tritte und mit Flaschen angegriffen. Immer wieder wurden sie mit „Scheißneger, was macht ihr denn hier?!“ beschimpft. Inzwischen wurden von einem Balkon leere Flaschen in Richtung der Opfer geworfen. Eine Zeugin, die sich in der Gruppe der Betroffenen befand, hatte während der Tat den Eindruck, „es gäbe einen Krieg und man wolle sie töten, einfach vernichten“. Sie sei sich sicher gewesen, ob durch den brutalen

Angriff oder durch die Flaschen, sie würden alle dort sterben.

Endlich, auch von anderen Zeugen alarmiert, kam die Polizei. Die Täter versuchten zu flüchten, was fast allen gelang: Nur drei wurden vor Ort festgenommen. Nach der Aufnahme der Personalien wurden die Opfer gefragt, ob sie einen Krankenwagen benötigten. Zwei der Geschädigten waren so schwer verletzt, dass sie ins Krankenhaus gebracht werden mussten. Den Polizeibeamten wurde noch am Tatort mitgeteilt, dass die Angreifer mehrfach rassistische Beleidigungen und Beschimpfungen geäußert hätten.

Weil sie sich nicht ernstgenommen fühlten, gingen sie am Tag darauf zu dem Polizeiabschnitt, der am nächsten zum Tatort gelegen ist, um dort Anzeige zu erstatten und, wie sie sagen, um alles zu erzählen, weil man sie kaum zu dem Angriff und den Hintergründen befragt hätte. Sie wurden mit der Information verabschiedet, dass schon eine Anzeige von Amtswegen erstattet worden sei. Aber auch die Angreifer hatten gegen zwei der Opfer Anzeige erstattet.

Zu unserer Arbeit gehört die tägliche Recherche u.a. in der Presse, auch in den Pressemeldungen der Polizei. Nirgends hatten wir über diesen Angriff gelesen. Davon erfahren haben wir erst eine Woche später, als uns die Anwältin eines der Opfer anrief und uns mitteilte, dass sich sowohl ihr Mandant als auch die anderen Betroffenen unsere Beratung wünschen. Termine wurden rasch vereinbart und seitdem beraten und begleiten wir die Geschädigten.

Wir haben nachrecherchiert, im zuständigen Polizeiabschnitt und beim LKA angerufen und leider feststellen müssen, dass der Angriff nicht als rassistisch motivierte Tat ermittelt wurde. Erst durch die Bemühungen einer der Anwältinnen und ihre Anzeige an die Anwaltschaft, wurde erreicht, dass das Verfahren endlich

an den Staatsschutz abgegeben und dass die Geschädigten zeugenschaftlich vernommen wurden. Im Falle des Flaschenwurfs wurde auch Anzeige wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt gegen die vor Ort anwesenden Polizisten erstattet. Die Ermittlungen dauern an.

Festzuhalten bleibt: der Anstieg oder Rückgang der Angriffszahlen ist und bleibt für unsere Arbeit mit den Betroffenen nebensächlich. Denn in unsere Beratung kommen nur diejenigen, die sich in einer extremen Situation befinden, die nur allzu oft nicht mehr wissen, wie sie ihren Alltag wieder bewältigen können. Für sie ist nach einem Angriff nichts

mehr so, wie es vorher war. Für sie spielt es keine Rolle, ob in einem Jahr insgesamt mehr oder weniger Angriffe geschehen.

Wir sehen nach wie vor Nachholbedarf darin, Rassismus und somit auch rassistisch motivierte Gewalt als eigenständiges Problem unabhängig

vom organisierten Rechtsextremismus zu begreifen.

Das bedeutet: Die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus darf sich nicht im Vorgehen gegen Rechtsextremismus erschöpfen.

ReachOut

ist ein Beratungsprojekt für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Unterstützt und beraten werden auch deren Angehörige, FreundInnen und ZeugInnen eines Angriffs. ReachOut recherchiert rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik. Außerdem bietet das Projekt antirassistische, interkulturelle Bildungsprogramme an.



Dokumentieren, Informieren, Aktivieren

Das Lichtenberger Register

Seit Jahren dokumentieren Registerstellen in den Bezirken Pankow, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und nun auch in Friedrichshain rechtsextreme, rassistische und antisemitische Vorfälle: von Aufklebern über rassistische Pöbeleien in der S-Bahn bis hin zu rechtsextremen Angriffen und Veranstaltungen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Analyse rechtsextremer Erscheinungsformen in den jeweiligen Bezirken und Stadtteilen. Exemplarisch beschreibt das Lichtenberger Register Chancen und Grenzen dieser Arbeit.

Von Netzwerkstelle Licht-Blicke

Im September letzten Jahres begannen Rechtsextreme im Lichtenberger Ortsteil Wartenberg massiv Plakate und Aufkleber zu kleben und Parolen zu sprühen. Es fanden sich Sprüche gegen Moscheen, „Kinderschänder“, Antifa-Gruppen, teilweise ergänzt durch Hakenkreuze und SS-Runen. Die rechtsextreme Propaganda wurde relativ schnell wieder von AnwohnerInnen entfernt. Im November 2008 hörten die Rechtsextremen auf, diese immer wieder zu erneuern. Auch wenn durch das Engagement der AnwohnerInnen verhindert wurde, dass rechtsextreme Symbole dauerhaft den öffentlichen Raum vereinnahmen konnten, geben die Sprühaktionen Auskunft über rechtsextreme Aktivitäten vor Ort und beeinflussen das sozialräumliche Klima temporär. Daher ist es wichtig, dass sie in einem bezirklichen Register, das rechtsextreme, rassistische und antisemitische Vorfälle sammelt, dokumentiert werden.

Register füllen eine Lücke

Rechtsextreme Propaganda findet sich zu recht nicht in der Gewalt-Chronik der Opferberatungsstelle ReachOut - und nur selten im Pressebericht der Polizei. Genau hier liegt die Besonderheit von Registerstellen. Es werden unterschiedlichste Formen von Aktivitäten im Bezirk erfasst: rassistische Übergriffe oder Pöbeleien, Bedrohungen und Sachbeschädigungen, rechtsextreme Aufmärsche und Veranstaltungen, antisemitische Aufkleber, homophobe Sprüche und Schmierereien. Alles Vorkommnisse unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, die Indizien für eine (organisierte) rechtsextreme Szene sind. Des Weiteren werden auch rassistische Wortmeldungen der NPD-Fraktion in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) dokumentiert. Das Lichtenberger Register wird seit 2005 von „Licht-Blicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ im

Auftrag des Bezirksamts erstellt. Die Chroniken und die Zuarbeit zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Gruppen, einzelner BürgerInnen und Projekte sind neben ReachOut und dem Polizeipressedienst wichtige Quellen. Augenzeugenberichte ergänzen die offiziellen und öffentlich wahrnehmbaren Vorkommnisse durch individuell Erlebtes. Für die Erfassung hat die Netzwerkstelle Licht-Blicke einen Fragebogen erarbeitet, der auf der Webseite heruntergeladen werden kann. Dieser erleichtert die Aufnahme der Vorkommnisse in unsere Statistik. Die Ergebnisse des Registers werden halbjährlich zusammengefasst, nach Ort, Art und Inhalt sortiert, ausgewertet und im Anschluss dem Bezirk, der Presse und lokalen Verbänden und Initiativen zur Verfügung gestellt. Lokale Akteure erhalten Einschätzungen über Entwicklungen in ihren Sozialräumen und können zielgerichtete Gegenaktivitäten ergreifen. Gerade dafür ist die detail-

lierte Auswertung, wie sie im Register vorgenommen wird, elementar. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit den Registerstellen Pankow, Treptow-Köpenick, dem Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf und der Anfang 2009 neu eingerichteten Registerstelle Friedrichshain wird es zukünftig möglich sein, auch berlinweite Entwicklungen zu analysieren und Einschätzungen zu treffen.

Zahlen bleiben konstant

Im Bezirk Lichtenberg wurden 2008 106 rechtsextreme Vorkommnisse dokumentiert. Die Zahl ist somit im Vergleich zum vergangenen Jahr um 26 Vorfälle (2007: 132) gesunken.

Der genaue Blick auf die einzelnen Kategorien verdeutlicht, dass sowohl die Zahl der Übergriffe auf Personen (2008: 35, 2007: 32), die Propagandadelikte (2008:

43, 2007: 45) als auch die Sachbeschädigungen (2008: 5, 2007: 7) nahezu konstant geblieben sind. Lediglich die Zahl der rechtsextremen Veranstaltungen (Demonstrationen, Kundgebungen, öffentliche und nichtöffentliche Veranstaltungen - 2008: 7, 2007: 14) ist im letzten Jahr stark gesunken. In dem zahlenmäßigen Rückgang der Vorkommnisse drückt sich vor allem, abgesehen von den Wortmeldungen der NPD auf den monatlichen BVV-Sitzungen¹, die Abnahme öffentlicher Auftritte aus. Die Auswertung des Registers lässt den Schluss zu, dass die rechtsextreme Szene in Lichtenberg weiterhin kontinuierlich arbeitet. Dafür spricht vor

allem die hohe Zahl der Propagandadelikte, das selbstbewusste Auftreten der NPD-

Verordneten in der BVV, sowie die Anzahl der Übergriffe und Sachbeschädigungen, die gezielt gegen vermeintliche politische GegnerInnen und (Jugend)Einrichtungen, die sich mit ihrer Arbeit deutlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus positionieren, begangen wurden. Hierbei sind vor allem die Angriffe auf den Karlsruher Jugendklub Rainbow zu nennen. Im Sommer 2008 war dieser regelmäßig Angriffen ausgesetzt, bei denen Fenster eingeschlagen und BesucherInnen attackiert wurden.

Weiterhin finden sich verschiedene Indizien für interne Veränderungsprozesse der lokalen rechtsextremen Szene. Deutlich wird das vor allem anhand der Abnahme und Verlagerung rechtsextremer Veranstaltungen. Hier ist 2008 ein Rückgang von 14 auf 7 Veranstaltungen zu verzeichnen.



Die NPD, die bemüht ist, die Führungsposition in der lokalen Szene einzunehmen, verfügt auf Grund ihres Fraktionsstatus über eigene Räumlichkeiten im Lichtenberger Rathaus. Sie führte zwar kontinuierlich, aber zumeist intern, Veranstaltungen durch. Das Lichtenberger Kameradschaftsspektrum („Freie Kräfte“, „Autonome Nationalisten“ u.a.) organisierte keinerlei eigenständige Veranstaltung. Lediglich unter Führung berlinweiter rechtsextremer Strukturen konnten der Aufmarsch Anfang Dezember und eine Mobilisierungsveranstaltung² in Lichtenberg realisiert werden.

Auffällig im Jahre 2008 ist, dass sich viele Aktionen von Rechtsextremen gegen alternative Veranstaltungen richteten. Eine Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen, die sich klar gegen Rechtsextremismus positionieren, scheinen bewirkt zu haben, dass eigene Aktivitäten zusehends in den Hintergrund gerieten und rechtsextreme AktivistInnen eher einen Fokus auf

Störaktionen von Veranstaltungen und Einschüchterungsversuche von engagierten Projekten und Personen im Bezirk legten.

Rechtsextreme Gewalt gegen Personen ist mit 35 Übergriffen nahezu konstant geblieben. Neben den Folgen für die Betroffenen selbst schafften diese Gewalttaten Angsträume im öffentlichen Raum, insbesondere für MigrantInnen und politisch Andersdenkende. Bei der Entstehung dieser Angsträume spielen nicht nur gewalttätige Angriffe eine Rolle, sondern ebenso die Verbreitung von rechtsextremen Aufklebern, Plakaten und Sprühereien. Sie dienen dem sichtbaren Markieren von `Territorien` und der Selbstversicherung der eigenen Gruppe. So wurde an der „Lichtenberger Brücke“ mehrfach der Schriftzug „C4 for reds“ angebracht und erneuert. Nur die Rechtsextremen selbst und wenige Eingeweihte verstanden die explizite Drohung, Sprengstoff („C4“) gegen politische GegnerInnen („reds“) einsetzen zu wollen. Ähnlich verhielt es sich mit Schriftzügen,

die meist nur die Internetadresse der „Freien Kräfte“ wiedergaben. Die Konzentration der Gewalt (14) und die hohe Anzahl an Propagandadelikten (19) in Lichtenberg-Mitte, das den Weitlingkiez und umliegende Gebiete umfasst, sind Hinweise darauf, dass dies auch weiterhin ein beliebter Wohn- und Aktionsraum für organisierte und unorganisierte Rechtsextreme ist. Mit 53 Vorkommnissen wurde im letzten Jahr jeder zweite Registereintrag in diesem Gebiet gezählt. Die Bemühungen der lokalen Zivilgesellschaft gegen die rechtsextreme Szene und der seit 2007 bestehende Lokale Aktionsplan, der im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ zivilgesellschaftliche Projekte fördert, zeigen jedoch auch hier langsam Wirkung. An den breiten Protesten, die letztendlich verhinderten, dass der rechtsextreme Aufmarsch im Dezember durch den Weitlingkiez laufen konnte, waren viele AnwohnerInnen beteiligt, die sich vor ihren Geschäften und Einrichtungen mit Plakaten positionierten.



Eine Dunkelziffer bleibt

Die Ergebnisse eines Registers spiegeln das Klima in einem Bezirk auf mehreren Ebenen wider. Das Bild, das im Register vom Bezirk gezeichnet wird, sagt nicht nur etwas über die Aktivitäten der lokalen rechtsextremen Szene aus. Eine hohe Anzahl von Meldungen bedeutet auch, dass es viele BürgerInnen und AntifaschistInnen im Bezirk gibt, die mit offenen Augen durch die Straßen gehen und entsprechende Vorkommnisse an die Registerstelle weitergeben. Oft wird rechtsextreme Propaganda nicht nur gemeldet, sondern auch sofort entfernt. Wir machen dieses Engagement mit dem Zusatz „Die Propaganda wurde umgehend entfernt“ im Register sichtbar.

Wenn in bestimmten Stadtteilen wenig Vorfälle gemeldet werden, ist dies nicht zwangsläufig ein positives Signal und ein Hinweis für das Nichtvorhandensein rechtsextremer Aktivitäten, sondern deutet möglicherweise auf eine geringe Sensibilisierung, eine Gewöhnung oder sogar Akzeptanz der BewohnerInnen hin. Eine Dunkelziffer ist daher immer mit einzukalkulieren.

Die Zählung der Register birgt weitere Schwierigkeiten. So werden eine Sprüherei, Aufkleber sowie ein Aufmarsch mit 500 Rechtsextremisten in der Statistik jeweils mit einem Eintrag erfasst. Die Auswirkung des jeweiligen Vorkommnisses, die Traumatisierung eines Übergriffsopfers oder die propagandistische Wirkung eines Aufmarschs ist nur schwer an einer Register-Meldung abzulesen. Aus diesem Grund ist eine ausführliche Kommentierung und Analyse der bloßen Registerzahlen nicht nur

Beiwerk, sondern ein wesentliches Element der halbjährlichen Berichte. So können Schwerpunkte rechtsextremer Aktivitäten und besonders schwere Übergriffe herausgehoben und in einen Kontext gestellt werden.

Trotz einer hohen Anzahl von Angriffen mit rassistischem Hintergrund, kann von einer noch höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. Neben der hohen Hemmschwelle, die viele MigrantInnen haben mit ihren Diskriminierungserfahrungen an die Öffentlichkeit zu gehen, sind vor allem (alltags)rassistische Stereotype und Einstellungen so weit in der Mitte der Gesellschaft vorhanden, dass sie meist kaum noch als solche wahrgenommen werden.

Durch ihre lokale Verankerung in den Bezirken und ihren partizipativen Ansatz können Registerstellen maßgeblich dazu beitragen, Sensibilisierungsprozesse vor Ort anzustoßen sowie die demokratische Kultur und das Engagement gegen Rechtsextremismus zu stärken.

- 1 Detaillierte Informationen zum Verhalten der NPD-Verordneten in der Lichtenberger BVV finden sich bei dem Projekt: „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins - Dokumentation und Analyse“ (www.mbr-berlin.de/Ver-ein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen)
- 2 Am 29.11.2009 fand in der Kneipe „Jägerheim“ in Lichtenberg eine Mobilisierungsveranstaltung für den rechtsextremen Aufmarsch statt, auf der u.a. der norddeutsche Kameradschaftsführer Thomas „Steiner“ Wulff sprach.

Licht-Blicke-Netzwerk für Demokratie und Toleranz (pad e.V.) unterstützt seit 2002, finanziert durch das Bezirksamt Lichtenberg, Initiativen, Einrichtungen und Privatpersonen, die das zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort stärken und sich für demokratische Werte und Menschenrechte einsetzen. Alle die in ihrem Kiez aktiv werden möchten, begleiten wir bei der Entwicklung von Ideen und Aktionen. Wir bieten Informationen und Argumentationstrainings zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die Moderation kommunaler Diskurse zur Entwicklung einer demokratisch organisierten Zivilgesellschaft sowie Beratung und Coaching für LehrerInnen und MultiplikatorInnen der sozialen Arbeit.

Lichtenberger Register

www.licht-blicke.org

Pankower Register

www.pfefferwerk.net/stadtkultur/stadtteilarbeit/moskito.html

Register Friedrichshain

www.register-friedrichshain.de

Register Treptow – Köpenick

www.register-tk.de

Verzeichnis Marzahn – Hellersdorf

www.stiftung-spi.de/sozraum/sr_polis.html

Kritische Weißseinsforschung für die Praxis

Mit der Frage „Rassismus gegen Deutsche?“ wurde im letzten Schattenbericht eine Diskussion zur Instrumentalisierung des Rassismusbegriffes begonnen, die mit diesem Beitrag zur kritischen Weißseinsforschung fortgeführt werden soll. Was bedeutet es für die alltägliche Praxis, *weiße* Privilegien sichtbar zu machen und die dahinterliegenden Normen und Machtstrukturen zu reflektieren?

Von Andrés Nader und Yasemin Yildiz

Bei der „kritischen Weißseinsforschung“, die sich in den letzten Jahren auch in Deutschland etabliert hat, stehen im Mittelpunkt des Interesses die Rassismen der dominanten Gesellschaft und nicht die vermeintlichen oder auch tatsächlichen Eigenschaften derjenigen, die vom Rassismus betroffen sind. Die grundlegende und bahnbrechende Sammlung *Mythen, Masken und Subjekte: Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*, die 2005 von Maureen Maisha Eggers, Grada Kilomba, Peggy Piesche und Susan Arndt herausgegeben wurde, fasst den gegenwärtigen Stand dieser Forschungsrichtung gut zusammen.¹ Wie Fatima El-Tayeb dort im Vorwort bemerkt: „Entgegen der landläufigen Meinung, dass Rassismus nur dann und dort existiert, wo als Nicht-Weiß Definierte präsent sind, ist es vielmehr die Präsenz sich als *weiß* definierender Bevölkerungen, die Rassismus produziert“.² Es geht also darum, den Blick von den „Anderen“ auf das scheinbar unproblematische Selbstverständnis und die unreflektierten Praktiken der dominanten Gesellschaft zu lenken.

Wie die kritische Weißseinsforschung darlegt, sind Weißsein und nicht-Weißsein als Resultat von Rassifizierungsprozessen zu verstehen. Erst innerhalb eines rassifizierenden Rahmens wird so etwas wie Haut zu einem Unterscheidungskriterium und bekommt eine „Farbe“, die wiederum mit Bedeutung aufgeladen wird. Das Besondere am Weißsein ist, dass es trotz dieser Aufladung auf scheinbar unsichtbare Art funktioniert. Es verschafft denjenigen, die als *weiß* definiert werden, Zugang zu Machtstrukturen und Privilegien, deren sie sich in der Regel nicht einmal bewusst sind. Weißsein konstruiert sich als universelle Norm und präsentiert sich als selbstverständlich und belanglos zugleich. In der deutschen Mehrheitsgesellschaft wird fast ausschließlich das nicht-Weißsein als Problem gesehen und die Ausschlussmechanismen werden verdrängt, die diese Norm in Kraft halten. Eine Praxis, die sich dessen bewusst ist, muss versuchen, diese aus der dominanten Perspektive unsichtbar gemachte Norm wieder sichtbar zu machen.

Der vorliegende Beitrag will versuchen, diese Einsicht der kritischen Weißseinsforschung für die Praxis von Projekten und Einrichtungen fruchtbar zu machen, die sich in der politischen, bildungspolitischen oder beratenden Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. Unser Ziel ist es, auf einige der unausgesprochenen oder tabuisierten Annahmen und Privilegien von Weißsein aufmerksam zu machen. Dabei greifen wir kurz drei unterschiedlich gelagerte Problematiken auf, nämlich verbreitete sprachliche Konventionen, gängige Erklärungsmuster und Personalpolitik.

„Deutsche“

An der medial aufgebauchten Debatte um „Rassismus gegen Deutsche“ und der Gegenpositionierung von antirassistischen Initiativen wird eine Problematik deutlich sichtbar, die für die antirassistische Praxis von fundamentaler Bedeutung ist. In der Kritik des Missbrauchs des Rassismusbegriffs heißt es, dass es

keinen „Rassismus gegen Deutsche“ geben könne, da Rassismus Teil eines strukturellen Machtverhältnisses sei und nicht vereinzelte Beschimpfungen und ähnliches beschreibe. Wir möchten dagegen halten, dass es durchaus Rassismus gegen Deutsche gibt. Das Problem ist, dass diese Deutschen, die tatsächlich rassistisch behandelt werden, im gängigen Diskurs immer noch nicht als Deutsche

anerkannt werden.³ Was die berechnete antirassistische Kritik an einer Verwässerung des Rassismusbegriffes eigentlich meint, ist, dass es keinen Rassismus gegen *weiße* Deutsche geben kann. Dem stimmen wir zu. Aber dadurch, dass „*weiße* Deutsche“ in der Regel nicht explizit als solche benannt werden, werden im gleichen Atemzug andere Deutsche gänzlich unsichtbar gemacht und ausgeschlos-

sen. Trotz aller Sensibilisierung neigen auch viele in der Antirassismuskarbeit Aktive dazu, von „Deutschen“ als Gegensatz zu „Türken“, „Schwarzen“, „Vietnamesen“ oder auch „Juden“ oder „Muslimen“ zu sprechen. Deutsch wird immer wieder als gleichbedeutend mit nicht-Jüdisch, nicht-Türkisch, nicht-Muslimisch, nicht-Schwarz, usw. benutzt. Das bedeutet, dass die herrschende



tik, in den Behörden, bei der Polizei, im Schulwesen, in Gremien fast aller Art. So wie diese Bereiche nicht mehr ausschließlich *weiß* besetzt werden sollten, sollte auch die Zusammensetzung von Projekten, die zu Antirassismus arbeiten, die heterogene Gesellschaft, in der sie existieren, widerspiegeln. Konkret heißt das, dass die rein *weiße* Besetzung von Personalstellen und Gremien zu problematisieren und zu ändern ist. Denn eine solche Personalpolitik ist vergleichbar mit einer rein männlichen Besetzung von Stellen, was inzwischen zumindest innerhalb von progressiven Organisationen als inakzeptabel angesehen wird.



Worauf die kritische Weißseinsforschung letztlich hinweist ist die Notwendigkeit, über die unsichtbar gemachten Normen und Machtstrukturen zu sprechen und kontinuierlich die eigenen Positionen zu reflektieren und vor allem die eigenen Praktiken auf dieser Basis tatsächlich zu verändern. Dies gilt auch für diejenigen, die antirassistisch aktiv sind.

Andrés Nader koordiniert ein Projekt der Amadeu Antonio Stiftung zu lokalen Auseinandersetzungen mit dem Holocaust und zu Erinnerungskulturen im Ost-West Vergleich. 2007 arbeitete er für die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Davor unterrichtete und forschte er an der University of Rochester und Cornell University im Fachbereich „German Studies“. Sein Buch *Traumatic Verses: On Poetry in German from the Concentration Camps, 1933-1945* gewann 2008 den MLA Preis für Unabhängige Forschung.

Yasemin Yildiz ist Assistant Professor of German an der University of Illinois mit Forschungsschwerpunkten auf zeitgenössischer deutscher Literatur und Kultur. Sie war langjährig aktiv in antirassistischen und feministischen Organisationen in Hamburg und dort u. a. Mitbegründerin einer Zufluchtswohnung für junge Frauen aus der Türkei.

- 1 Mythen, Masken und Subjekte: Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. Hg. Maureen Maisha Eggers, Grada Kilomba, Peggy Piesche und Susan Arndt: Unrast Verlag, 2005.
- 2 „Vorwort“ in Mythen, Masken und Subjekte, S. 8.
- 3 Vgl. dazu Yasemin Yildiz „Keine Adresse in Deutschland? Adressierung als politische Strategie.“ *AufBrüche: Migrantinnen, Schwarze und jüdische Frauen im deutschsprachigen kulturellen Diskurs*. Hg. Cathy Gelbin, Kader Konuk und Peggy Piesche. Königstein: Ulrike Helmer Verlag, 2000, S. 224-236. Eine aktualisierte und erweiterte Version erscheint als „Immer noch keine Adresse in Deutschland? Adressierung als politische Strategie.“ *Kritik des Okzidentalismus: Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*. Hg. Gabriele Dietze, Claudia Brunner und Edith Wenzel. Bielefeld: Transcript, 2009 (im Druck).
- 4 So in der Berliner Zeitung vom 23.03.2009: http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/politik/detail_dpa_20721876.php
- 5 Astrid Messerschmidt gehört zu denen, die diese Kritik wiederholt geäußert haben. Zusätzlich argumentiert sie, dass es sich dabei um eine Nachwirkung von Weltbildern handelt, die im Nationalsozialismus etabliert wurden. Siehe beispielsweise: „Reflexion von Täterschaft – historisch-politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ (<http://www.bpb.de/files/EGFTN1.pdf>).
- 6 Vgl. dazu Fatima El-Tayeb: „Vorwort“ in Mythen, Masken und Subjekt, S. 7-9.

Kreuzberg als Chiffre

Von der Auslagerung eines Problems

Mit den Schwulen (und Lesben) ((und Trans-Personen)) ist „Homophobie“ als Thema im Mainstream angekommen. Ungewöhnlich oft und viel wurde 2008 in Berlin über Gewalt gegen Schwule (und Lesben) ((und Trans-Personen)) gesprochen und geschrieben. Warum dabei nur ein Ausschnitt des Phänomens im Fokus stand und welche Funktion dies erfüllte, beschreiben

Yeliz Çelik, Dr. Jennifer Petzen, Ulaş Yılmaz und Koray Yılmaz-Günay (GLADT e.V.)

Das Jahr 2008 stellt in Berlin eine konsequente Fortsetzung und zugleich einen Wendepunkt in der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Homophobie dar. Das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen wurde am 27. Mai 2008 der Öffentlichkeit übergeben – und mit ihm ein Thema, das im kollektiven Gedächtnis bisher kaum vorkam. Vierzehn Jahre nach der Aufhebung und zehn Jahre nach dem Wegfall des Paragraphen 175 aus dem Strafgesetzbuch war damit ein Phänomen historisiert, bevor es überhaupt zu einer gesellschaftlichen Debatte darüber gekommen war. Bei den so genannten „Muslim-Tests“ in Baden-Württemberg und in Hessen waren schon Fragen nach dem Lebenswandel von heterosexuellen Töchtern und homosexuellen Söhnen aufgenommen worden. Die Landesregierungen hatten die sexuelle

Selbstbestimmung von Frauen und Schwulen ex officio zum vermeintlichen Kernbestand der bundesrepublikanischen Werteordnung erklärt. In der Folge waren es dann die ausgebliebenen Rechte für „Homo-Ehen“ und die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, das in einigen Bereichen auch Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verbietet, die zum Gegenstand einer Debatte über die Rechte von Homosexuellen wurden, ohne dass Homophobie thematisiert wurde.

Homophobie: Was ist das?

Die Herausbildung bestimmter sexueller Orientierungen, die sich vom angenommenen Mainstream der Gesellschaft unterscheiden, bedingt bestimmbare Abwehrreaktionen seitens staatlicher und gesellschaftlicher Instanzen wie auch auf einer individuellen Ebene von Personen,

die damit konfrontiert sind. Homophobie als Ideologie ist so alt wie die Vorstellung, es gebe „Homosexuelle“ – eine Vorstellung, die 2009 ihren 140. Geburtstag feiert. Dass es zu anderen Zeiten und unter anderen Bedingungen ganz andere Selbstdefinitionen und, zumindest auf der Oberfläche, andere Vorurteilsstrukturen gab, springt bereits bei einem Vergleich der heutigen Bundesrepublik mit ihrer Gründungszeit ins Auge. Noch 1957 argumentierte das Bundesverfassungsgericht, der damals unverändert geltende Paragraph 175 StGB in seiner 1935 verschärften Fassung stelle kein „nationalsozialistisch geprägtes Recht dar“. Mann-männliche Sexualität passte weiterhin nicht zur „sittlichen Gesunderhaltung des Volkes“ im Westen, während in der DDR die Strafbarkeit weiblicher Homosexualität 1968 zusätzlich überhaupt erst eingeführt wurde.¹



standes der
Beleidigung.

Homophobie, das scheinen heute neben der Gewalt auf der Straße, von der Individuen betroffen sind, vor allem noch die steuerliche und adoptionsrechtliche Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften zu sein. Dass diese Formen von Homophobie in der Tat einen kleinen Personenkreis betreffen, weil die wenigsten in Frage Kommenden eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen² oder, unabhängig von der sexuellen Orientierung, an öffentlichen Orten als „lesbisch“ oder „schwul“ eingeordnet werden, ist nicht Teil der Debatte. Dazu gehören auch nicht die signifikant höheren Selbstmordraten bei lesbischen und schwulen Jugendlichen, die Überrepräsentanz von Lesben und Schwulen unter Obdachlosen, die oft vollständig fehlende Darstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Schulfächern, -büchern oder -curricula, Diskriminierungen auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt oder seitens Behörden und nicht-staatlichen Dienstleistern, oder als alltäglich hingenommene Missachtungen und Ignoranz unterhalb des Straftatbe-

Zu den größeren Tabus gehört offensichtlich auch die Ausnahme der christlichen Kirchen vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Als so genannte „Tendenz-Betriebe“ steht es ihnen frei, einzustellen oder zu entlassen, wen sie wollen. Den zusammengenommen zweitgrößten Arbeitgebern im Land ist es damit expressis verbis erlaubt worden, in Altersheimen, Schulen, Kindergärten, Beratungsstellen und allen anderen Einrichtungen ihre Angestellten ungleich zu behandeln, wenn sie ein Kopftuch tragen, einer anderen bzw. keiner Konfession/Religion angehören – oder eben eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingegangen sind.

Nimmt Homophobie zu?

Die 2008 oft gestellte Frage, ob „Homophobie“ zunehme, bezieht sich auf all dies nicht. Während die Beschädigungen des oben genannten Mahnmals am 16. August und Mitte Dezember 2008 vor allem offizielle Stellungnahmen nach sich zogen, zeitigten die homophoben Äußerungen von Christoph Daum Ende Mai vor allem eine kurze Mediendebatte,

die schließlich zu einer öffentlichen Entschuldigung des Fußballtrainers führte. In einer Dokumentation des Deutschen Sportfernsehens hatte er das Verlangen geäußert, in seiner Arbeit Kinder vor Homosexualität zu beschützen – zu verstehen auch als Erwidern auf die zaghaften „Liberalisierungsinitiativen“ des Präsidenten des Deutschen Fußballbundes.³

Es waren vor allem einzelne der insgesamt zehn Übergriffe in der Öffentlichkeit⁴, die zu zivilgesellschaftlicher Solidarisierung geführt haben – und zwar in einem Umfang, der zum Teil sogar für die Organisierenden überraschend groß war. Nach dem Übergriff auf eine Gruppe von Frauen und Transpersonen, die am 8. Juni das Drag-Festival im SO 36 verließen, nahmen mehrere Tausend an einem Demonstrationzug teil, der durch den Kiez führte.⁵ Nach dem Übergriff auf einen Mann am Halleschen Tor am 18. Oktober wurde eine Mahnwache organisiert, an der mehrere Hundert Personen teilnahmen, der Übergriff auf zwei Frauen am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord am 27. Oktober mobilisierte noch einige Dut-



zend Menschen. Es liegen neben einzelnen Einstellungspotential-Untersuchungen zu Homophobie keine verlässlichen Daten zur Lebenswelt von Homo- und Transsexuellen und Transgendern vor. Wie hoch das Ausmaß der Gewalt gegen diese Personengruppen real ist, lässt sich deswegen seriös nicht einmal schätzen. Es ist aber davon auszugehen, dass die Gewalterfahrungen vor allem von Frauen und Transpersonen, die in den Debatten über Homophobie allgemein ohnehin unterrepräsentiert sind, ein wesentlich größeres „Dunkelfeld“ darstellen als dies bei Männern der Fall ist. Schon bei der Frage nach „Täter“ und „Opferschaft“ im NS-Regime gibt es klare Diskrepanzen in der Repräsentation von Lesben und Schwulen in Debatten, die in „der Szene“ geführt werden. Weder gibt es danach historisch oder aktuell schwule Rechtsextreme – noch sind lesbische Täterinnen oder Opfer interessant. Der schwule Opfermythos soll auch heute stehen für das Leid „der Homosexuellen“ überhaupt. Dass heute Frauen-, Lesben- und vor allem Transfeindlichkeit auch von schwulen Szenen ausgeht, findet keinen Platz in Szene-Medien oder bei „gemischten“ Organisationen. Dabei wäre es gerade wichtig, juristische, soziale und ökonomische Diskriminierungen von Transsexuellen und

Transgendern gesondert zu betrachten und Transphobie nicht immer unter einem „Die sind ja mit gemeint“ zu subsumieren. Fragen von Namensrecht, Pathologisierung und Medizinalisierung, die Lebenswelten und Diskriminierungen in der Gesamtgesellschaft inklusive lesbischer und schwuler Szenen müssten überhaupt erst in Angriff genommen werden.

Täter, Tatorte

Es sind demgegenüber vor allem die Täter und Tatorte, an denen sich der Diskurs orientiert. (Jugendliche) Migrant*innen⁶ und Kreuzberg – gelegentlich auch Neukölln – als Chiffre stehen an erster Stelle, Rechtsextreme bereits abgeschlagen an zweiter Stelle, wenn es auf die Suche nach Ursachen und an die Hierarchisierung der Vorkommnisse geht. Täter und Orte, die auf die so genannte „Mitte der Gesellschaft“ hindeuten, scheinen dagegen nicht zu interessieren.⁷ Die Zahl der Teilnehmenden an Protestveranstaltungen zeigt es, es sind aber auch die öffentlichen Veranstaltungen, an denen sich das ablesen lässt; es besteht ein immenses Interesse gerade daran herauszufinden, wie Migration und Homophobie sich zu einander verhalten – und wie gesellschaftliche Antworten auf dieses Verhältnis aussehen können. Neben den andauernden Diskussionen um

die so genannte „Simon-Studie“⁸ aus dem Jahr zuvor waren es auch 2008 vor allem die Themen „Migration“ und „Islam“, die im Fokus lesbisch-schwuler Antwortsuche standen. Die Lesbenberatung diskutierte im Mai zu „Gender – Religion – Sexualität“⁹, der Lesben- und Schwulenverband beschäftigte sich mit einer homophoben Hetzschrift in einem arabischsprachigen Anzeigenmagazin (al-Salam, April 2008), lud interessierte Homosexuelle zum Dialog in die Moschee (3. Oktober) und ließ im November zu „Chancen und Grenzen des Dialogs mit islamischen Organisationen“ diskutieren. Anders als in den Jahren zuvor blieben die Rufe aus den lesbisch-schwulen Communities im Jahr 2008 nicht unbeantwortet. Nachdem es seit etwa dem Jahr 2003 einzelne Kooperationsprojekte von Migrant*innen-Selbstorganisationen mit Selbstorganisationen von Lesben und Schwulen gegeben hatte, haben einzelne Organisationen aus den Communities das Thema Homophobie als ihr eigenes entdeckt. Einige muslimische Organisationen arbeiteten eine Stellungnahme gegen Homophobie¹⁰ aus, für die sie nicht mit Organisationen von Lesben oder Schwulen kooperierten und die sie beim Runden Tisch „Gemeinsam gegen Homophobie“ vorstellten, der im Oktober durch den Integrationsbeauftragten und die neu eingerichtete Landesantidiskriminierungsstelle

einberufen wurde. Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg veröffentlichte eine von über 70 Mitgliedsorganisationen getragene Stellungnahme zum al-Salam-Artikel, in der er allerdings auch vor Ethnisierung des Problems Homophobie warnte – ein bisher in der Debatte nur selten gehörter Einwand, in der sich Migrant/innen-Selbstorganisationen bisher vor allem als Zwangsverteidigerinnen „ihrer“ Bevölkerungsgruppe behaupten mussten.¹¹ In dieselbe Kerbe schlug ein Vertreter aus der türkischen Community beim erwähnten Runden Tisch: Man werde Homophobie in der eigenen Community weiterhin bearbeiten – und zwar in dem Tempo, das man selbst für richtig halte; für Ratschläge von Lesben- und Schwulenorganisationen sei man dankbar, für Vorschriften nicht.

Historisch sind Rassismus und Homophobie eng mit einander verbunden – die koloniale Konstruktion der „Anderen“ ist immer sexualisiert. „Asiat/innen“, „Afrikaner/innen“ oder „Oriental/innen“ wurden immer als „Rassen“ imaginiert und sozial hergestellt, deren männliche Angehörige bestimmte Eigenschaften haben, so wie auch die weiblichen. Kolonialisierte Weiblichkeit und kolonialisierte Männlichkeit definierten die „zivilisierten“ Geschlechterrollen in Europa. Ganz ähnlich verlaufen heute die Debatten in vielen westeuropäischen Ländern über Geschlecht und Sexualität in „den“ entsprechenden Migrant/innen-Communities: die Frauen *alle* unterdrückt und Homosexualität *gänzlich* verboten. Damit geht die Fiktion einer „aufgeklärten“, „emanzipierten“ und vor allem

Frauenrechte und Homosexualität vollkommen akzeptierenden Mehrheitsgesellschaft einher.

Homophobie im Migrationsdiskurs

Antworten auf Ressentiments zwischen zwei Gruppen, die sich vermeintlich gegenüber stehen, müssen erst gefunden werden. Sowohl Migrant/innen als auch Lesben und Schwule definieren sich legitimer Weise als „Opfer“ struktureller und interpersonaler Diskriminierung. Vor diesem Hintergrund veranstaltete GLADT gemeinsam mit der Landesantidiskriminierungsstelle am 25. November den Fachtag „Gemeinsam für Anerkennung und Respekt – Wie kann Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft verhindert wer-



den?“ Bereits in der Woche vor der internationalen Tagung, an der etwa 300 Personen teilnahmen, hatte es bei GLADT eine Veranstaltung zum Thema „Homosexualität und Religion – Homophobie und Islamfeindlichkeit“ gegeben, bei beiden stand die Frage im Fokus, wie ein hierarchisierungsfreier Umgang mit menschenverachtenden Ideologien und ihren Manifestationen aussehen kann.¹²

Ausgehend von den Erfahrungen des ereignisreichen Jahres trat kurz vor Jahresende der Runde Tisch „Kreuzberg für Akzeptanz und Gleichbehandlung“ zusammen, bei dem neben Rassismus und Homophobie auch die Themen Sexismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit und Altersdiskriminierung auf die Tagesordnung kamen.

Dass es sich lohnt, Zusammenhängendes tatsächlich auch zusammen zu thematisieren, zeigt ein Blick auf die Geschichte der Gegenwart. Der Prozess der sozialen Herstellung von „Rassen“ (Rassialisierung) und ihrer Ungleichwertigkeit war niemals nur biologisch unterfüttert. Immer waren es auch kulturalisierende und sexualisierende Argumentationen, die es den europäischen Mächten ermöglichten, ihre Unternehmungen nach innen und nach außen zu legitimieren. Nicht-Weiße wie auch verschiedene kulturelle Praxen wurden als weniger wert eingestuft, um die eigene Überlegenheit zu behaupten, auch indem sexuelle Andersartigkeit und fehlende moralische Qualitäten zugeschrieben wurden. Namentlich

homosexuelle Praktiken als Straftatbestand wurden in vielen Kolonien erst durch die Kolonialherren implementiert – etwa zu

der Zeit, als das Verbot mann-männlicher Sexualität auch in die europäischen Strafgesetzbücher einging. Die Wechselbeziehungen zwischen den Kategorien Geschlecht, Herkunft und sexueller Orientierung dauerten – wie auch andere Elemente kolonialistisch-rassistischer Zuschreibungen – auch nach der Diskreditierung von „Rasse“ nach dem Holocaust fort. Nach wie vor ist es die strukturelle Macht, die Weiße innehaben, in deren Dienst sexualisierter Rassismus und rassifizierte Sexualität/ Geschlecht stehen. In den letzten Jahren waren es vor allem auch Diskurse um Sexualität, die in den Migrations- und Integrationsdebatten eine zentrale Rolle spielten. Wie oben skizziert, beherrschen – entgegen aller Empirie – die Fantasie von der vollkommenen



Akzeptanz in der „Wir“-Gruppe und das „Integrationsdefizit“ bei den „Anderen“ alle Auseinandersetzungen über Homophobie. Unabhängig davon, in welcher Generation Menschen in Deutschland leben, sind sie weiterhin mit der Forderung konfrontiert, vermeintlich importierten Sexismus und Homophobie abzulegen und sich zu „unseren Werten“ zu bekennen, zu denen ziemlich genau seit den Terror-Anschlägen auf das Pentagon und das World-Trade-Center eben auch Frauenrechte und die Rechte von Lesben und Schwulen gehören. Dass der bildungspolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion im Jahr 2008 die freiwillige Ausreise von Menschen aus „unserem Land“ empfehlen kann, die das vermeintlich „homofreundliche“ Klima hier nicht mittragen wollen, während seine Fraktion im gleichen Jahr mehrheitlich gegen die Gleichstellung verpartneter Beamter stimmte, muss auch verwundern.

Erstaunlicher sind aber die Angriffe auf Migrant/innen und People of Color, die von feministischen, lesbischen und schwulen Aktivist/innen ausgehen. Vor allem jugendliche männliche Migranten verkörpern in den entsprechenden Beiträgen eine besonders aggressive Form der Homophobie, die quasi notwendigerweise in gewalttätigen Übergriffen endet. Gründe seien die „archaische“, „religiöse“, „patriarchale“ kulturelle Herkunft oder – wie es unter anderem in einem Flugblatt der Grünen heißt – die „homophobe Staatsdoktrin“, die offensichtlich aus den Herkunftsländern der Großeltern mitgebracht und

konserviert worden sein muss.¹³ So legitim der Ärger über homophobe Einstellungen – und oft genug auch Verhaltensweisen – ist, so illegitim ist dabei die Kollektivierung und Zuschreibung an ein Kollektiv, das im Fall von Muslim/innen nicht nur aus über einer Milliarde Menschen besteht, sondern auch über alle geopolitischen Gebiete verbreitet und glaubenspraktisch extrem heterodox ist. Der Wunsch, Homophobie auf Religion und Religiosität zurückzuführen, überschätzt nicht nur die Wirkmächtigkeit der Religionsgemeinschaft, sondern unterschätzt auch die Wirkmächtigkeit des religiösen Arguments im Rahmen eines rassistisch organisierten Einwanderungsdiskurses. Während die furiose Serie von Presseerklärungen, Veranstaltungen und Runden Tischen in Folge des Übergriffs vor dem SO 36 sehr zu begrüßen ist, weil trans- und homophober Gewalt endlich die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die ihr seit Jahrzehnten verweigert wurde, stellt sich simultan und unweigerlich die Frage, was passiert wäre, wenn nicht – vielleicht – an einem der Autos am Tatort ein Aufkleber der „Grauen Wölfe“ gesehen worden wäre.

Der Lesben- und Schwulenverband äußert in rascher Folge die bald zur Alltagsweisheit gewordenen Sätze zum erhöhten Vorkommen von Homophobie unter vor allem „türkischen“ Jugendlichen. Sie seien schuld an so genannten „No-Go-Areas“ in „Problemkiezen“, wo sich Lesben und Schwule ihres Lebens nicht mehr sicher sein können. Deswegen

habe der Senat seinen Runden Tisch „Gemeinsam gegen Homophobie“ einberufen etc. Welche Jugendlichen dabei genau mit „türkisch“ oder andernorts „migrantisch“ gemeint sind, bleibt im Verborgenen, das Verständnis der Lesenden kann vermutlich vorausgesetzt werden – Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus, ethnische Herkunft, Religion und Religiosität, Alter, Sprachkenntnisse und Bildungsgrad, soziale Schicht und Aussichten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt etc. spielen keine Rolle, wenn es darum geht, das eine Problem zu definieren und einen integren Schuldigen zu konstruieren. Im Machtgeflecht einer komplexen Gesellschaft kommt der Zuschreibung einer spezifischen Homophobie eine enorm wichtige Rolle zu. Vor allem Aktivisten aus den Schwulen-Szenen sind es, die nicht nur auf die herkömmliche Konstruktion eines „Anderen“ setzen, sondern auch auf eine Hierarchisierung von Zugehörigkeiten und repressiven Maßnahmen wie Kürzungen von Sozialleistungen oder Abschiebung, weil sie dadurch auf eine profitable Aufwertung der eigenen Gruppe hoffen können. Emanzipation ist selbstverständliche Grundlage queerer Politik. In der Komplexität einer Gesellschaft, die nur langsam und gleichzeitig akzeptiert, dass es Einwanderung und die Existenz nicht-heterosexueller Zweierbeziehungen gibt, die auf Reproduktion gegründet sind, kann dies aber nicht ausreichend sein. Allein die Existenz von lesbischen Migrantinnen und schwulen Migranten stellt eine Herausforderung für statische

Identitäten dar, wie sie bisher die Diskurse prägen. Migrant/innen sind nicht alle heterosexuell – so wenig wie Lesben und Schwule alle weiß und christlich geprägte Herkunftsdeutsche sind. Das Jahr 2008 hat auf politischen, administrativen und zivilgesellschaftlichen Ebenen in

Berlin die Weichen für die zukünftige Debatte gestellt, in der Geschlechterrollen und gesellschaftliche Positioniertheit Ethnizität, politische Überzeugungen und Religion/Religiosität als Analyse Kriterien ersetzen können. Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft, die ihrer Vergangenheit

und der realen Gegenwart eingedenk ist, können Phänomene wie Homophobie, Sexismus, Rassismus oder Antisemitismus nur gemeinsam angegangen werden.

Gay & Lesbians aus der Türkei e.V.

Im Rahmen des Projekts „Homosexualität in der Einwanderungsgesellschaft – Handreichungen für emanzipatorische Jungenarbeit“ entwickelt der Verein gemeinsam mit seinem Tandempartner Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. und weiteren Kooperationspartnern Handreichungen zum geschlechtsspezifischen Umgang mit sexistischen und homophoben Einstellungen und Verhaltensweisen bei Jugendlichen. Das vom Berliner Integrationsbeauftragten geförderte Projekt setzt dabei auf eine Zusammenarbeit vor allem mit Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften aus offener Jugendarbeit und Streetwork. Weitere Informationen zum Projekt unter www.HeJ-Berlin.de.

- 1 Die Veränderungen der Nazizeit am Paragraphen wurden kurz nach Gründung der DDR rückgängig gemacht (1950); die dann wieder vor-nationalsozialistische Fassung wurde seit 1960 in der Regel nicht mehr angewandt. Der neue § 151, der erstmals auch homosexuelle Handlungen zwischen Frauen mit einbezog, betraf ausschließlich sexuelle Handlungen Erwachsener an Jugendlichen. Dieser Paragraph wurde 1988 ersatzlos gestrichen.
- 2 Der Mikrozensus 2007 nennt 15.000 Eintragungen für die gesamte Bundesrepublik. Zitiert nach: Lizzi Pricken: „Mottenkiste live“. In: Gigi – Zeitschrift für sexuelle Emanzipation 60 (März/April 2009), Seite 16–18.
- 3 „Da wird es sehr deutlich, wie sehr wir dort aufgefordert sind, gegen jegliche Bestrebungen, die gleichgeschlechtlich ausgeprägt ist, vorzugehen. Gerade den uns anvertrauten Jugendlichen müssen wir mit einem so großen Verantwortungsbewusstsein entgegentreten, dass wir denen einen besonderen Schutz zukommen lassen.“, zitiert nach Tagesspiegel, 24.5.2008: <http://www.tagesspiegel.de/sport/Fussball-Christoph-Daum;art133,2536865> Ein Vertreter des lesbisch-schwulen FC-Köln-Fanclubs, der nach der Entschuldigung Daums ebenfalls mit dem Tagesspiegel sprach, verlieh gern: „Christoph Daum ist ein impulsiver Mensch. Er redet schneller, als er denkt. Und dafür liebt ihn Deutschland ja.“ (<http://www.tagesspiegel.de/sport/Fussball-Christoph-Daum;art133,2585527>)
- 4 Vgl. ReachOut-Chronik in dieser Publikation.
- 5 Bei den im Text genannten Teilnahme-Zahlen handelt es sich um Schätzungen von GLADT-Mitgliedern, die anwesend waren.
- 6 Der Begriff „Migrant/innen“ ist in vielerlei Hinsicht vereinfachend und ungeeignet, um über die Kinder und Kindeskindest der ehemaligen „Gastarbeiter/innen“ zu sprechen. Wir benutzen ihn hier in Ermangelung anderer Begriffe.
- 7 Von den zehn homophoben An- und Übergriffen, die durch ReachOut dokumentiert wurden, fanden sieben in Ostberliner Bezirken statt, zwei in Kreuzberg und einer in Tiergarten. Angesichts der demographischen Situation (Anteil von Migrant/innen, Vorhandensein von lesbischer/schwuler Infrastruktur, Menschen, die als „lesbisch“ oder „schwul“ eingeordnet werden können) stellt diese Verteilung zumindest ein interessantes Faktum dar.
- 8 Zur Zusammenfassung, die im Wesentlichen die Grundlage aller öffentlichen Diskussion darstellt: www.typo3.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Homosexualitaet/Simon-Studie.pdf
- 9 Zum Einladungsflyer der Veranstaltung, die gemeinsam mit der Landesantidiskriminierungsstelle durchgeführt wurde: www.berlin.de/imperia/md/content/lb_ads/lesmigras_flyer3.pdf
- 10 <http://ufuq.de/newsblog/212-islamische-vereine-gegen-homophobe-hetze>
- 11 Die „Anklage“ kam im Jahr 2008 etwa dem bildungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Sascha Steuer, zu, der im Berliner Tagesspiegel Folgendes zu empfehlen wusste: „Jeder aber, der seine eigene Kultur, seine eigenen Regeln, seine eigenen ungeschriebenen Gesetze über die unsrigen stellt, seine Kultur und Religion grundsätzlich für wertvoller die unsrige hält, hat in Deutschland keinen Platz. (...) Ein Projekt wie die ‚Respect-Gaymes‘ muss eben mitten in Wedding oder Neukölln stattfinden. Wer sich daran stört, wer nicht bereit ist, auf dieser Grundlage in Deutschland zu leben, sollte sich entscheiden, unser Land zu verlassen.“
- 12 Zur Dokumentation: www.gladt.de
- 13 Trotz der Kritik aus dem Publikum, dass für eine solche Behauptung die empirische Grundlage fehle, schaffte es diese Aussage sogar in den Antrag der Grünen Abgeordnetenhaus-Fraktion zu einem Landesaktionsplan gegen Homophobie, der zu Beginn des Jahres 2009 beraten wurde und dann in den mittlerweile beschlossenen Antrag der Regierungsfractionen mündete (vgl. „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“, u.a. http://www.spdfraktion-berlin.de/var/files/pdfzumthema/antrag_sexuelle_vielfalt.pdf).

I m Schatten der Aufmerksamkeit

- die Aktivitäten der Grauen Wölfe in Berlin

Für einen Teil der Berliner Bevölkerung finden die Aktivitäten der Grauen Wölfe im Verborgenen statt, denn die Betroffenen sind meistens kurdische Migrant_innen aus dem türkischen Kurdistan oder türkische Linke. Als acht Besucher_innen eines Drag-Festivals im Sommer 2008 auf dem Kreuzberger Heinrichplatz aus zwei Autos angegriffen und brutal zusammengeschlagen wurden, tauchten jedoch Fragen auf. Die Angreifer wurden als deutsche und türkische Männer identifiziert und an einem Auto wurde ein Aufkleber der Grauen Wölfe gesichtet.

Von AK Graue Wölfe/Türkischer Nationalismus

Diese Attacke löste eine Protestwelle aus und es fand eine große Solidaritätsdemonstration für die Betroffenen statt, auf der sich mehrere tausend Menschen befanden. In erster Linie galt dieser Protest dem homophoben Charakter dieses Angriffs, viel weniger wurde beachtet, aus welchem politischen Umfeld die Angreifer möglicherweise kamen. Das ganze Jahr finden in Berlin Übergriffe und Pöbeleien der türkischen Faschist_innen statt, welche sich bei den Grauen Wölfen (Bozkurt) organisieren. Dies ist der militante Arm der türkischen nationalen Partei MHP (Milliyetçi Hareket Partisi – Partei der nationalistischen Bewegung), welche in der Türkei mehrere tausend Morde zu verantworten hat.¹

Auffällig werden diese Gruppen in Berlin nur, wenn sie wie beispielsweise am Ende des Jahres 2007 zum offenen Angriff übergehen. Am 28. Oktober 2007 fand auf dem Hermannplatz eine Kundgebung der „Berliner Janitscharen“² statt, auf der Tausende Nationalist_innen ihre Treue zum türkischen „Mutterland“ bekundeten, welches zu diesem Zeitpunkt einen Angriff auf den Nordirak und die dort vermutete PKK vornahm.³

Auf der Kundgebung waren auch Hunderte von Anhänger_innen der MHP bzw. Grauen Wölfe, die sich offen durch Parolen, Fahnen und den „Wolfsgruß“ zu erkennen gaben. Das Motto der Kundgebung, „Einig-

keit und Brüderlichkeit zwischen Türken und Kurden“, meint nicht ein friedliches Zusammenleben der Bevölkerungen, sondern repräsentiert die aggressive nationalistische Forderung des türkischen Staates seit seiner Gründung nach einer totalen Assimilation und Unterordnung der sogenannten „Minderheiten“ unter die nationale Einheit des türkischen Staates.⁴

Die am Hermannplatz Versammelten durften ihre geplante Demonstration über den Kottbusser Damm nicht abhalten, dennoch fanden sich viele kleine Gruppen zusammen, welche nationalistische und PKK-feindliche Parolen riefen und anschließend versuchten, kurdische Einrichtungen anzugreifen. Viele der Angriffe waren nicht erfolgreich, da die Masse der türkischen Faschist_innen glücklicherweise noch zu unorganisiert war und vermutlich hauptsächlich aus noch unerfahrenen Jugendlichen bestand. Auffällig waren jedoch Gruppierungen von älteren Männern, die vermutlichen Kader: Sie waren immer an den Orten, wo es eskalierte. Der Versuch, in die kurdische Moschee am Kottbusser Damm hinein zu drängen, wurde abgewehrt, denn viele kurdische Menschen und einige wenige türkische und deutsche Linke versammelten sich schützend vor dieser Moschee. Unter ihnen gab es – nicht zuletzt aufgrund einer zweifelhaften Polizeitaktik – nicht

wenige Menschen, die durch Steinwürfe verletzt wurden.

Die organisierten türkischen Faschist_innen sind vielen unbekannt und die Angriffe werden von den Meisten als überraschend empfunden. Die Eskalation des türkischen Nationalismus ist nur zu verstehen, wenn man die Parallelen zu den Konflikten in der Türkei betrachtet. Besondere Stärke konnten die Nationalist_innen 2007 daraus schöpfen, dass zur gleichen Zeit der Demonstration eine starke Medienkampagne in der Türkei stattfand, um den Angriff des türkischen Militärs auf kurdische Gebiete im Nordirak zu rechtfertigen und zu begleiten. Diese nationalistischen Kampagnen finden in der Türkei immer wieder zu verschiedenen Anlässen statt und werden von den vielen Menschen in Deutschland mit türkischem Migrationshintergrund oft mitgetragen, auch wenn die Einflüsse nicht immer offen auf der Straße zu sehen sind: Meistens sind es die vielen plötzlich aus den Fenstern hängenden türkischen Fahnen oder einander feindlich gesinnte Gruppierungen von Jugendlichen in den Schulen, oder die Nachbar_innen, die miteinander nicht mehr reden wollen.

Deutschland liegt seit jeher – auch bedingt durch die Migration eher linksorientierter türkischer Arbeiter_innen in den sechziger/siebziger

Jahren – im Fokus der türkischen faschistischen Kräfte, die direkte Verbindungen zum türkischen Staat haben. So begann die MHP schon damals in Deutschland Auslandsbüros aufzubauen. Als diese jedoch 1977 vom türkischen Verfassungsschutz verboten wurden, organisierten sie sich in so genannten Idealistenvereinen (türk.: Ülkü ocakları) bzw. deren Dachorganisation „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa“ (ADÜTDF). Von Beginn an konnten diese Vereine auf einen engen Kontakt und Unterstützung der staatlichen türkischen Institutionen in der BRD, u.a. durch Botschaft und Konsulate, zurückgreifen und bauten so ihren Einfluss schnell aus. Jahrelang wurden die Vorsitzenden der ADÜTDF von Alparslan Türkeş, dem Gründer und „Führer“ der MHP, persönlich bestimmt. In Deutschland schätzte die Bundesregierung die Anzahl der Mitglieder der ADÜTDF 2008 auf mindestens 7500. Als Schwerpunkte dieser Vereine gelten Süd- und Westdeutschland.

In Berlin haben die türkischen extremen Rechten besonders in den Bezirken Wedding, Kreuzberg und Neukölln enormen Einfluss, wobei der Wedding als Hochburg zu nennen ist. Hier wohnen und arbeiten die Kader der Bewegung, es gibt verschiedene Lokalitäten, die unter ihrem direkten Einfluss stehen und ihre Präsenz auf den Straßen ist nicht zu übersehen, bspw. durch Graffiti mit nationalistischen Inhalten oder den drei Halbmonden bzw. dem heulenden Wolf. In Kreuzberg und Neukölln waren bisher ihre Strukturen weniger ausgeprägt und scheinen Ableger aus dem Wedding zu sein. Als besonders problematisch ist hier die Oranienstraße zu

sehen: So liegt der Berliner Vereins-sitz der ADÜTDF in direkter Nachbarschaft zum bekannten Club S036.

Es ist auffällig geworden, wie viele Jugendliche auf nationalistischen Demonstrationen zu finden sind und wie präsent die Zeichen der Grauen Wölfe im Alltag bei ihnen sind. Immer größeren Einfluss gewinnen die Grauen Wölfe bei türkischen Jugendlichen in den letzten Jahren durch die Musik und den Sport. Hierbei ist besorgniserregend zu sehen, wie auch die türkischen Rechten dieses Feld immer stärker für ihre Propaganda nutzen. So gibt es, wie in der deutschen Rechten, eine Art traditionelle rechte Volksmusik. So genannte Barden oder Troubadoure wie der bekannte Ozan Arif huldigen dem „Mutterland“ und den türkischen Volksträumereien.

Für Jugendliche ist diese Musik nur bedingt von Interesse. Eine stärkere Anziehung üben hier eher die verschiedenen türkischen Hip-Hop Künstler_innen aus. Es gibt eine Reihe von Rapper_innen, die sich positiv auf die türkische Nationalidentität beziehen und klare

inhaltliche Verbindungen zu den extremen Rechten aufweisen. Exemplarisch sind dafür Cartel – der ersten türkischsprachigen Rapper aus Deutschland – oder der Rapper Mehmet Borukçu zu nennen. Letzterer bezieht sich immer wieder auf Ehre, Türkentum und auf die Reinheit der türkischen Identität. Bei den Konzerten der in den letzten Jahren zahlreich gewordenen türkischsprachigen Rappern in Deutschland und in deren Videos, welche teilweise auf Youtube veröffentlicht sind, sind der Gruß der Grauen Wölfe und Bilder zur Verherrlichung der türkischen Armee immer wieder zu sehen. Dadurch reproduzieren sie klare faschistische Bezüge und sorgen dafür, dass diese für ihre Hörer_innen positiv besetzt werden.

Nicht immer ist für die Fans anfänglich zu erkennen, welcher Ideologie sich die Künstler_innen mit ihren vermeintlich „wahrhaft“ türkischen oder islamischen Symbolen verbunden fühlen. Wie wenig dieses selbst bei Leuten bekannt ist, die es besser wissen müssten, zeigt der gemeinsame musikalische Auftritt von Außenminister Steinmeier und dem nationalistischen Rapper Muhabbet Ende 2007, in dessen Studio, am Rande eines diplomatischen Protokollbesuches. Muhabbet verfasst Texte,



die ihn in der Nähe der Grauen Wölfen verorten lassen und scheint in einem Netzwerk aktiv zu sein, in dem sich auch erklärte „Graue Wölfe“ wohl fühlen. Dieser fragwürdige Beitrag zur „Integration“ deutsch-türkischer Mitbürger_innen zeigt, wie unbekannt die Gruppen und Personen sind, die sich positiv auf Faschismus beziehen.

Die türkischen extremen Rechten werden als ein Randproblem in Deutschland gesehen – so wie andere Probleme der hier lebenden Menschen mit „migrantischem Hintergrund“. Da die türkischen extremen Rechten eine hauptsächlich auf die Türkei gerichtete Politik verfolgen, werden ihre Propaganda und Organisationen als harmlos für die BRD und damit harmlos für „die Deutschen“ betrachtet – und ihre Anhänger_innen als nicht-integrierbar gesehen. Die Verbreitung der extrem nationalistischen Ideologie erfolgt tatsächlich durch die Ablehnung der von der deutschen Mehrheitsgesellschaft erzwungenen Identität – einer Mehrheitsgesellschaft, die diese Jugendlichen sowieso nicht will. Und durch den Reflex, einen Stolz auf

eine eigene nationale und religiöse Identität aufzubauen – in diesem Fall „türkisch und muslimisch“. Das homogenisierende Bild der „Türk_innen“, das diesen ein „allgemeines aggressives Verhalten“ zuschreibt, verhindert die Unterscheidungs- und Erkenntnismöglichkeiten. So ist für viele nicht durchschaubar, dass diese „gewalttätigen Migrant_innen“ eine Ideologie verfolgen, die Teil einer europaweiten/globalen faschistischen Bewegung ist. Die Ethnisierung des Problems verharmlost die Tatsache einer die Staatsgrenzen übergreifenden Faschisierung der Menschen auf allen Ebenen und vereinfacht somit das Nicht-erkennen (oder Nicht-anerkennen) des Faschismus – bzw. Neofaschismus – mit dem wir es zu tun haben. Die MHP/Grauen Wölfe und ihr faschistischer Anhang – genauso wie die deutschen Neonazis und ihr faschistischer Anhang – sind eine Gefahr, der begegnet werden muss.

Es gilt zudem auch die türkischen Institutionen und Vereinigungen aufzufordern, sich klar zu positionieren und sich gegen den Faschismus/Neofaschismus zu stellen und dies nicht nur mit plumpen „gegen Gewalt“-Aussagen zu tun, sondern mit einer klaren Ausgrenzung und Stellungnahmen gegen Faschismus/Neofaschismus.

Diese Kritik darf jedoch nicht in einer Form geschehen, in der sie den deutschen Rechten in die Hände spielt und weiter die vorherrschenden rassistischen Diskurse und Bedrohungsszenarien bedient, die die bundesrepublikanische Mehrheitsgesellschaft gegen Migrant_innen und Menschen mit migrantischem Hintergrund sowieso schon führt. Es muss klar gesagt werden, dass das Problem nicht bei den „Türk_innen“ schlechthin liegt, sondern das Problem Nationalismus und Faschismus heißt.

AK Graue Wölfe/Türkischer Nationalismus

ist eine kleine Gruppe von Menschen, die im letzten Jahr zu diesem Thema recherchiert und gearbeitet hat. Schwerpunkt dieser Arbeit waren, neben der Arbeit im Archiv des apabiz, die lokalen Strukturen in Berlin und allgemein der BRD. Über Kritik, Fragen und Infos zum Thema freuen wir uns sehr. Kontakt: akgrau@web.de



- 1 Für mehr Informationen über die von Grauen Wölfe verübten Anschläge und Attentate: Azlan, Fikret/Bozay, Kemal: Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD, Münster 2000.
- 2 Janitscharen (Yeniçeri) ist die Name der Soldateneinheiten des Osmanischen Reiches gewesen. Die Yeniçeri und Mehter, die militärische Kapelle des Osmanischen Reiches, sind beliebte Motiven der türkischen Nationalist_innen und Fundamentalist_innen und tauchen gleichermaßen häufig als Motiv auf den Plakaten der MHP und den islamischen Fundamentalist_innen auf bzw. während ihrer Aktivitäten als Inszenierungen.
- 3 Dieser Angriff wurde durch eine enorme Hetzkampagne der türkischen Massenme-

dien gegen Kurd_innen vorbereitet und begleitet. Viele in der BRD lebenden Menschen mit türkischem Hintergrund folgen täglich dem Tagesgeschehen in der Türkei durch Satellitenfernsehen und durch türkische Zeitungen und werden genauso effektiv beeinflusst wie diejenigen, die in der Türkei leben.

- 4 In den durch das Osmanischen Reich eroberten Gebieten lebten und leben Bevölkerungen mit eigenen Sprachen und Religionen. Die pantürkische militärische Front, die am 1923 den türkischen Staat gründete, forderte eine bedingungslose Akzeptanz der türkischen nationalen Einheit in allen noch in seinem Einfluss übrig gebliebenen Gebiete.

Nationalistische Moralapostel

Sexismus und Homophobie bei RNF und NPD

Die extreme Rechte richtet sich verstärkt mit spezifischen Politikangeboten an Frauen. Hier ist neben anderen und mit angeblich wachsendem Erfolg die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) aktiv, die zu diesem Zweck im Jahr 2006 den Ring Nationaler Frauen (RNF) aus der Taufe hob und zu einer Unterorganisation der Partei machte. Im Jahr 2008 gab es vorsichtige Versuche der Berliner NPD, dieses Terrain zu begehen und die Arbeit des RNF der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Von Ulli Jentsch und Eike Sanders (apabiz)

Die Schwächen der rechtsextremen Politik offenbarten sich hierbei ebenso wie die inneren Widersprüche der Szene. Der Streit um eine Demonstration gegen „Kinderschänder“ bot gar Anlass genug für rabiate Streitigkeiten, die Anfang 2009 Teile aus der NPD trieben. Genug Gründe also, sich die Ausgestaltung und die AkteurInnen dieses spezifischen rechtsextremen Politikfeldes etwas genauer anzuschauen.

Unter Protesten und Polizeischutz führte die NPD am 5. September 2008 in Berlin-Neukölln in Räumen der Otto-Suhr-Volkshochschule eine Veranstaltung unter dem Motto „Frauen in nationaler Politik - Der Ring Nationaler Frauen (RNF)“ durch. Unter den höchstens 30 Anwesenden waren etwa 20 NPD-AnhängerInnen, darunter nur vier (!) Frauen. Bei den weiteren BesucherInnen handelte es sich vor allem um JournalistInnen, distanzierte BeobachterInnen sowie um einige Polizeibeamte.

Stella Hähnel zum Thema Frauen in der NPD

Die Veranstaltung bestand hauptsächlich aus einem etwa 40-minütigen Vortrag von Stella Hähnel zum Thema „Frauen in der NPD“ und zur entsprechenden Organisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF). Stella Hähnel ist Gründungsmitglied und Pressesprecherin des RNF. Die 36-Jährige ist zweifache Mutter und engagiert sich nach eigenem Bekunden seit den frühen 1990er-Jahren in Frauenorganisationen. In ihrer Rede verwies sie auf den „Skingirl Freundeskreis Deutschland“ (SFD), in dem sie 1992 Mitglied wurde und bis zur Selbstaflösung zehn Jahre später blieb. Sie wurde Mitglied in der 2000 gegründeten „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF), neben dem RNF eine der wichtigsten rechtsextremen Frauenorganisationen bundesweit. „Meine Erfahrung aus dieser Arbeit kann ich jetzt im Ring Nationaler Frauen wunderbar einbringen“, so Hähnel.¹

In ihrer Rede entwarf sie ein Bild von Berlin als einer durch die Folgen der Migration bedrohten Stadt, was immer mehr Familien flüchten lasse: „Und es ist völlig klar, dass wir Frauen und ihre Kinder nicht in einem Bezirk wie Neukölln wohnen lassen, wohnen lassen wollen, wo es regelmäßig zu Schießereien kommt und zu Kriminalität in unvorstellbarem Maße.“ Besonders Frauen und Kleinkinder litten unter den Folgen der Migration: „Die Frauen wollen (...) nicht, dass ihre Kinder in einem Land groß werden, wo sie eigentlich gar nicht mehr hingehören. Wo sie in einen Kindergarten gehen, wo es kein Schweinefleisch mehr zu essen gibt, weil eben kaum noch deutsche Kinder dort sind. Oder dass sie in ein Schwimmbad gehen müssen und sagen müssen, ich kann heute mit meinem Sohn nicht schwimmen gehen, weil hier ist heute getrennt Baden angesagt, das ist auch Realität schon. Und das sind ja bloß Kleinigkeiten. Damit fängt's ja erst an. Das Ende des Liedes ist, dass wir hier, die wir hier sitzen, als deutsche Frauen

mit dem Kopftuch rumrennen werden.“

Hähnel selbst ist mit ihrer Familie in das Brandenburger Umland gezogen. Der RNF sei laut Hähnel für Frauen, die mit dieser Entwicklung unzufrieden seien, ein Ort, um Gleichgesinnte zu treffen und, nach ihrer Auffassung, frauentypische Themen aufzugreifen: „Es sind bestimmte Themen, die da automatisch aufkommen, wenn Frauen zusammensitzen (...) und es gibt auch diesen Gemeinschaftsgedanken oder dieses Gemeinschaftsgefühl, wenn man mit Frauen zusammen Aktionen macht, wie jetzt hier die Berlinerinnen, die also Spielplätze sauber gemacht haben und im Prinzip dem Bezirksamt

vor Augen geführt haben, was sie aus den Kinderspielplätzen haben werden lassen, was da für Dreck und Abfall und Spritzen und sonst was rumliegt und wo sie als Bezirksamt unsere Kinder, auch vor allem in diesen Bezirken noch deutschen Kinder spielen lassen, in welchem Modder.“

Obwohl Stella Hähnel für Frauen in der NPD zumindest theoretisch auch andere Themenfelder reklamierte, sprach sie in ihrem Vortrag fast ausschließlich über Familienpolitik. Dies spiegelte, so Hähnel, „auch das wider, was die Wissenschaft schon längst

belegt hat, dass es eben einen generischen Unterschied gibt zwischen Männern und Frauen. Das ist ja das, was unsere linken Kolleginnen gern versuchen irgendwie zu unterdrücken oder zu verheimlichen, dass es hormonelle Unterschiede gibt und auch verhaltensmäßige Unterschiede gibt, die von Geburt an angeboren sind.“ Bis auf die kritischen BeobachterInnen und PressevertreterInnen blieb die NPD weitgehend unter sich, AnwohnerInnen etwa konnten mit dem Vortrag nicht erreicht werden. Trotzdem kommt die NPD in einem

Fazit zu dem Urteil: „Alle Einschüchterungen und Angriffe halten uns nicht davon ab, auch in Gebiete vorzustoßen, welche Antifa und Ausländer für sich beanspruchen“. Die NPD rechnet die TeilnehmerInnenzahl in ihrer Berichterstattung zudem auf „40 bis 50“ Interessierte hoch.

Der RNF in Berlin

Diese öffentliche Veranstaltung war der vorläufige Höhepunkt einer organisatorischen Entwicklung, die der RNF vor allem im Jahr 2008 nahm.



Ein Blick zurück: Schon für den 28. Oktober 2006 vermeldete der Berliner Verfassungsschutz (VS) die Gründung einer Berliner RNF-Regionalgruppe: Diese plane die Erstellung von Flugblättern und einer Werbe-CD für junge Frauen sowie das Schreiben eines Kinderbuches, „das Heimatliebe und Identität vermitteln und sich gegen den üblichen Multikulti-Wahnsinn in deutschen Schul- und Kinderbüchern“ richten soll. Der VS nannte eine Mitgliederzahl „unter zehn“ und misstraute den vollmundigen Plänen. Zu Recht, denn nicht einer wurde umgesetzt.

Im Jahr 2007 baute der RNF stattdessen vor allem fleißig an den regionalen Strukturen weiter. In Berlin hieß dies vor allem Mitgliederwerbung, für die Ruth Boose aus dem ansonsten inaktiven NPD-Kreisverband Spandau (KV1) zuständig war. Die Zahl der Mitglieder wurde offensichtlich langsam aber stetig aufgebaut. Stella Hähnel und Ruth Boose engagierten sich auf Bundesebene für den RNF. Frauen außerhalb der NPD, die der RNF ausdrücklich ansprechen wollte, konnten jedoch nicht erreicht werden. Im Juni 2008 wurde Michaela Zanker in den Landesvorstand der NPD gewählt, die als RNF-Mitglied die Koordination mit „der Mutterpartei NPD tatkräftig aus weiblicher Sicht“ unterstützen sollte.² Einen weiteren Monat später, im Juli 2008, vermeldete der RNF schließlich die Gründung zweier weiterer Regionalgruppen. Mit deutlichem Stolz verwies Pressesprecherin Stella Hähnel darauf, dass

in 6 von 8 Kreisverbänden Berlins Frauen mitarbeiten, darunter Manuela Tönhardt als Kreisvorsitzende in Lichtenberg und Gesine Hennrich als stellvertretende Kreisvorsitzende in Marzahn-Hellersdorf. Sie betonte die Wichtigkeit des Einsatzes der Frauen für die NPD, auch wenn sie weniger in Erscheinung träten als die Männer. Dies liege laut Hähnel „in der Natur der Sache“. Hähnel charakterisierte den RNF in Berlin als einen „vielseitigen“ Verband, er habe „sowohl sehr junge, als auch ältere und auch parteilose Frauen, wie Parteifunktionäre, als Mitglieder“.³

Diese „Vielseitigkeit“ des RNF in Berlin bescherte der Partei schon ein halbes Jahr später massiven Konfliktstoff. Zugleich versuchte der RNF in dieser Zeit durchaus eine gewisse „Aufbruchstimmung“ zu vermitteln, und die oben beschriebene erste öffentliche Veranstaltung in Berlin-Neukölln Anfang September passte in diesen Rahmen. Noch im gleichen Monat, am 19. September, fand der Strukturaufbau des Berliner RNF mit der Gründung eines Landesverbandes seinen Abschluss. Vorsitzende wurde Gesine Hennrich, die zu der Zeit auch zur Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Marzahn-Hellersdorf aufgestiegen war. Und schon am 27. September fand in der Berliner Parteizentrale der NPD in Berlin-Köpenick der zweite Bundeskongress des RNF statt. Die Teilnehmerinnen wählten Stella Hähnel als zweite Stellvertreterin und Pressesprecherin erneut in den Vorstand.⁴

Aufmarsch „gegen Kinderschänder“ in Marzahn

Die frisch gewählte Landesvorsitzende des RNF, Gesine Hennrich, wollte dieser Aufbauarbeit einen Aufmarsch in ihrem Heimatbezirk Marzahn-Hellersdorf folgen lassen. Hintergrund war ein anstehender Prozess gegen einen Mann, der der mehrfachen sexuellen Belästigung Minderjähriger angeklagt war. Die Familie von Gesine Hennrich war von dem Fall persönlich betroffen.

Im Vorfeld kam es zu erheblichen Querelen zwischen verschiedenen Teilen der Berliner NPD. Der Landesvorstand lehnte die Initiative von Gesine Hennrich ab. Daraufhin wurde der Aufzug von der RNF-Landesvorsitzenden und von Hans Joachim Henry, dem Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes, als Privatpersonen angemeldet. Die fehlende Unterstützung des Landesverbandes war Thema in den Wortbeiträgen der RednerInnen sowie in der Nachberichterstattung der rechtsextremen Szene.

Die NPD erwartete, im „sozialen Brennpunkt“ und mit einem emotionsgeladenen Thema die örtlichen AnwohnerInnen erreichen zu können. Zu dem Aufzug erschienen ausschließlich Mitglieder oder SympathisantInnen der NPD beziehungsweise der Kameradschaftsszene. Die insgesamt etwa 350 Personen kamen überwiegend aus Berlin und Brandenburg, reisten jedoch auch aus anderen Teilen Deutschlands (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) an. Während des Aufmarsches verstie-

ßen die TeilnehmerInnen mehrfach gegen die polizeilichen Auflagen. Diese hatten Parolen, die zu Gewalt gegenüber Dritten aufzurufen, untersagt. Trotzdem wurden Sprechchöre wie „Ein Baum, ein Strick, ein Schändergenick!“ oder „Therapie, die hilft nicht lang, Kinderschänder an die Wand!“ geduldet.

Zu Beginn der Kundgebung hatte Gesine Hennrich das Wort, die in einem teilweise unverständlichen Redebeitrag ihre eigenen Erfahrungen als Mutter eines missbrauchten Jugendlichen schilderte. Sie beendete ihre Rede mit den Worten:

„Unsere Politiker, klar, die machen natürlich die Augen zu, was soll deren Kindern denn auch passieren, oder Enkelkindern die haben alle soviel Geld, die haben ja alle Begleitschutz da, da passiert ja nix, die gehen ja auch nicht auf ne normale Schule, die gehen ja auch nicht den normalen Weg nach Hause, wie unsere Kinder, ja. Ja gut, ich merke hier schon, ich werde mich hier gerade richtig reinreden, und das könnte grenzwertig sein, ich muss nämlich am Montag früh zur Arbeit.“

Hauptredner auf dem Aufmarsch war der bekannte Neonazi Thomas Wulff (genannt „Steiner“) aus Mecklenburg-Vorpommern, der bis Ende Mai 2008 als Vertreter des Spektrums der „Freien Kameradschaften“ dem Bun-



desvorstand der NPD angehörte. Wulff kritisierte die Berliner NPD-Führung scharf: „Und so möchte ich hier ganz am Anfang mich doch bestürzt zeigen darüber, dass es scheinbar im Landesverband der NPD Berlin nicht möglich war, eine flächendeckende Mobilisierung zu diesem Thema gemeinsam mit den Freien Kräften auf die Beine zu stellen. Da stimmt was nicht, da liegt der Hase im Pfeffer, da muss was passieren, kann ich nur den Parteimitgliedern hier in Berlin raten ((Applaus)).“

Homophobie – Sexismus – Rechtsextremismus?

Wulff führte in seiner Rede pauschal Kindesmisshandlung auf „das System“ zurück, das selber „krankhaft“ sei. Er diffamierte höchste Amtsträger, darunter den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit: „Wir müssen erkennen, dass auch Perverse und Kranke in dieser Republik bis in höchste politische Ämter sich emporgeblasen und in den Arsch gefickt haben, um es mal ganz drastisch zu sagen. Mit (Wowereit/Pobereit?) und Konsorten ist in Berlin nichts anderes

zu erwarten, als dass gegenüber Pädophilen, als dass gegenüber Pädophilen und abartig Kranken halbherzig vorgegangen wird.“ Auffällig war, dass Thomas Wulff in seinem Redebeitrag nur sehr wenig zu dem Thema des Aufzuges sagte, den Anlass aber um so mehr zu hasserfüllten Angriffen auf Repräsentanten des „Systems“ und auf politische Eliten allgemein nutzte. „Die Linken“ und „die Antifa“ wurden als „Handlanger des Systems“ bezeichnet. Sexistische Schmähungen oder homophobe Diffamierungen der politischen GegnerInnen: all dies ist für BeobachterInnen der extrem rechten Szene nichts Ungewöhnliches. Tauchen diese in Pamphleten oder Reden auf, gereichen sie nicht zum öffentlichen Skandal. Wer sich öfter am Rande von neonazistischen

Aufmärschen aufhält, kennt solcherart Äußerungen leider nur zu gut. Sie bewegen sich allzu häufig unterhalb dessen, was noch als diskussionswürdig gilt. Und sie haben in verbalen Auseinandersetzungen oft nur einen Zweck: die GegnerInnen herab zu setzen, sie zu einem Gegenüber zu erklären, das es nicht wert ist, ihr oder ihm argumentativ zu begegnen.⁵

Was kein Grund ist, diese nicht in eine Analyse extrem rechter Politik mit einzubeziehen. Solche Äußerungen von AktivistInnen transportieren einen moralischen Konsens, der ihrer Meinung nach innerhalb der jeweiligen extrem rechten Szene unwiderrspochen Gültigkeit hat. Sie öffnen uns damit – ungewollt – einen Blick auf den Subtext mancher dieser politischen Auseinandersetzungen

und damit auf einen sexistischen und homophoben Ge-

halt, der sonst nicht explizit ausgesprochen würde.

Eine systematische Auswertung von transkribierten Reden aus dem zweiten Halbjahr 2008 zeigt zum Beispiel, dass in Berlin offenbar kaum eine extrem rechte Veranstaltung ohne homophoben Seitenhieb gegen den Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit (SPD), auskommt. Seine offene Homosexualität ist ein beliebter Angriffspunkt. Der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer gönnte sich auf dem Aufmarsch für ein „nationales Jugendzentrum“ am 6. Dezember 2008 einen völlig sinnfreien homophoben Angriff.⁶

Nicht nur Thomas Wulff, der sich offen zum Neonazismus bekennt, konstruiert seine politische Bewegung als eine, die weit mehr als nur den



kriminellen Auswüchsen wie dem sexuellen Missbrauch von Kindern den Kampf ansagt. Denn das Ganze sei pervers, nicht nur das Detail. Während sich „das System (...) von innen heraus zerstöre“, müssten „nationale Aktivisten“ im gesamten Land die „vielfältigen Missstände in unserem Volk“ anprangern. Die VertreterInnen des „Systems“ begingen ungestraft „Schweinereien“, die „Krankhaftigkeit“ des Systems werde „von Jahr zu Jahr“ schlimmer. Selbstverständlich sind daran auch Juden beteiligt: um den Drogen- und Prostitutionsskandal Michel Friedmans bei seinen ZuhörerInnen in Erinnerung zu rufen, reichen Wulff die Worte „Pinkel“, „weiße Straße“ und „Weiber aus der Ukraine“ als Chiffre. Und die Linken sind vom System bezahlt, PDS heiße vielleicht „Pädophile Debile Systemlinge“.

Nationalismus und bürgerliche Moral

Wer das Andere so beschreibt, reklamiert für sich und seine politischen Ziele eine moralische Respektabilität, die überraschen mag. Wulff selber, Vater von drei kleinen Söhnen, ist es „selbstverständlich“ die „größte Pflicht nationaler Solidarität, wenn eine nationale Mutter aus unseren Kreisen darum bittet, hier aufzutreten“. So sehr „die Systemlinge“ angegriffen werden, eine Kritik an einer bürgerlichen Ordnung, die Frauen keine Chancengleichheit einräumt, findet nicht statt. Im Gegenteil: eine „gesunde Ordnung“, eine „völkische

Ordnung“ müsse die „Gemeinschaft des Volkes“ prägen. Wulff nennt die untergegangene DDR als teilweises Vorbild, „insbesondere was die Förderung von Familie und Kindern angeht“, denn in „Mitteldeutschland“ seien die „Nachwehen von einem System“ erhalten geblieben, „von dem wir nicht sprechen dürfen“: dem Nationalsozialismus.

Aus seiner Sicht werden Repräsentanten des Systems zu moralischen Außenseitern, die Elite wird mit Drogen und sexuellen Perversionen identifiziert. Sie haben die Grenzen der Respektabilität überschritten und müssen untergehen, zusammen mit dem System, das sie hervorgebracht hat und das sie repräsentieren. Dagegen repräsentieren die „nationalen Aktivisten“ die „gesunde Ordnung“; ihr scheinbar vorbildlicher Lebenswandel beinhaltet das Aufrechterhalten der ehelichen, familiären und völkischen Gemeinschaft. Sie wenden sich nicht gegen die bürgerliche, patriarchale Familie, sondern überhöhen sie zu einer alternativlosen naturgegebenen Ordnung.

Das nationalistische Gemeinschaftsgefühl stellt sich bei solch banalen Aktivitäten wie dem Säubern von Spielplätzen her, wo das Bezirksamt „unsere Kinder“ im „Modder“ spielen lasse. Dies hält die Pressesprecherin des RNF, Stella Hähnel, für bürgerlich, eine vermutlich ‚instinktsichere‘ Einschätzung. Frauen haben ihre zugewiesene Rolle allein im völkischen Gefüge von Ehe, Familie und Volksgemeinschaft. In der Propaganda des RNF ist das Emanzipationsbedürfnis

von Frauen ein unnatürliches Verhalten. Frauenrollen außerhalb der Mutterschaft werden nicht thematisiert und die spezifischen Schwierigkeiten, die Frauen in Betrieben oder akademischen Berufen haben, tauchen beim RNF nicht auf.

Die Rolle der Frau wird mit genetischen oder gar, bei Hähnel, mit „hormonellen Unterschieden“ erklärt, auf jeden Fall aber sind diese „von Geburt an angeboren“. Eine antifeministische Motivation ist bei den Argumenten des RNF deutlich sichtbar. Die Linken und die „Emanzen“ hätten ein Problem, sie fühlten sich Männern gegenüber minderwertig und „versuchen so zu tun, als ob sie ein Mann wären“. Gender Mainstreaming sei ein Programm, um die Identität der Geschlechter zu brechen und eine Sexualisierung schon von Kindern durchzusetzen.

Rechtsextreme Frauenemanzipation?

Es ist in der Forschung nicht ausgemacht, ob rechtsextreme Frauen sich bei ihrem politischen Engagement von einem Emanzipationsbedürfnis leiten lassen. Oder ob ihr Engagement überwiegend aus dem Bedürfnis gespeist wird, sich im Gegenteil der patriarchalen Rollenverteilungen zu vergewissern und aktiv dazu beizutragen, diese aufrecht zu erhalten. Dieser Diskurs kann hier nicht geführt werden; sicherlich trifft beides zu.

Vieles spricht dafür, dass sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden



Differenzierung innerhalb der rechts-extremen Szenen auch immer öfter Frauen finden, die über ein durchaus modernes Rollenverständnis verfügen, sich hergebrachten Arbeitsteilungen verweigern, sexistische Angriffe zurückweisen etc. Im Rahmen der offiziellen NPD-Frauenpolitik, explizit in der Politik des RNF, tauchen solche „modernen Frauen“ allerdings überhaupt nicht auf.

Dies mag im Widerspruch zu manchem Lebensentwurf stehen, den einige der Politaktivistinnen gewählt haben. Vor allem jungen Frauen wird der individuelle Verstoß gegen die Normen nachgesehen. Die älteren Frauen scheinen in ihrer Funktion als Politikader den Weg zu Familie und Ehe allesamt gefunden zu haben; sie setzen sich zumindest öffentlich unbedingt für diese eine Rolle ein. Egal wie hier Brüche und Widersprüche verlaufen – ob zwischen Frauen oder innerhalb der persönlichen Biografien –, wesentlich ist, dass die einzige offiziell vermarktete und als Modell vorgeführte Rolle die der Mutter, Ehefrau und Kämpferin an „seiner Seite“ ist. Widersprüche werden

notwendigerweise in den Bereich der Privatheit verdrängt. Das wird überwiegend akzeptiert, solange dadurch „der Sache“ nicht geschadet wird. Ganz in der Tradition des bigotten, patriarchalen Bürgertums ist ein Diskurs über Rollenmodelle aber untersagt.

Der RNF repräsentiert nicht nur ein anti-modernes, anti-feministisches Frauenbild, sondern er setzt im gesamten Diskurs eine Argumentation fort, die im historischen Nationalsozialismus selber wurzelt. George L. Mosse schreibt zu dem damaligen Verhältnis von Sexualität und Moral: „Mangel an Beherrschung der sexuellen Triebe war [den Nationalsozialisten, d.A.] wesentlicher Teil eines Mangels an Selbstbeherrschung, der als charakteristisch für die Gegner einer geordneten Gesellschaft galt. Die Feinde der Gesellschaft und die minderwertige Rasse waren nach rassistischem Denken identisch, während die überlegene Rasse Verhaltensregeln, Sitte und Moral der bestehenden Gesellschaft verkörperte.“⁷ Daher belegten die Nazis ihre

Feinde durchweg mit dem Attribut des gesellschaftlichen Außenseiters. „Doch galten Juden und Homosexuelle für noch gefährlicher als Kriminelle und Geisteskranke, da sie angeblich ihre Sexualität als zusätzliche Waffe gegen die Gesellschaft einsetzten.“ Mosse plädiert dafür, die Beziehung

von Rassismus und Sexualität in diesem Zusammenhang zu sehen. Sexualität sei nicht allein ein Attribut des rassistischen Stereotyps, sie „bedrohte durch ihre Attacke auf die Respektabilität die Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaft selbst.“

Opfer in den eigenen Reihen

Ihrem scheinbar wenig „respektablen Lebenswandel“ fiel Anfang 2009 gar die kurzzeitige Landesvorsitzende des RNF in Berlin, Gesine Henrich, zum Opfer. Im Zusammenhang mit dem oben geschilderten Aufmarsch „gegen Kinderschänder“ geriet sie in Konflikt mit dem Vorsitzenden der Berliner NPD, Jörg Hänel. Sie hatte nicht nur mit dem Hänel-Widersacher Hans Joachim Henry gemeinsame Sache gemacht, sondern wahrscheinlich auch die Wirkung der Parteihierarchien unterschätzt und ein Thema auf die Agenda der NPD setzen wollen, das Stella Hänel als ihr Ressort betrachten dürfte. Als der parteiinterne Streit eskalierte,

trat Hennrich aus und mit ihr der größte Teil des Kreisverbandes. Sie war angreifbar geworden, weil es Hinweise darauf gab, dass sie sich auf einschlägigen Seiten als Prostituierte angeboten haben sollte. Dies machte sie unhaltbar für die NPD.

Hennrich wurde von der eigenen Szene mit dem gesamten Arsenal sexistischer Anschuldigungen belegt, das denkbar ist. Die UnterstützerInnen Hennrichs wurden durchgängig als Alkoholiker und Asoziale bezeichnet, um deren Austritt es der Partei nicht schade sei. Die parteioffizielle Meinung brachte Thomas Vierk, Mitglied des Landesvorstandes, zum Ausdruck: „Unser ganzes Streben muß dem Sozialismus nationaler Prägung gelten. Es gilt die Gemeinschaft und nicht der Einzelne an sich. (...) Niemand möchte, daß ein Alki, von anderen Drogen spreche ich hier mal gar nicht, der man gerade bis zehn zählen kann, eine Führungsrolle übernimmt.“ Und der ehemalige Skinhead kann dank seiner eigenen Biografie ganz authentisch hinzufügen: „Wie die meisten Berliner Kameraden wissen, bin auch ich ein gebranntes Kind der in seinem Leben nicht nur gutes getan hat. Kamerad-

schaft und weltanschaulicher Geist haben mich wieder in unsere Reihen gebracht.“ Aber: „Es geht auch nicht darum, wer in welchem Kreisverband wieviel Alkohol konsumiert hat oder noch wird. Viel wichtiger ist es genau diesen vereinsamten Kameraden klare Strukturen aufzuzeigen und ihnen einen Weg zur Wiedereingliederung in unsere Gemeinschaft zu bieten.“⁸ Vierk brandmarkt mit dem Rückgriff auf seine eigene ‚unsaubere‘ Vergangenheit die inakzeptable Lebensführung der KameradInnen um Hennrich. Zwar scheint auch er zu ahnen, dass es vor allem solche sind, die sich von der NPD angesprochen fühlen, doch hat er im Gegensatz zu den Anderen seine Lektion gelernt und tritt ihnen nun als Lehrer gegenüber: Der „weltanschauliche Geist“ und „klare Strukturen“ disziplinieren die Parteimitglieder und beenden das unmoralische Verhalten. Wer sich allerdings der Disziplinierungsanstalt namens NPD widersetzt, wird rausgeworfen. Und es wird gesäubert: Der RNF läßt inzwischen verlauten, Gesine Hennrich sei nur einen Monat lang Landessprecherin gewesen und schon seit Ende September 2008 „kein Mitglied mehr“.⁹

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)

bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt der Verein ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv und führt Bildungsveranstaltungen durch. Seit 2008 dokumentiert das apabiz systematisch öffentliche rechtsextreme Aufmärsche und Veranstaltungen in Berlin.

- 1 Diese und folgende Zitate liegen als Audiodokument und in Transkription vor. Zu den im Text erwähnten extrem rechten Veranstaltungen können Dokumentationen beim apabiz angefragt werden.
- 2 Im Berliner Landesvorstand der NPD ist die Landesvorsitzende der RNF kraft Amtes vertreten, eine Regelung, die auch im Bundesvorstand der Partei gilt. Vgl. Pressemitteilung des RNF, http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=60&Itemid=48
- 3 Vgl. Stella Hähnel, Presseerklärung v. 01.08.2008, http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=64&Itemid=48
- 4 Während der RNF von „ca. 60 Teilnehmerinnen“ sprach, gab die Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmidt, zu Protokoll, der RNF gebe häufig überhöhte Zahlen an. An dem Bundeskongress hätten „maximal 30 Frauen teilgenommen“. Vgl. Gitta Schüßler, 2. Bundeskongress des Rings Nationaler Frauen, Pressemitteilung v. 29.09.2008 sowie Inhaltsprotokoll Ausschuss für Verfassungsschutz, 15. Sitzung v. 8. Oktober 2008: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/AusschussPr/vfs/vfs16-015-ip.pdf>
- 5 Sexistische und homophobe Beleidigungen sind keine Domäne der Rechtsextremen. Auch viele AntifaschistInnen, vor allem Männer, glauben immer wieder, durch solche Attacken ihre politischen GegnerInnen treffen zu können.
- 6 „Es ist doch Wahnsinn, dass sich Berlin preist, jedem Arsch Geld hinterher zu schmeißen. Der Wowereit, beim Thema Arsch – gut, er wird’s vielleicht auch selber hineinstecken.“ Dem apabiz liegen Tonaufnahme und Transkription vor.
- 7 Vgl. George L. Mosse: Nationalismus und Sexualität. Bürgerliche Moral und sexuelle Normen. Reinbek 1987, S. 191.
- 8 Vgl. http://de.altermedia.info/general/rucktrittserklärung-von-gesine-hennrich-landesvorsitzende-de-rings-nationaler-frauen-berlins-und-npd-kreisvors-von-berlin-marzahn-hellersdorf-060209_22501.html, eingesehen am 01.04.2009.
- 9 Vgl. http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=86&Itemid=2, eingesehen am 01.04.2009.

Was bleibt?

Rudow nach den rassistischen Brandanschlägen

Wie wichtig zivilgesellschaftliches Handeln und die Einbeziehung der Opferperspektive für das demokratische Klima innerhalb von Nachbarschaften sind, will der folgende Artikel zeigen. Er beschreibt den Umgang der alten „Dorfgemeinschaft“ mit den Brandanschlägen auf Häuser von Familien mit Migrationshintergrund im Rudower Blumenviertel. Die Bestürzung über die Tat und die Erkenntnis, dass die Täter aus „dem selben Dorf“ und damit aus der Mitte der Nachbarschaft stammten, führte zu einer Reihe unterschiedlicher Reaktionen.

Von Dr. Esther Lehnert und Matthias Müller (MBR)

„Die beiden Häuser in Rudow liegen nur wenige hundert Meter voneinander entfernt, in beiden wohnen Einwandererfamilien – und beide Häuser wurden im März und April dieses Jahres zum Ziel von Brandanschlägen. Beide Fälle hätten in Tragödien enden können – einmal erlosch der Brandsatz von selbst, im zweiten Fall hatte ein Taxifahrer Feuer gesehen und den Hauseigentümer rechtzeitig geweckt“¹ beschreibt ein Zeitungsartikel die rassistisch motivierten Brandanschläge im Frühjahr 2008. Beim ersten Anschlag wurden in der Nacht zum 22. März im Fenchelweg zwei Molotowcocktails auf das Haus einer aus Bosnien zugewanderten Familie geworfen. Die Brandsätze gingen zu Bruch, verursachten aber einen geringen Brandschaden an der Außenfassade. Die Familie war in jener Nacht nicht zu Hause. In den Morgenstunden des 20. April wurden im Orchideenweg vier Molotowcocktails gegen das Einfamilienhaus einer Familie mit türkischem Migrationshintergrund geworfen.

Vom ersten Anschlag im März hatte die Öffentlichkeit allerdings nichts erfahren, weil die Pressestelle des Polizeipräsidiums diesen nicht gemeldet hatte. Die Polizei war nicht von einem rassistisch motivierten Angriff ausgegangen und übergab die Ermittlungen dem Brandkommissariat. Eine öffentliche Solidarisierung mit den Betroffenen blieb aus. Jedoch zeigten vor allem Familien mit Migrationshintergrund aus der Nachbarschaft ihre Betroffenheit und boten Unterstützung an. Erst als sich der Familienvater, auf dessen Haus der zweite Anschlag verübt worden war, offensiv an die Presse, Nachbarschaft und Öffentlichkeit gewendet hatte, wurde auch der erste Brandanschlag öffentlich. Er vermutete – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des besonderen Datums („Führergeburtstag“) –, dass die Tat einen rechtsextremen Hintergrund hätte. Die Familie und ihr Haus waren zudem nicht zum ersten Mal Ziel rechtsextremer Aktionen gewesen. So waren immer wieder NPD-Aufkleber auf dem Briefkasten

aufgetaucht und einmal auch das Auto beschmiert worden.²

Anlässlich der Brandanschläge wurde nun auch in den Medien über ein Problem mit jugendlichen Rechtsextremen im Blumenviertel berichtet. Viele An-



wohner/innen verorteten bis dato Rechtsextremismus ausschließlich an der Rudower Spinne. Jahrelang traf sich dort die lokale rechtsextreme Szene. Wiederholt kam es hier zu Angriffen von Rechtsextremen auf Menschen, die nicht in ihr Weltbild passten. Eine Nachbarin sagte, „dass sie die Glatzen und Zeichen auf den Jacken nicht so ernst genommen habe, weil es ja ‚irgendwie nur dumme Jugendliche‘ waren. Die ‚echten Rechten‘ waren für sie die in Rostock und in Mölln, vielleicht noch in Lichtenberg.“⁴³ Wachgerüttelt durch die Brandanschläge wurde den Bewohner/innen klar, dass es Rechtsextremismus nicht nur drei Busstationen weiter, sondern eben auch in ihrer direkten Nachbarschaft gibt.

Nach dem zweiten Anschlag wurden die Ermittlungen vom Polizeilichen Staatsschutz beim Landeskriminalamt übernommen. Bis zur Ergreifung der Täter verstrichen sechs Wochen. Am 4. Juni meldete die Polizei die Verhaftung von zwei Tatverdächtigen. Die zu den Tatzeiten 16- und 18-jährigen Männer sind im Blumenviertel aufgewachsen und wohnten fast Tür an Tür mit ihren Opfern. Nach Angaben des Staatsanwalts hatte der Jüngere, Robert H., eine Schulung der NPD absolviert. Markus P. soll ein halbes Jahr Mitglied der rechtsextremen Partei gewesen sein. Am 28. Januar 2009 verurteilte das Landgericht Berlin die beiden Täter wegen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung. Beide erhielten Jugendstrafen: Robert H. drei Jahre und zehn Monate, Markus P. vier Jahre und acht Monate. Beide Täter legten gegen das Urteil Revision ein. Eine Entscheidung hierüber steht noch aus. Die beiden Schüler hatten sich im Prozess entschuldigt und

bert H., eine Schulung der NPD absolviert. Markus P. soll ein halbes Jahr Mitglied der rechtsextremen Partei gewesen sein. Am 28. Januar 2009 verurteilte das Landgericht Berlin die beiden Täter wegen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung. Beide erhielten Jugendstrafen: Robert H. drei Jahre und zehn Monate, Markus P. vier Jahre und acht Monate. Beide Täter legten gegen das Urteil Revision ein. Eine Entscheidung hierüber steht noch aus. Die beiden Schüler hatten sich im Prozess entschuldigt und



behauptet, dass sie spontan und im betrunkenen Zustand auf die Idee des Anschlags gekommen wären. Auch hätten sie nicht mit den schlafenden Bewohner/innen gerechnet. Das sahen die Richter anders: Im Verfahren wurde deutlich, dass die Täter sich über den zweiten Anschlag am Nachmittag besprochen hatten und die Brandsätze mit Bierflaschen, Benzin und einer Lunte aus Küchenkrepp hergestellt hatten. Auf dem Grundstück des Angriffsziels standen zur Tatzeit zwei Autos. Den Angeklagten muss klar gewesen sein, dass das Haus bewohnt war.

Keine Vorstadtidylle: Rechtsextremismus in Rudow

Auch in einem multikulturell geprägten „West-Bezirk“ wie Neukölln gibt es seit Jahren Probleme mit rechtsextremen Strukturen. Die Brandanschläge stellen nur die Spitze des Eisbergs dar. Bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) 2006 erhielt die NPD in Neukölln 3,9 %, ca. 4200 Stimmen, davon 1676 Stimmen (4,3 %) in Rudow. Seitdem sind zwei NPD-Verordnete in der BVV von Neukölln vertreten, die bemüht sind die kommunalpolitische Bühne für klassisch rechtsextreme Themen zu nutzen. Der NPD-Kreisverband in Neukölln existiert seit Oktober 2005. Vorsitzender ist der Bezirksverordnete Thomas Vierk. Die Kreisverbandsgründung konnte auf eine bereits vorhandene Kameradschaftsstruktur aufbauen, welche die NPD bei ihren Aktivitäten

unterstützt. Dazu gehörten u.a. auch Störaktionen im Berliner Wahlkampf 2006 bei Veranstaltungen demokratischer Parteien: von der Linkspartei bis zur CDU. Höhepunkt dieser Aktionen bildete im August 2006 der gewalttätige Angriff auf einen Infostand der Linkspartei direkt an der Rudower Spinne. Die NPD nimmt in Neukölln eine „anwaltschaftliche Rolle“ für gewaltbereite Neonazis ein: Forderungen des aktionsorientierten Kameradschaftsspektrums werden aktiv unterstützt. Gemeinsam wird für ein „nationales Jugendzentrum“ agitiert und gegen bezirkliche Jugendeinrichtungen, vor allem gegen den alternativen Jugendclub „Anton-Schmaus-Haus“, vorgegangen.

Diese kameradschaftsähnlichen Strukturen sind im Süden von Neukölln seit 2003 aktiv. Sie wurden von rechtsextremen Kadern aufgebaut, um gezielt Jugendliche anzusprechen und sie an den organisierten Rechtsextremismus heranzuführen. Eine Folge der „Nachwuchsarbeit“ ist die rechtsextreme Politisierung von Jugendlichen in Rudow (und nicht zuletzt im Blumenviertel). Wie bei Erwachsenen entstehen rechtsextreme Einstellungen Jugendlicher zum einen über alltagskulturelle Einflüsse in ihrem sozialen Umfeld, wie beispielsweise dem Vorhandensein rechtsextremer Strukturen. Ebenso Einfluss hat aber auch ein gesellschaftliches Umfeld, in dem Vorurteile gegen Minderheiten zum Alltag gehören.

Auch wenn es sich bei den Neuköllner Strukturen um personell ähnliche

Gruppenzusammenhänge handelt, tritt die Kameradschaftsstruktur unter verschiedenen Bezeichnungen auf: Kameradschaft Neukölln, Nationale Aktivist:innen Neukölln (NAN) oder Aktionsgruppe Rudow (AGR). Parallel etablierte sich in Berlin die Aktionsform bzw. das Label der „Autonomen Nationalisten.“ Sie verstehen sich als „radikal, national und autonom“ von rechtsextremen Parteien/Organisationen und treten u. a. bei rechtsextremen Aufmärschen als „schwarzer Block“ auf. Junge Rechtsextreme aus dem Kameradschaftsspektrum in Rudow sind auch regelmäßig berlin- und bundesweit in dem Kontext der „Autonomen Nationalisten“ aktiv.

Zeitweilig nannten sich einige dieser jungen Rechtsextremen „Division Rudow“. Dieser Gruppe waren auch die zwei Täter der Brandanschläge zuzurechnen. Sie trafen sich auf Spiel- und Bolzplätzen, an Straßenecken oder am Teltowkanal. Dort tranken sie Alkohol und hörten rechtsextreme Musik. Anwohner/innen mit Migrationshintergrund berichten zudem von wiederholten Sachbeschädigungen (Hakenkreuzschmierereien, rechtsextremen Aufklebern an Briefkästen und Autos), Einschüchterungsversuchen und Pöbeleien. Mit ihren Plakaten, Aufklebern und geschmierten Parolen markierten rechtsextreme Aktivist:innen in Süd-Neukölln den öffentlichen Raum als ihr Terrain.

Mit derartigen Aktivitäten wird ein Klima der Angst erzeugt. Ziel ist es, Menschen zu verunsichern, die sich dann aus Furcht nicht mehr öffentlich gegen Rechtsextremis-



mus positionieren, sich ins Private zurückziehen oder das Blumenviertel verlassen. Diese Aktionen und Bedrohungen sind Teil sozialräumlicher Dominanzbestrebungen der aktionsorientierten Rechtsextremen in Rudow. Die „lokalpatriotische“ Identifikation Rechtsextremer mit Rudow ist Ausdruck eines Selbstbewusstseins, das sich aus der Dominanz im öffentlichen Raum speist. Beispielsweise fanden sich um die Rudower Spinne Aufkleber mit der Parole: „Rudower Spinne bleibt schwarz-weiß-rot“.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld, auch für jugendliche rechtsextreme Aktivist/innen, stellt der Geschichtsrevisionismus bzw. die Verherrlichung des Nationalsozialismus dar. Regelmäßig zu den Todestagen von Ikonen des Nationalsozialismus wie dem Berliner SA-Führer Horst Wessel oder dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess tauchen auch in Rudow verstärkt thematische Propagandamaterialien auf. Beide sind Kult- und Märtyrerfiguren der Neonazis. Ein jährlicher Höhepunkt für die Berliner rechtsextreme Szene ist

der seit 2003 jährlich im Dezember stattfindende Aufmarsch für ein „Nationales Jugendzentrum.“ Zu Beginn von rechtsextremen Strukturen aus Treptow-Köpenick organisiert und getragen, machten die rechtsextremen Aktivist/innen in den kommenden Jahren nicht vor den Bezirksgrenzen halt und bezogen zunehmend Rudower Zusammenhänge mit ein. Erst nach den Brandanschlägen machten sich mehr Menschen bewusst, dass Rechtsextremismus auch im Süden Neuköllns eine Bedrohung darstellt. Die oben beschriebenen rechtsextremen Aktivitäten wurden von vielen Anwohner/innen jahrelang nicht wahrgenommen.

Handeln statt Wegsehen: erste Aktivitäten

Das Blumenviertel ist ein typisches West-Berliner Vorstadtidyll. Die Familien leben hier in kleinen oder größeren Häusern, welche von Gärten umgeben sind. Die Bevölkerungsstruktur im Viertel zeichnete sich über Jahrzehnte durch eine große Homogenität aus, welche vielleicht

noch durch eine zunehmende Alterung geprägt ist. In den letzten Jahren zogen sukzessiv junge Familien mit Migrationshintergrund ins Blumenviertel. Den neuen Nachbar/innen wurde jedoch weniger mit Offenheit als mit Reserviertheit und Zurückgezogenheit begegnet.

Das Klima im Blumenviertel war nach den Anschlägen von Angst und Misstrauen geprägt. Viele Migrant/innen berichteten in Interviews von Schlafstörungen und der Furcht, dass es auch sie und ihre Häuser treffen könnte. Viele zweifelten am Rückhalt in der herkunftsdeutschen Bevölkerung, insbesondere an der Unterstützung bei Übergriffen. Gleichzeitig begannen aber auch die Anwohner/innen aufeinander zuzugehen und sich füreinander bzw. gemeinsam zu engagieren. Angeregt durch das Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus des seit 2006 bestehenden Rudower Aktionsbündnisses gründete sich eine Nachbarschaftsinitiative im Blumenviertel.



Vor-rangiges Ziel war es, konkret auf eine Veränderung des Klimas im direkten Wohnumfeld hinzuwirken und sich für ein besseres Miteinander einzusetzen. Unterstützend dazu wurde auch auf Landesebene schnell und differenziert auf die Bedrohung des demokratischen Zusammenlebens reagiert. Um eine nachhaltige Problembearbeitung im Sozialraum zu ermöglichen, stellte die Senatsverwaltung Geld für die Durchführung eines Projektes zur Verfügung. Um sozialraumorientierte Handlungsstrategien entwickeln zu können und von Beginn an die Problemwahrnehmung der Anwohner/innen in die detaillierte Analyse mit ein zu beziehen, wurde in einem ersten Schritt auf die Methode der aktivierenden Befragung zurückgegriffen: Diese Methode ermöglicht eine sehr dichte Beschreibung der Situation und der Einstellungen der dortigen Bewohner/innen sowie deren Ressourcen und Potenziale. Ziel war es u. a., über die aufsuchenden Interviews in

persönlichen Gesprächen zu verdeutlichen, dass das Klima in der Nachbarschaft unmittelbar mit dem Agieren und Nicht-Agieren der Anwohner/innen selbst zusammenhängt. Ergänzend wurden unterschiedliche öffentlichkeitswirksame Projekte durchgeführt. Ein wichtiges Ziel war hier, das Thema Rechtsextremismus in Neukölln öffentlich sichtbar zu machen, es „plakativ“ in Rudow zu etablieren, und so das Thema im Alltagsbewusstsein der Bürger/innen zu verankern.

Ein wichtiges Signal, um Rechts-extremismus und Rassismus in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, war, dass die BVG zwei Buslinien zur Verfügung stellte, die mit der Aufschrift „Gegen Rechtsextremismus in Neukölln“ mehrere Wochen durch den Bezirk fuhren. Ohne das exemplarische Ineinandergreifen des demokratischen Engagements auf nachbarschaftlicher, bezirklicher sowie der Landesebene wäre dies kaum möglich gewesen. Der Erfolg in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten kann ohnehin nur in der Stärkung der demokratischen Kräfte und ihres Gemeinwesens liegen. Die Praxis zeigt, dass zivilgesellschaftliches

Handeln dann zu Erfolgen und nachhaltigen Ergebnissen führt, wenn Politik, Verwaltung und engagierte Bürger/innen in der Auseinandersetzung mit konkreten rechtsextremen Erscheinungen auf Augenhöhe kooperieren. Demokratisches Engagement unter Einbezug der Opferperspektive benötigt einen langen Atem und die Unterstützung von kommunaler Seite. Um jenseits von anlassbezogenen Interventionen weiterhin kontinuierlich und nachhaltig das soziale Klima in Rudow positiv zu bestärken und den öffentlichen Raum demokratisch zu besetzen, wäre es hilfreich, wenn zukünftig der Bezirk die spezifischen Problemlagen des „Südens“ im Blick behielte. Ebenso wichtig bleibt auch, dass sich die Nachbarschaft im Blumenviertel und die Zivilgesellschaft in Rudow weiterhin mit dem Thema Rassismus auseinandersetzt. Es gilt den Weg, der mit der Gründung der Nachbarschaftsinitiative begonnen hat, fortzusetzen. Hierfür bleibt es erforderlich, dass die mehrheitsdeutschen Anwohner/innen Rassismus auch im Alltag entschieden entgegen treten und sich der mitunter mühsamen Auseinandersetzung mit den eigenen Bildern und Vorurteilen stellen.

Im Rahmen des Projektes „Intervention gegen Rechtsextremismus“ wurde unter anderem eine aktivierende Befragung im Rudower Blumenviertel durchgeführt. Ziel war es, wie der Titel der Studie auch besagt, „Die Wahrnehmung von Rechtsextremismus und das Zusammenleben von Migrant/innen und Deutschen im Neuköllner Blumenviertel“ zu erfragen und darauf aufbauend sozialraumorientierte Handlungsstrategien gemeinsam mit den Akteuren vor Ort zu entwickeln.

Das folgende Gespräch fand mit Uli Bahr und Dr. Nicole Jäckle statt, die die aktivierende Befragung im Auftrag des Interkulturellen Bildungs- und Begegnungs- Centrums e.V. durchführten.

Könnt ihr kurz den Rahmen der aktivierenden Befragung skizzieren?

Insgesamt haben wir 90 Interviews geführt, davon waren 60 Interviews mit zufällig angetroffenen AnwohnerInnen des Blumenviertels, 22 Interviews mit AnwohnerInnen, die in der Nachbarschaftsinitiative oder dem Aktionsbündnis Rudow aktiv sind oder die wir als BesucherInnen eines Nachbarschaftsfestes ansprachen. Acht Interviews führten wir mit ExpertInnen aus dem Kinder- und Jugendbereich, der Kirchengemeinde und den Initiativen. Unter den zufällig Befragten waren vier, unter den vereinbarten Interviews waren acht Haushalte mit Migrationshintergrund.

Was ist euer Gesamteindruck?

Auffällig war die relativ große Anonymität im Viertel. Das Blumenviertel ist ein reines Wohngebiet, bis auf das Gemeindezentrum der Philip-Melanchton-Kapelle gibt es keinen Ort der Begegnung. Der Anteil der RentnerInnen im Viertel liegt mit etwa 24% über dem Berliner Durchschnitt von etwa 17%. Die Jugendlichen verbringen ihre Freizeit meist außerhalb des Viertels. Kontakte bestehen zwischen den direkten Nachbarn oder kommen über die Mitgliedschaft in Sportvereinen oder Engagement in der Kirchengemeinde zustande.

Im Blumenviertel dominieren Themen wie Einbrüche und Vandalismus, das Thema Rechtsextremismus wurde häufig diesen Themen untergeordnet. Exemplarisch ist hier die Antwort eines älteren Ehepaares auf die Frage zum Rechtsextremismus im Viertel: „Das haben wir mal in der Zeitung gelesen... aber noch nichts mitbekommen... wir wissen ja auch nicht, wer hier immer die Scheibenwischer abbricht.“ Bei den zufällig zustande gekommenen Interviews hatten 2/3 der Befragten keinen Rechtsextremismus im Blumenviertel wahrgenommen, allerdings gab es auch AnwohnerInnen mit einem ausgeprägten Problembewusstsein. Die Informationsbroschüre wurde sehr interessiert aufgenommen.

Zwar äußerte sich ein Großteil der befragten „deutschen GesprächspartnerInnen“ neutral bis positiv über den Zuzug von Familien mit Migrationshintergrund, gleichzeitig waren Empathie und Solidarität mit den Opfern der Brandanschläge jedoch eher gering ausgeprägt. Andererseits lernten wir auch Nachbarschaften kennen, die ein sehr gutes Verhältnis zu den neu hinzugezogenen Familien mit Migrationshintergrund haben. In Hinblick auf eine weitere Vernetzung der Nachbarschaft durch die Initiative war die Befragung sehr erfolgreich: Jetzt lässt sich ein sehr differenziertes Bild vom Zusammenleben im Blumenviertel zeichnen, die

Potenziale für eine Aktivierung sind deutlicher geworden – und sie sind größer, als wir vor der Studie angenommen hatten.

Wie war die Situation der Migrant/innen vor den Anschlägen?

Zwei Drittel der von uns befragten Familien mit Migrationshintergrund berichteten von sehr distanzierendem und zum Teil abweisendem Verhalten mancher „Deutscher“ im Viertel. Sie hatten das Gefühl, dort nicht willkommen zu sein, etwa wenn sie beim Einkaufen angeschaut wurden „als kämen wir vom Mars“, oder bei Spaziergängen durch das Viertel von vielen AnwohnerInnen nicht zurückgegrüßt werden. Eine Befragte schilderte ihre Wahrnehmung so: „Positiven Blickkontakt gibt es im Viertel kaum, ein herzlicher Umgang ist mit vielleicht 10% der BewohnerInnen hier möglich. Ich bin hier sehr unglücklich“. Hinzu kam, dass sich die Familien mit Migrationshintergrund untereinander nicht kannten und sie teilweise das Gefühl hatten, vereinzelt und isoliert „unter Deutschen“ zu wohnen. Einige hatten das Gefühl, sich ungeschriebenen Regeln unterordnen zu müssen. Uns wurde auch von zwei Fällen berichtet, wo Familien mit Migrationshintergrund ihre Häuser wegen unerträglicher und von ihnen als rassistisch empfundener

Nachbarschaftsstreitigkeiten wieder verkaufen wollten.

Könnt ihr hier kurz die Bandbreite der Reaktionen aufzeigen?

Die GesprächspartnerInnen mit ausgeprägtem Problembewusstsein kritisierten eher, dass die Anschläge kaum in den Nachbarschaften thematisiert wurden, führten das aber auch auf die allgemeine Distanziertheit im Viertel zurück: „Über die Brandanschläge ist kaum geredet worden, weil die Leute hier kaum miteinander reden. Man sagt sich kurz „guten Tag“ und das war es. Es wird auch nicht unter den Nachbarn getratscht. Jeder zieht sich in sein Grundstück zurück.“ Bei einem Teil der Befragten war auch die Argumentation herauszuhören, dass die Brandanschläge wenig mit dem Blumenviertel zu tun hätten. Nach dem Motto „Das hätte überall passieren können“ wurde dem Thema keine größere Beachtung geschenkt: „Wir haben uns kurz darüber unterhalten, ähnlich als hätte jemand auf die Schnauze gekriegt... kurz geredet, Thema erledigt.“ Nach

dem Motto „Es muss ja kein rassistischer Hintergrund sein“ gab es nach den Brandanschlägen verschiedenste Mutmaßungen über die Hintergründe der Anschläge: Einbrecher könnten das Feuer gelegt haben oder die Opfer wollten einfach mal in die Zeitung kommen. Einige GesprächspartnerInnen vermuteten die „Ursachen“ für die Anschläge auch im persönlichen Umfeld der Opfer: „In der Zeitung stand nur etwas über den Anschlag, es gab keine weiteren Informationen, auch später nicht ... ich dachte, das sei vielleicht „innerfamiliär“, man weiß ja auch, dass die sich untereinander... Türken, Araber und so... sind das da Araber? Nee, Türken, oder...?“

Befragte, die dem Zuzug von MigrantInnen ins Viertel eher ablehnend gegenüberstanden, relativierten die Anschläge, indem sie den Anschlägen ihre Kritik an sozial abweichendem Verhalten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegenüberstellten oder die Schuld bei den Opfern suchten: „Man muss sich doch fragen: Was bringt Jugendliche dazu? Man sagt immer gleich Rechte, aber

vielleicht haben die ja schlechte Erfahrung mit türkischen Jugendlichen gemacht... Vielleicht haben die Söhne [der Familie Y.] deren Töchter angemacht! Man muss sich fragen, warum Rechtsradikalismus entsteht.“

Wie ist die Situation jetzt?

Durch die Arbeit der Nachbarschaftsinitiative sind zum ersten Mal Familien mit Migrationshintergrund angesprochen worden. Für viele dieser Familien war diese gegenseitige Wahrnehmung füreinander durch die Vernetzung sehr wichtig. Neulich habe ich einen Anwohner aus dem Blumenviertel wiedergetroffen, der meinte, nach der Befragung würden die Menschen in seiner Nachbarschaft mehr miteinander reden. Wenn wir durch die Befragung nicht nur für die Wahrnehmung von Rechtsextremismus sensibilisieren konnten, sondern darüber hinaus auch zu einer verbesserten Kommunikation untereinander beitragen konnten, ist das doch ein toller Erfolg.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)

unterstützt und vernetzt alle Berliner/innen, die in ihrem Wohn-, Arbeits- oder sozialem Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur engagieren möchten. Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten und Ressourcen entwickelt die MBR gemeinsam mit Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie der Kommunalpolitik und Verwaltung auf Bezirksebene situationsbezogene Handlungsstrategien, bietet Fortbildungen an und begleitet die Umsetzung von lokalen Aktionsplänen und Kommunalanalysen.

- 1 Brandanschläge in Rudow – zwei Neonazis festgenommen, erschienen im Tagesspiegel vom 5.06.2008
- 2 Brandanschlag auf türkischen Unternehmer. Polizei und Opfer verdächtigen Neonazis, erschienen im Tagesspiegel vom 21.04.2008
- 3 Mein Nachbar der Nazi, erschienen im Tagesspiegel vom 9.06.2008

Schattenbericht

Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin 2008

Stand: 16. März 2009

Diese Auflistung beinhaltet Meldungen regionaler und überregionaler Zeitungen und Agenturen, des Pressedienstes der Polizei, Meldungen Berliner Antifagruppen, der Berliner Registerstellen, des Schwulen Überfalltelefons „maneo“ und eigene Berichte. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wissen, dass ein erheblicher Teil rassistisch/rechtsextrem motivierter Taten nicht als solche bezeichnet wird. Zudem müssen wir davon ausgehen, dass die Mehrzahl der Angriffe, Bedrohungen und „Pöbeleien“ nicht bekannt wird.

#139

31. DEZEMBER 2008

Berlin-Steglitz, S-Bahnhof Lankwitz Gegen 3 Uhr wird ein 20-jähriger Inder auf dem S-Bahnhof Lankwitz durch einen unbekanntes Mann rassistisch beleidigt und durch mehrere Kopfstöße leicht verletzt.

Pressemeldung der Polizei, 31.12.2008

#138

18. DEZEMBER 2008

Berlin-Wedding, U-Bhf. Pankstraße Ein 34-jähriger Mann aus Gambia wird gegen 22 Uhr 50 im U-Bahnhof Pankstraße von einem Mann rassistisch beleidigt. Als der Beleidigte eine Entschuldigung von dem 37-Jährigen fordert, wird er von ihm zu Boden geschubst. Es kommt danach zu einer Auseinandersetzung, die von der alarmierten Polizei beendet wird.

Pressemeldung der Polizei, 19.12.2008

Tagespiegel, 20.12.2008

Die Welt, 20.12.2008

#137

14. DEZEMBER 2008

Berlin-Treptow In Bohnsdorf wird gegen 4 Uhr eine Gaststätte in der Buntzelstraße, in der Fans des Fußballvereins 1. FC Union verkehren, von zehn Personen, die überwiegend Bomberjacken und Springerstiefel tragen, angegriffen. Fünf Männer zwischen 36 und 55 Jahren und zwei Frauen von 24 und 50 Jahren erleiden leichte Verletzungen. Vorausgehend waren zwei Anhänger des Fußballclubs BFC wegen Provokation aus dem Lokal verwiesen worden.

Pressemeldung der Polizei, 14.12.2008

Berliner Morgenpost, 14.12.2008

Berliner Zeitung, 15.12.2008

#136

12. DEZEMBER 2008

Berlin-Marzahn, Buslinie 195 Ein 22-Jähriger wird gegen 21 Uhr 35 in einem BVG-Bus der Linie 195 in der Hönowener Straße in Mahlsdorf von einem 20-jährigen Fahrgast antisemitisch beleidigt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und gegen den Kopf getreten. Er wird mit Frakturen im Gesicht und Schädel-Hirn-Trauma ins Krankenhaus eingeliefert. Der Täter, der mit zwei weiteren Personen den Bus verlässt, wird von der Polizei festgenommen.

Pressemeldung der Polizei, 13.12.2008

Berliner Morgenpost, 13.12.2008

taz, 15.12.2008

#135

7. DEZEMBER 2008

Berlin-Weißensee Gegen 22 Uhr 10 werden ein 49-jähriger Mann rumänischer Herkunft und sein 32-jähriger Sohn in der Langhansstraße von einem Mann rassistisch beleidigt. Dem Vater wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen, wodurch er leicht verletzt wird. Der 27-Jährige, der auch den sogenannten „Hitlergruß“ zeigt, wird von der Polizei in einem Lokal festgenommen, in das er geflüchtet ist.

Pressemeldung der Polizei, 8.12.2008

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#134

5. DEZEMBER 2008

Berlin-Hohenschönhausen Ein alternativer Jugendlicher wird in der Tram am Prerower Platz von drei Neonazis beleidigt und mit einer Flasche beworfen.

Antifa Hohenschönhausen

#133

29. NOVEMBER 2008

Berlin-Marzahn Um 1 Uhr werden drei Jugendliche an der Tramhaltestelle am S-Bahnhof Marzahn von zwei Personen

angesprochen und nach ihrer Meinung zur „Antifa“ gefragt. Nachdem diese sich positiv äußern, skandieren die Zwei in einiger Entfernung rechtsradikale Parolen. Etwa fünf Minuten später werden die Jugendlichen von zwei Vermummten mit der Parole „wir hassen sone Leute von der Antifa“ angegriffen. Ein Jugendlicher wird so stark verletzt, dass er sich zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus begibt. Die Polizei erscheint 20 Minuten später am Tatort und kann nur noch die Anzeige entgegen nehmen.

Antifa Marzahn-Hellersdorf

#132

22. NOVEMBER 2008

Berlin-Lichtenberg Rechtsextreme werfen von einem Hausdach Farbbeutel auf Teilnehmer/innen der Silvio-Meier-Demonstration herunter.

Register Lichtenberg

#131

20. NOVEMBER 2008

Berlin-Pankow Ein alternativer Jugendlicher wird vor seiner Haustür von einem bekannten Neonazi mit einem Messer bedroht. Die Polizei nimmt den Neonazi in einem nahe gelegenen Haus, in dem ein anderer bekannter Neonazi wohnt, fest.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

ReachOut

#130

15. NOVEMBER 2008

Berlin-Weißensee Drei Antifas werden von sieben Neonazis angegriffen. Sie können unverletzt fliehen.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#129

12. NOVEMBER 2008

Berlin-Treptow Am Ehrenfelder Platz in

Schattenbericht

Altglienicke wird gegen 1 Uhr 45 ein Jugendlicher, der rechtsextreme Aufkleber entfernt, von zwei Neonazis verbal bedroht, gestoßen und mit Reizgas besprüht. Er erstattet noch in der Nacht online Anzeige bei der Polizei.

Register Treptow-Köpenick

#128

8. NOVEMBER 2008

Berlin-Prenzlauer Berg Um 19 Uhr werden ein Mann und eine Frau auf der Schönhäuser Allee Ecke Milastraße von einem etwa 34-40-jährigen Mann rassistisch beleidigt und bedroht. Er versucht sie anzugreifen, wird aber von einem Mann, der ihn begleitet, zurückgehalten.

ReachOut

#127

5. NOVEMBER 2008

Berlin-Pankow, S-Bhf. Pankow Ein alternativer Jugendlicher wird am S-Bahnhof Pankow von einem bekannten Neonazi beleidigt und angegriffen. Der Jugendliche schafft es, den Angriff mit Pfefferspray abzuwehren.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#126

4. NOVEMBER 2008

Berlin-Pankow, S-Bhf. Pankow Ein alternativer Jugendlicher wird von zwei Neonazis bedroht. Die beiden verfolgen den Jugendlichen auf dem S-Bahnhof Pankow und versuchen ihn am S-Bahnhof Karow am Aussteigen aus der Bahn zu hindern und ihn zu fotografieren. Anschließend verfolgen sie den Jugendlichen durch Karow.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#125

2. NOVEMBER 2008

Berlin-Charlottenburg Ein 36-jähriger Rabbiner, der mit acht Rabbinerschülern in einem Kleinbus unterwegs ist, wird gegen 0 Uhr 45 von einem mit zwei Personen besetzten Mercedes ausgebremst und durch Rückwärtsfahren genötigt. Die beiden Männer rufen antisemitische Beleidigungen aus dem Fahrzeug und werfen einen brennenden Gegenstand in Richtung des Kleinbusses.

Pressemeldung der Polizei, 2./3.11.2008

Tagesspiegel, 3.11.2008

Berliner Zeitung, 3.11.2008, 4.11.2008; u.a.

#124

ENDE OKTOBER 2008

Berlin-Pankow In der zweiten Herbstferienwoche kommt es auf dem S-Bahnhof Pankow zu einem rassistisch motivierten Naziübergriff. Mehrere Neonazis beleidigen eine Gruppe Jugendlicher, unter denen sich mehrere Migrant/innen befinden. Als diese in die S-Bahn einsteigen, werfen die Neonazis sie mit Flaschen.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#123

28. OKTOBER 2008

Berlin-Prenzlauer Berg In der Nacht zum Dienstag wird ein alternativer Jugendlicher in der Pappelallee von einem Pankower Neonazi attackiert. Der Angreifer versucht, den Jugendlichen mit einem Teleskopschlagstock zu verletzen.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#122

27. OKTOBER 2008

Berlin-Hellersdorf, U-Bhf. Kaulsdorf-Nord Am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord werden gegen 22 Uhr 45 zwei Frauen homophob beleidigt. Der 21-jährigen Frau wird von einem der zwei Täter mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen und als sie stürzt, treten beide Täter auf sie ein. Die 19-Jährige versucht ihrer Freundin zu helfen, daraufhin werden beide Frauen mit roter Farbe besprüht. Die 21-Jährige erleidet leichte Verletzungen.

Pressemeldung der Polizei, 8.10./2.11.2008

Berliner Morgenpost, 28.10./3.11.2008

Märkische Oderzeitung, 28.10.2008; u.a.

#121

21. OKTOBER 2008

Berlin-Mitte Gegen 1 Uhr 40 wird eine 23-jährige mongolische Frau auf dem S-Bahnhof Alexanderplatz von einer Gruppe von ca. acht Männern und zwei Frauen mongolischer Herkunft gefragt, warum sie sich mit „Ausländern herumtreibe“. Der 28-jährige Begleiter iranischer Herkunft wir aus der Gruppe heraus von mehreren Männern geschlagen. Er rennt weg und wird dadurch nur leicht verletzt.

Pressemeldung der Polizei, 21.10.2008

#120

19. OKTOBER 2008

Berlin-Spandau Zwischen 0 und 1 Uhr werden in der Seektstraße fünf dunkelhäutige Männer auf ihrem Weg zur S-Bahn

von einer Gruppe von etwa 8 bis 10 Männern rassistisch beleidigt, angegriffen und zum Teil schwer verletzt.

ReachOut

#119

18. OKTOBER 2008

Berlin-Neukölln Ein achtjähriger Junge wird um 14 Uhr 20 in der Weichselstraße von einem Mann mit rechten Parolen beleidigt und angespuckt. Anwohner rufen die Polizei, die den Täter nicht findet.

Pressemeldung der Polizei, 19.10.2008

Tagesspiegel, 19.10.2008

Berliner Morgenpost, 19.10.2008

Berliner Zeitung, 19.10.2008

#118

18. OKTOBER 2008

Berlin-Kreuzberg, U-Bahnlinie 6 Ein schwuler Mann wird gegen 0 Uhr 30 in der U-Bahnlinie 6 am Bahnhof Hallesches Tor schwulenfeindlich diskriminiert und geschlagen. Die beiden ca. 20 Jahre alten Täter flüchten. Fahrgäste helfen dem Verletzten und rufen die Polizei. Der 33-Jährige erleidet einen Kieferbruch und muss operiert werden.

Maneo - Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin

#117

13. OKTOBER 2008

Berlin-Treptow Zwei 15- und 20-jährige Geschwister serbischer Herkunft werden gegen 20 Uhr 20 von einem Nachbarn in ihrem Wohnhaus im Ortsteil Baumschulenweg rassistisch beleidigt und mit einem Stein beworfen. In der Vergangenheit ist es schon öfters zu rassistischen Angriffen durch den 35-Jährigen gekommen, die auch angezeigt wurden, was durch eine Zeugin bestätigt wird.

Pressemeldung der Polizei, 14.10.2008

Register Treptow-Köpenick; u.a.

#116

11. OKTOBER 2008

Berlin-Treptow In der Baumschulenstraße werden gegen 16 Uhr 50 vier junge Männer im Alter von 14, 15, 16 und 20 Jahren von einem 35-Jährigen rassistisch beleidigt und angegriffen. Den 20-jährigen verfehlt knapp eine Bierflasche und der 15-Jährige wird mit der Faust geschlagen. Er erleidet leichte Verletzungen.

Pressemeldung der Polizei, 12.10.2008
Hamburger Abendblatt, 12.10.2008
Berliner Morgenpost, 12./13.10.2008
Register Treptow-Köpenick; u.a.

#115

8. OKTOBER 2008

Berlin-Mitte, S-Bahnlinie 7 Ein 35-jähriger Mann wird gegen 15 Uhr 30 in der S-Bahn Linie S 7 von einer 23-jährigen Frau aufgrund seiner Hautfarbe beleidigt. Eine Zeugin und ein Zeuge verhindern, dass die Frau weiter gegen den Mann vorgeht.

Pressemeldung der Polizei, 9.10.2008
Berliner Morgenpost, 9.10.2008

#114

7. OKTOBER 2008

Berlin-Lichtenberg Eine 22-jährige Vietnamesin wird um 13 Uhr in einem Hausflur eines Wohnhauses von einem 28-Jährigen rassistisch beleidigt und mit der Hand an den Kopf geschlagen. Ein Zeuge alarmiert die Polizei und diese nimmt den Angreifer fest.

Tagesspiegel, 8.10.2008
Welt, 8.10.2008
Junge Welt, 9.10.2008; u.a.

#113

4. OKTOBER 2008

Berlin-Mitte Gegen 18 Uhr 45 wird ein 18-Jähriger aus Neukölln in einem Schnellrestaurant an der Karl-Liebknecht-Straße von zwei Männern mit Fäusten auf den Hinterkopf geschlagen. Nachdem ein 24-Jähriger ihm zur Hilfe kommt, entfernen sich die Angreifer, die wahrscheinlich der rechten Szene angehören.

Pressemeldung der Polizei, 5.10.2008
Hamburger Abendblatt, 5.10.2008
taz, 6.10.2008; u.a.

#112

19. SEPTEMBER 2008

Berlin-Friedrichshain Ein Jugendlicher wird am S-Bahnhof Warschauer Straße ohne ersichtlichen Grund von 15 Neonazis gejagt. Diese bewerfen ihn mit Steinen, zerstören das Schloss seines Fahrrades und

nehmen es mit. Die eintreffende Polizei kann keinen der Täter feststellen. Zeug/innen erkennen vier bekannte Lichtenberger Neonazis in der Gruppe.

Antifa Friedrichshain

#111

14. SEPTEMBER 2008

Berlin-Lichtenberg, U-Bhf. Tierpark Ein 15-Jähriger und sein gleichaltriger Freund steigen gegen 3 Uhr eine Treppe des U-Bahnhofs Tierpark hinauf, als ein 29-Jähriger dem dunkelhäutigen Jungen eine rassistische Beleidigung hinterher ruft. Bei dem Versuch den Täter anzusprechen, schlägt dieser dem Jungen unvermittelt mit der Faust und anschließend mit einer Bierflasche ins Gesicht. Als der Freund dem 15-jährigen Opfer zu Hilfe kommen will, packt ihn ein Begleiter des Täters am Hals und presst den Jungen gegen einen Pfeiler. Mitarbeiter der BVG alarmieren die Polizei. Die beiden 15-Jährigen erleiden leichte Verletzungen.

Pressemeldung der Polizei, 14.09.2008
Berliner Morgenpost, 14./15.09.2008
Junge Welt, 15.09.2008; u.a.

#110

10. SEPTEMBER 2008

Berlin-Tiergarten Eine Gruppe ausländischer Studenten, die an einem Außenstück einer Gaststätte in der Straße Siegmunds Hof sitzen, wird von einem Mann rassistisch beleidigt. Der 20-Jährige ruft Naziparolen in Richtung der Studenten. Als ihn ein 39-Jähriger zur Rede stellt, beleidigt er ihn, bedroht ihn und schlägt dem Mann die Zigarette aus der Hand. Als der Mann in das Lokal fliehen will, wird er getreten und erleidet leichte Verletzungen. Die Polizei nimmt den 20-Jährigen fest.

Pressemeldung der Polizei, 12.09.2008
Berliner Morgenpost, 12.09.2008

#109

7. SEPTEMBER 2008

Berlin-Friedrichshain, U-Bhf. Samariterstraße Zwei Punks werden auf dem U-Bahnhof Samariterstraße von zwei bis drei Männern aus einer größeren Gruppe heraus angegriffen und geschlagen. Die Gruppe fährt mit der U-Bahn in Richtung Lichtenberg. Die verletzten Punks bleiben auf dem Bahnhof zurück.

Antifa Friedrichshain

#108

6. SEPTEMBER 2008

Berlin-Prenzlauer Berg Ein 34-Jähriger wird in der Greifenhagener Straße / Ecke Wichertstraße von einem 18-Jährigen homophob beleidigt. Der Täter versucht auch auf den Betroffenen einzuschlagen. Die Polizei nimmt den 18-Jährigen Angreifer vorübergehend fest.

Pankower Register

#107

30. AUGUST 2008

Berlin-Pankow In der Dietzgenstraße / Ecke Schillerstraße wird am Samstagmorgen gegen 4 Uhr eine alternative Jugendliche von fünf jungen Männern erst als „Zecke“ beleidigt und danach umgestoßen. Während sie am Boden liegt, treten die Männer weiter auf sie ein. Sie erleidet leichte Verletzungen und die Täter entkommen unerkannt.

Augenzeugenbericht

#106

26. AUGUST 2008

Berlin-Schöneberg, U-Bhf. Eisenacher Straße Ein 23-jähriger Mann aus Simbabwe wird gegen 20 Uhr 40 im U-Bahnwagen der Linie U7 von einem 49-jährigen Mann beleidigt und mit einem Messer bedroht.

Pressemeldung der Polizei, 27.08.2008

#105

23. AUGUST 2008

Berlin-Prenzlauer Berg In der Danziger Straße werden am frühen Morgen gegen 5 Uhr zwei Männer im Alter von 25 bzw. 38 Jahren zunächst homophob beleidigt, anschließend geschlagen und beraubt. Der Jüngere erleidet eine Prellung am Kopf, dem Anderen wird mit der Faust ins Gesicht und mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen.

Blaulichtatlas Berlin & Brandenburg,
23.08.2008

Tagesspiegel, 24.08.2008

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#104

11. AUGUST 2008

Berlin-Neukölln Gegen 22 Uhr werden in der Sonnenallee zwei Männer, die in Ghana geboren sind, von ihren 38-jährigen und 26-jährigen rechten Nachbarn rassistisch beleidigt und mit einer Schusswaffe bedroht. Die 17- und 20-Jährigen hatten diese zuvor um Ruhe gebeten. Die Polizei stellte eine Schreckschusspistole sicher

Schattenbericht

und der Staatsschutz übernimmt die weiteren Ermittlungen.

Pressemeldung der Polizei, 12.08.2008
Berliner Morgenpost, 12.08.2008
BZ, 12.08.2008; u.a.

#103

10. AUGUST 2008

Berlin-Tiergarten Mehrere Männer werden im Tiergarten zwischen 23 Uhr und 1 Uhr Montag morgens von drei unbekannten jungen Männern angegriffen. Ein schwuler Mann wird so schwer verletzt, dass er ins Krankenhaus eingeliefert wird und auf die Intensivstation kommt.

Maneo – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt
in Berlin

#102

8. AUGUST 2008

Berlin-Friedrichshain In der Nacht auf Samstag wird eine Punkerin in der Warschauer Straße zwischen der Grünberger und der Boxhagener Straße von einem Balkon aus mit Flaschen beworfen. Sie sucht Schutz in einem Spätkauf und wird dort von einer Gruppe von Männern umzingelt und beleidigt. Passant/innen kommen ihr zur Hilfe.

Antifa Friedrichshain

#101

6. AUGUST 2008

Berlin-Marzahn Gegen 10 Uhr 15 wird ein 20-jähriger vietnamesischer Zigarettenverkäufer vor einem Supermarkt in der Marchwitzastraße von einem 35-jährigen Mann erstochen.

Pressemeldung der Polizei, 6.08.2008
Tagesspiegel, 6.08.2008
BZ, 7.08.2008

Antifa Bündnis Marzahn-Hellersdorf; u.a.

#100

2. AUGUST 2008

Berlin-Friedrichshain Während der „Berliner Biermeile“ wird gegen 18 Uhr 40 am S-Bahnhof Frankfurter Allee eine Familie mit drei Kindern Opfer eines rassistischen Übergriffs. Die dunkelhäutigen Familienmitglieder werden von 10 bis 15 Männern rassistisch beleidigt und mit Bierflaschen beworfen. Eines der Kinder wird am Oberkörper getroffen. Eingreifende Passant/innen lenken die Rassisten ab, dabei wird eine Person durch einen Tritt verletzt.

indymedia, 4.08.2008
Antifa Friedrichshain

#99

1. AUGUST 2008

Berlin-Friedrichshain Vier sogenannte Grufties werden gegen 21 Uhr 30 am S-Bahnhof Frankfurter Allee von zwei sogenannten Glatzen angegriffen und verletzt. Die Täter entkommen unerkannt.

indymedia, 4.08.2008

Antifa Friedrichshain

#98

31. JULI 2008

Berlin-Friedrichshain In der Nacht schlägt ein Neonazi auf dem Grünstreifen in der Bänschstraße / Ecke Samariterstraße grundlos auf vier Personen ein, die den Abend auf der Straße genießen. Die Polizei nimmt den Angreifer fest.

Antifa Friedrichshain

#97

30. JULI 2008

Berlin-Marzahn Ein 14-jähriges Mädchen, das mit einer Freundin in der Märkischen Allee unterwegs ist, wird gegen 19 Uhr 45 aus einer Gruppe von etwa 15 Personen heraus rassistisch beleidigt. Sie wird von zwei Frauen geschlagen, getreten und ihr werden Haare ausgerissen. Die 26- und 35-jährigen Täterinnen werden festgenommen.

Berliner Zeitung, 31.07.2008, 1.07.2008

rbbonline, 31.07.2008

Tagesspiegel, 4.08.2008; u.a.

#96

13. JULI 2008

Berlin-Pankow Gegen 1 Uhr 10 wird ein 45-jähriger Mann aus Ghana in einem Wohnheim am Pölnitzweg in Buch von drei Männern angegriffen und rassistisch beleidigt. Vorher hatten die zwei 22-Jährigen und der 42-Jährige die Tür seines Zimmers eingetreten und das Zimmer verwüstet. Zu diesem Zeitpunkt ist der Betroffene nicht zu Hause. Als er sich auf dem Weg zu seinem Zimmer befindet, kommen ihm die Männer entgegen und er wird zu Boden geworfen. Die Täter treten brutal auf ihn ein. Sie schreien „Sieg heil“ und „Scheiß Neger“. Einer der Männer schreit, er wolle ihn umbringen. Andere Mitbewohner aus dem Wohnheim rufen schließlich die Polizei. Die Männer hören nicht auf zu schlagen und zu treten bis die Polizei eintrifft. Das Opfer erleidet schwere Verletzungen am Kopf, am Auge, im Brustbereich und am Rücken. Er wird ins Krankenhaus ge-

bracht. Die Polizei nimmt die Täter fest.

Berliner Morgenpost, 14.07.2008

Emanzipative Antifaschistische Gruppe
ReachOut

#95

12. JULI 2008

Berlin-Friedrichshain Ein 41-jähriger Mann wird im Volkspark Friedrichshain von sechs bis acht Jugendlichen angegriffen und geschlagen. Er ist mit seinem Fahrrad unterwegs und wartet auf zwei Freunde, denen er voraus gefahren ist. Zwei schwule Männer helfen dem Mann, der schwer verletzt ist. Sie haben die Jugendlichen vorher beobachtet, wie sie - schwulenfeindliche Parolen rufend - durch den Park gezogen sind, und sie haben die Polizei benachrichtigt.

Maneo – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt
in Berlin

#94

12. JULI 2008

Berlin-Lichtenberg Gegen 0 Uhr 30 wird ein etwa 25-jähriger mit Migrationshintergrund in der Treskowallee Ecke Marksburgstraße aus einem Linienbus gestoßen und bleibt bewusstlos liegen. Ihm folgen acht vermummte Neonazis, die sofort beginnen, eine Gruppe alternativer Jugendlicher an der Haltestelle zu beleidigen und zu bedrohen. Sie lassen erst von ihnen ab, als ein Notarzt am Ort eintrifft. Der inzwischen wieder zu sich gekommene 25-Jährige berichtet, dass er im Bus geschlagen worden sei. Er wird vom Arzt versorgt. Die Neonazis entfernen sich unerkannt.

Antifa Hohenschönhausen

#93

6. JULI 2008

Berlin-Treptow, S-Bhf. Treptower Park Gegen 5 Uhr wird ein dunkelhäutiger Mann am S-Bahnhof Treptower Park von fünf Unbekannten rassistisch beleidigt und geschlagen. Der 33-Jährige wird leicht verletzt.

Pressemeldung der Polizei, 6.07.2008

Treptower Antifa Gruppe
Register Treptow-Köpenick

#92

30. JUNI 2008

Berlin-Pankow Gegen 1 Uhr wird ein Jugendlicher auf der Höhe des jüdischen Waisenhauses in der Berliner Straße von mehreren Neonazis mit nazistischen Parolen angepöbelt und mit einer Bierflasche

beworfen, die ihn nicht trifft.

Pressemeldung der North East Antifascists (NEA), 5.07.2008
Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#91

28. JUNI 2008

Berlin-Treptow Eine Gruppe von vier Menschen mit Behinderungen in Begleitung von zwei Betreuer/innen wird gegen 19 Uhr 30 an einer Bushaltestelle in Adlershof von angetrunkenen Jugendlichen beleidigt und bespuckt. Nachdem ein Pärchen eingreift, verschwinden die Jugendlichen sofort.

Register Treptow-Köpenick

#90

28. JUNI 2008

Berlin-Tiergarten Eine 30-jährige Frau wird gegen 17 Uhr 45 an der Altonaer Straße / Ecke Klopstockstraße von zwei Männern angegriffen und zu Boden gestoßen, nachdem sie die Beiden zur Rede gestellt hat, weil sie Naziparolen grölen und den „Hitlergruß“ zeigen. Passanten kommen ihr zur Hilfe und alarmieren die Polizei. Diese nimmt die 27- und 30-jährigen Täter fest.

Pressemeldung der Polizei, 29.06.2008
Berliner Kurier, 30.06.2008
taz, 30.06.2008; u.a.

#89

26. JUNI 2008

Berlin-Friedrichshain Gegen 0 Uhr 20 werden zwei Männer und eine Frau verletzt, weil sie Warschauer Straße Ecke Kopernikusstraße einen Mann auffordern, nicht mehr den „Hitlergruß“ zu zeigen. Dieser bedroht sie, übergießt die Frau mit Bier, prügelt auf sie ein und schlägt einem Mann die Bierflasche auf den Kopf. Passanten greifen helfend ein und rufen die Polizei. Als diese nach 10 Minuten eintrifft, sind die Täter verschwunden.

indymedia, 26.06.2008

#88

25. JUNI 2008

Berlin-Schöneberg Gegen 18 Uhr 10 wird ein 36-jähriger dunkelhäutiger Mann von einer 25-jährigen Frau rassistisch beleidigt. Anschließend entwickelt sich ein Handgemenge zwischen ihm und der Frau. Die Kriminalpolizei ermittelt.

Pressemeldung der Polizei, 26.06.2008

#87

22. JUNI 2008

Berlin-Prenzlauer Berg Ein alternativer Jugendlicher wird am Sonntagmorgen gegen 1 Uhr 15 am Cantian-Stadion in der Schönhauser Allee zunächst von einem 21-jährigen Pankower wegen seines Äußeren beleidigt und anschließend unvermittelt geschlagen. Er muss sich mit Gesichtsverletzungen ins Krankenhaus begeben. Die Polizei nimmt den Angreifer fest.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe
Antifa Prenzlauer Berg

#86

21. JUNI 2008

Berlin-Treptow In Johannisthal werden alternative Jugendliche von einer Gruppe verummter Neonazis bedroht. Ein Jugendlicher wird gegen 14 Uhr von zwei Vermummten am Sterndamm bedroht.

Register Treptow-Köpenick
Treptower Antifa Gruppe

#85

20. JUNI 2008

Berlin-Weißensee In den frühen Abendstunden wird eine Gruppe alternativer Jugendlicher von Pankower NPDlern auf dem Blumenfest angegriffen. Die Jugendlichen werden bedrängt und bedroht. Sie können sich jedoch in Sicherheit bringen.

Pankower Register

#84

19. JUNI 2008

Berlin-Marzahn Zwei alternative Jugendliche werden gegen 23 Uhr an der Tram-Haltestelle Alt-Marzahn von zwei Neonazis, die dort Aufkleber mit neonazistischen Inhalt anbringen, verfolgt. Die beiden Jugendlichen können vor den Neonazis im Autonomen Nationalisten-Look in eine nahe gelegene Videothek fliehen.

Antifa Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#83

18. JUNI 2008

Berlin-Wedding, U-Bahnlinie 6 Eine 31-jährige Frau wird in der U-Bahnlinie 6 zwischen den Bahnhöfen Seestraße und Rehberge von zwei Männern rassistisch beleidigt. Ein 32-Jähriger hält sie fest, während ein 17-Jähriger ihren Kopf zu Boden drückt. Durch das Eingreifen eines 31-jährigen Zeugen kann die Frau aus Kamerun befreit werden. Die alarmierte Polizei nimmt die Täter in der Nähe des U-Bahnhofes Rehberge fest.

Pressemeldung der Polizei, 19.06.2008
Berliner Zeitung, 19.06.2008, 20.06.2008
berlinonline, 19.06.2008; u.a.

#82

17. JUNI 2008

Berlin-Weißensee Gegen 2 Uhr 50 wird ein 18-Jähriger aus Tempelhof in der Langhansstraße aus einer Gruppe von fünf Männern heraus rassistisch beleidigt und angegriffen. Der 18-Jährige wird leicht verletzt. Die Polizei nimmt einen 23-Jährigen und einen 27-Jährigen fest, die einen Stein und eine Flasche geworfen haben.

Pressemeldung der Polizei, 17.06.2008
Tagesspiegel, 18.06.2008
Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#81

16. JUNI 2008

Berlin-Spandau Nachdem sich ein 37-jähriger Mann gegen 16 Uhr 40 in einem Bus durch das Gebrabbel des Kindes eines Deutsch-Afghanen gestört fühlt, beleidigt er den 56-Jährigen Vater rassistisch und schlägt ihn ins Gesicht. Fahrgäste, die eingreifen, werden auch beleidigt. Die Polizei nimmt den Mann fest.

Berliner Zeitung, 17.06.2008
Tagesspiegel, 18.06.2008; u.a.

#80

15. JUNI 2008

Berlin-Friedrichshain Vor der Sparkasse im Ringcenter an der Frankfurter Allee wird ein Pärchen von zwei Männern mit „Hitlergruß“ angepöbelt. Nach einer verbalen Auseinandersetzung wird die Polizei alarmiert. Die Nazis gehen schnell in die Diskothek Jeton. Als die Polizei nach 20 Minuten eintrifft werden die Security-Angestellten des Jetons aufgefordert mit einer Zeugin die Nazis im Jeton zu suchen. Ohne Fahndungserfolg verlässt die Polizei das Geschehen. Kurz darauf wird das Pärchen an der Ecke Pettenkofferstraße erneut angepöbelt. Diesmal von zwei Männern und einer Frau, die auch sofort losschlagen. Die Frau wird am Boden liegend getreten, dem Mann wird die Nase gebrochen. Die eintreffende Polizei nimmt die Betroffenen nicht ernst und verfolgt die Täter nicht.

Antifa Friedrichshain

#79

12. JUNI 2008

Berlin-Pankow Ein alternativer Jugendlicher wird abends auf der Bucher Chaussee

Schattenbericht

im Ortsteil Karow von drei Rechten zunächst als „Zecke“ beschimpft, anschließend drohen sie ihm mit Gewalt. Er kann in einen Hauseingang flüchten.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#78

12. JUNI 2008

Berlin-Marzahn Gegen 17 Uhr 45 wird ein alternativer Jugendlicher, der Nazi-aufkleber entfernt, von einem Nazi in der Blenheimstraße in Alt-Marzahn zuerst beleidigt und danach mit einem Werkzeug bedroht.

Antifa Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#77

9. JUNI 2008

Berlin-Friedrichshain Ein linker Jugendlicher wird gegen 0 Uhr 50 an einer Tramhaltestelle in der Warschauer Straße von zwei Rechtsextremisten bedroht. Die Angreifer sind mit einem Knüppel und einem Stein bewaffnet. Nach mehrmaliger Aufforderung verlassen die Täter die Haltestelle.

Antifa Friedrichshain
ReachOut

#76

8. JUNI 2008

Berlin-Kreuzberg Um 5 Uhr 30 nach einer schwul-lesbischen Party im SO 36, die im Zusammenhang mit dem Dragfestival 2008 stattfindet, wird eine Gruppe von sieben Frauen in der Oranienstraße am Heinrichplatz von mehreren Männern zusammengeschlagen. Die Täter springen aus drei Autos, von denen eines einen Aufkleber der faschistischen „Grauen Wölfe“ am Heck kleben hat. Die Frauen werden niedergeschlagen und am Boden liegend getreten. Die Betroffenen tragen Verletzungen davon, eine Frau ist kurzzeitig bewusstlos. Die Täter flüchten in ihren Autos.

Pressemitteilung von NEA, 8.06.2008
Pressemeldung der Polizei, 9.06.2008
Berliner Zeitung, 9.06.2008, 10.06.2008
taz, 9.06.2008, 10.06.2008; u.a.

#75

6. JUNI 2008

Berlin-Hohenschönhausen Zwei alternative Jugendliche werden in der Konrad-Wolf-Straße von drei Rechtsextremen bedroht und verfolgt. Sie können fliehen.

Register-Lichtenberg

#74

4. JUNI 2008

Berlin-Köpenick Gegen 17 Uhr 30 wird ein 40-jährige dunkelhäutige Frau an der Badestelle „Kamerun“ an der Müggelspree von einem 20-Jährigen rassistisch beleidigt und ihrem Mann wird ins Gesicht geschlagen.

Pressemeldung der Polizei, 10.06.2008

#73

3. JUNI 2008

Berlin-Friedrichshain Ein 42-jähriger Polizeibeamter wird nur knapp von einem kleinen Pflasterstein verfehlt, der gegen 21 Uhr 20 durch ein geöffnetes Fenster des Polizeireviers in der Wedekindstraße geworfen wird. Die Polizisten nehmen einen 39-jährigen Mann fest, der unter anderem auch Nazi-Parolen äußert.

Pressemeldung der Polizei, 3.06.2008
Berliner Zeitung, 3.06.2008; u.a.

#72

2. JUNI 2008

Berlin-Weißensee Ein 27-jähriger Serbe holt gegen 12 Uhr 30 seine Kinder aus einer Kindertagesstätte in der Gounodstraße ab, als er von drei Unbekannten angepöbelt wird. Er ignoriert dies und holt seine Frau und die Kinder ab, und sie gehen zur nahegelegenen Kaufhalle. Dort wird der dunkelhäutige Mann sofort durch das Trio angegriffen, geschlagen und gewürgt. Die 26-jährige, schwangere Frau wird geschlagen, als sie ihrem Mann helfen will. Die Täter fliehen.

Pressemeldung der Polizei, 2.06.2008
Tagesspiegel, 2.06.2008
Berliner Kurier, 3.06.2008; u.a.

#71

2. JUNI 2008

Berlin-Tempelhof Um 7 Uhr 45 wird ein 15-Jähriger, dessen Eltern aus dem Libanon kommen, in einer Wohnanlage an der General-Pape-Straße von zwei Männern rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten und mit einem Messer attackiert. Der Jugendliche wird verletzt. Die Polizei kann die Täter, die in Richtung Südkreuz flüchten, nicht mehr finden.

Pressemeldung der Polizei, 2./5.06.2008
Berliner Kurier, 3./6.06.2008
Welt, 5.06.2008; u.a.

#70

1. JUNI 2008

Berlin-Weißensee Gegen 16 Uhr werden zwei alternativ aussehende Jugendliche am Weißen See aufgrund ihres Aussehens von einer Gruppe von rund zehn BFC-Hooligans belästigt, angepöbelt und herumgeschubst. Einer der zwei Jugendlichen wird anschließend von den Rechten in den Weißen See gestoßen.

Pankower Register

#69

31. MAI 2008

Berlin-Neukölln Gegen 10 Uhr 15 wird ein Mitarbeiter der BVG in einem U-Bahnzug am Endbahnhof der Linie 7 in Rudow rassistisch beleidigt und angegriffen. Der 35-jährige dunkelhäutige Mann bat eine 42-jährige Frau das Abteil zu verlassen, da er mit der Reinigung beginnen wollte. Daraufhin beleidigt die Frau den Mann rassistisch, schlägt und tritt ihn. Er erleidet leichte Kopf- und Beinverletzungen.

Pressemeldung der Polizei, 31.05.2008
Berliner Zeitung, 2.06.2008
Antifa Neukölln

#68

30. MAI 2008

Berlin-Hohenschönhausen In der Nacht zum 31. wird ein alternativer Jugendlicher am Mühlengrund von zwei Neonazis angegriffen. Die beiden Angreifer tragen Quarzsandhandschuhe und schlagen dem Jugendlichen eine Bierflasche über den Kopf.

Augenzeugenbericht

#67

30. MAI 2008

Berlin-Reinickendorf Gegen 18 Uhr 30 wird zwei alternativen Jugendlichen am Ludolfinger Platz in Frohnau von einem Mann Schläge angedroht, falls sie nicht sofort verschwinden.

Antifa Reinickendorf

#66

27. MAI 2008

Berlin-Lichtenberg Eine Iranerin wird um 16 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichsfelde Ost von einem Paar angegriffen. Als die Frau und eine Bekannte den Bahnhof betreten, kommt ihnen ein junges Paar entgegen. Als diese bemerken, dass sich die Iranerinnen auf persisch unterhalten, attackiert der junge Mann die Frau mit

einem Ellenbogenstoß gegen die Brust. Sie schlägt aus Reflex zurück und wird daraufhin beschimpft. Das Paar entfernt sich Richtung Straßenbahnhaltestelle Friedrichsfelde Ost.

Antifa Hohenschönhausen

#65

20. MAI 2008

Berlin-Marzahn Ein 30-jähriger Mann wird gegen 20 Uhr 45 in der Golliner Straße Ecke Kölpiner Straße von sechs Männern angegriffen. Die Täter skandieren rechte Parolen, schlagen und treten ihn, weil sie ihn offenbar für einen Linken halten. Der 30-Jährige wird leicht am Kopf verletzt.

Pressemeldung der Polizei, 21.05.2008
Tagesspiegel, 21.05.2008

#64

18. MAI 2008

Berlin-Friedrichshain, U-Bhf. Frankfurter Allee Um 4 Uhr 50 wird am Ausgang des U-Bahnhofes Frankfurter Allee eine Gruppe linker Jugendlicher von ca. 10 verummten, mit Schlagringen und Teleskopschlagstöcken bewaffneten Neonazis angegriffen. Dabei wird eine 20-jährige Frau zu Boden geschlagen und mit Pfefferspray angegriffen.

Pressemeldung der Polizei, 18.05.2008
Tagesspiegel, 18.05.2008
Antifa Friedrichshain; u.a.

#63

17. MAI 2008

Berlin-Treptow In der Nacht vom 17. auf den 18. Mai wird ein schwules Paar in Altglienicke in der Schönefelder Chaussee Ecke Siriusstraße von drei jungen Männern beleidigt und geschlagen. Die Täter fliehen, bevor die Polizei eintrifft.

Register Treptow-Köpenick

#62

17. MAI 2008

Berlin-Zehlendorf, S-Bhf. Wannsee Ein dunkelhäutiger Mann wird in Wannsee auf dem S-Bahnhofvorplatz am Kronprinzessinnenweg aus einer Gruppe Fußballfans heraus bespuckt. Als der 25-Jährige nachfragt, weswegen er attackiert worden sei, wird er erneut bespuckt.

Pressemeldung der Polizei, 17.05.2008
Berliner Zeitung, 19.05.2008

#61

16. MAI 2008

Berlin-Friedrichshain Zwei Frauen, die an der Kneipe „Hexe“ in der Kopernikusstraße vorbeigehen, werden aus einer Gruppe von 15 rechten Hooligans heraus von einem Vermummten angegriffen und mit Pfefferspray besprüht. Eine der Frauen wird geschlagen. Andere Partybesucher greifen ein und es entwickelt sich eine Massenschlägerei, da die Hooligans auch Verstärkung von 10 Männern bekommen. Als die Polizei eintrifft, sind die Hooligans geflüchtet.

Antifa Friedrichshain

#60

16. MAI 2008

Berlin-Friedrichshain, S-Bhf. Ostkreuz Um 23 Uhr werden zwei Punks in der S-Bahn am S-Bahnhof Ostkreuz aus einer Gruppe von ca. 40 Hools und Nazis im Autonomen-Style mit Reizgas angegriffen. Die Punks flüchten in eine andere S-Bahn.

ReachOut

#59

16. MAI 2008

Berlin-Lichtenberg, S-Bhf. Karlshorst Auf dem S-Bahnhof Karlshorst wird ein vermeintlicher Antifaschist von einem bekannten Neonazi angegriffen. Dieser versucht den Angegriffenen mit einem Kopfstoß zu verletzen. Dem mutmaßlichen Antifaschisten gelingt die Flucht.

Antifa Hohenschönhausen

#58

16. MAI 2008

Berlin-Lichtenberg Ein vermeintlicher Antifa wird in Karlshorst von einem verummten Neonazi mit einem Teleskopschlagstock verfolgt.

Antifa Hohenschönhausen

#57

16. MAI 2008

Berlin-Lichtenberg Um 2 Uhr 30 wird der Jugendklub Rainbow an der Hönowener Straße von drei mit Latten bewaffneten Neonazis angegriffen. Die Besucher des Jugendklubs können sie vertreiben.

Antifa Hohenschönhausen

#56

15. MAI 2008

Berlin-Hellersdorf Die Inhaberin und der Inhaber vietnamesischer Herkunft eines Blumenladens werden von einer Frau, die angeblich Blumen umtauschen will, beleidigt und die Frau randaliert im Laden. Die Ehefrau des Inhabers wird heftig ins Gesicht und auf den Arm geschlagen. Die benachrichtigte Polizei kommt, nimmt aber keine Anzeige auf.

ReachOut

#55

15. MAI 2008

Berlin-Köpenick Um 2 Uhr 30 wird ein dunkelhäutiger Mann auf dem Schlossplatz in Köpenick von einem ca. 30 Jahre alten Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. Passant/innen greifen ein und helfen dem Mann. Die von einem Zeugen benachrichtigte Polizei trifft niemanden mehr an.

Treptower Antifa Gruppe
Register Treptow-Köpenick

#54

14. MAI 2008

Berlin-Charlottenburg, U-Bahnlinie 7 Eine arabisch sprechende Frau wird gegen 15 Uhr 30 in der U-Bahnlinie 7 von einem 49-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Nachdem die 32-Jährige am U-Bahnhof Richard-Wagner-Platz aussteigt, folgt ihr der Mann und wirft eine Bierflasche nach ihr, die sie verfehlt. Die Polizei nimmt den Täter auf dem Bahnsteig fest.

Pressemeldung der Polizei, 15.05.2008
Berliner Morgenpost, 16.05.2008; u.a.

#53

12. MAI 2008

Berlin-Hohenschönhausen Ein 10-jähriges Mädchen wird gegen 19 Uhr 30 auf einem Spielplatz in der Vincent-van-Gogh-Straße von einer 30-jährigen Frau rassistisch beleidigt und zweimal mit der Faust gegen den Kopf geschlagen. Vorausgegangen ist ein Streit unter Kindern.

Berliner Zeitung, 13.05.2008
Berliner Kurier, 14.05.2008; u.a.

#52

11. MAI 2008

Berlin-Hellersdorf Am frühen Morgen des Pfingstsonntags gegen 4 Uhr 30 wird eine Frau an der Kreuzung Cecilienstraße / Lilly-Braun-Straße in Kaulsdorf Nord von drei Unbekannten angegriffen. Die Drei, unter denen sich eine mit Thor Steinar

Schattenbericht

bekleidete Person befindet, bezeichnen die Betroffene zunächst als „Frauenklausurin“ und als „Lesbe“. Sie schlagen ihr ins Gesicht und treten ihr gegen die Rippen und das Knie, wovon sie eine Kniescheibenprellung davon trägt. Die Angegriffene kann sich in eine nahegelegene Kneipe flüchten.

Antifa Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#51

9. MAI 2008

Berlin-Hellersdorf, U-Bhf. Cottbusser Platz Am Abend wird ein Jugendlicher am U-Bahnhof Cottbusser Platz von drei bekanntesten Neonazis angegriffen. Dem Jugendlichen wird gegen den Kopf geschlagen und eine Bierflasche wird nach ihm geworfen. Er kann sich retten, indem er sich am Gleisbett versteckt.

Antifa Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#50

7. MAI 2008

Berlin-Marzahn Gegen 21 Uhr 50 wird ein 39-jähriger obdachloser Mann vor einem Laden in der Nähe des S-Bahnhofes Ahrensfelde von zwei 26 und 28 Jahre alten Brüdern ins Gesicht geschlagen. Der Geschäftsführer des Ladens wird rassistisch beleidigt, als er dem obdachlosen Mann helfen will. Als er in den Laden flüchtet, folgen ihm die Brüder und es kommt zu einer Auseinandersetzung, bei der eine 22-Jährige und ein 24-Jähriger leicht verletzt werden. Die Polizei kann die Täter in der Nähe festnehmen.

Berliner Zeitung, 9.05.2008, 13.05.2008

Tagesspiegel, 9.05.2008

Berliner Morgenpost, 10.05.2008; u.a.

#49

5. MAI 2008

Berlin-Hellersdorf Gegen 23 Uhr werden drei Jugendliche zwischen dem Hellersdorfer Corso und dem Ärztehaus von einem Neonazi angegriffen. Der mit einem Thor-Steinar-Pullover bekleidete Mann spricht die Drei mit den Worten an „Ihr hängt doch mit den Zecken rum“, zieht einen Schlagring und gibt einem der Jugendlichen eine Kopfnuss. Die Angegriffenen flüchten.

Antifa Bündnis Marzahn-Hellersdorf

#48

4. MAI 2008

Berlin-Neukölln Linke Jugendliche werden beim Flugblätter Verteilen unvermittelt von zwei Neonazis bedroht und angegriffen. Die Neonazis sind dabei mit Schlagwerkzeugen und einem Messer bewaffnet und drohen den Jugendlichen sie „abzustechen“. Diese können den Angriff vorübergehend stoppen und unverletzt flüchten.

Antifa Neukölln

#47

4. MAI 2008

Berlin-Mitte, U-Bhf. Alexanderplatz Ein Mann aus Guinea, der in Begleitung einer Bekannten ist, wird gegen 3 Uhr 30 auf dem Bahnsteig der Linie 5 am U-Bahnhof Alexanderplatz von einem Mann rassistisch beleidigt und mit Pfefferspray und Schlägen angegriffen. Der 21-Jährige kann trotz erheblicher Augenreizung den gleichaltrigen Angreifer überwältigen und mit Hilfe von Mitarbeitern einer Sicherheitsfirma bis zum Eintreffen der Polizei festhalten. Der wegen mehrfacher Gewaltdelikte polizeibekanntete Täter wird nach einer Blutentnahme wieder freigelassen.

Pressemeldung der Polizei, 5.05.2008

Tagesspiegel, 5.05.2008, 6.05.2008

taz, 6.05.2008; u.a.

#46

3. MAI 2008

Berlin-Friedrichshain Eine Gruppe Linker wird gegen 3 Uhr in der Gärtnerstraße zwischen Grünberger und Boxhagener Straße von sechs Neonazis angegriffen und mit CS-Gas verletzt. Die Neonazis entfernen sich Richtung Frankfurter Allee. Passanten rufen die Polizei. Als diese kommt, trifft sie niemanden mehr an.

Antifa Friedrichshain

#45

2. MAI 2008

Berlin-Friedrichshain, S-Bhf. Ostkreuz Gegen 15 Uhr werden zwei alternative Jugendliche am Ostkreuz von einem bekannten Neonazi und einem weiteren Nazi verfolgt und bedroht.

Antifa Friedrichshain

#44

30. APRIL 2008

Berlin-Friedrichshain Am S-Bahnhof Warschauer Straße wird ein Obdachloser

in der Bahn von Neonazis bedrängt und abgefilmt. Als er in eine andere Bahn umsteigen will, folgen sie ihm und verstellen ihm den Weg. Andere Passanten mischen sich ein und die Neonazis beginnen eine körperliche Auseinandersetzung. Der Obdachlose kann sich in eine S-Bahn flüchten. Die Neonazis bleiben auf dem Bahnsteig.

Antifa Friedrichshain

#43

27. APRIL 2008

Berlin-Hohenschönhausen Gegen 1 Uhr 30 werden zwei Männer im Alter von 22 und 24 Jahren in der Falkenberger Chaussee von sechs bis sieben Angehörigen der rechten Szene angegriffen und leicht verletzt. Die Täter können unerkannt entkommen.

Welt, 27.04.2008

Berliner Zeitung, 28.04.2008; u.a.

#42

26. APRIL 2008

Berlin-Neukölln Gegen Mitternacht wird ein alternativer Jugendlicher auf der Flughafenstraße von zwei betrunkenen Neonazis angepöbelt und bedroht. Danach ziehen die Beiden an einer Baustelle vorbei und randalieren dort.

Antifa Neukölln

#41

22. APRIL 2008

Berlin-Schöneberg, S-Bhf. Schöneberg Eine 27-jährige Chinesin wird von einem unbekanntem Mann zur Seite gestoßen und rassistisch beleidigt, als sie auf dem Bahnhof Schöneberg einen S-Bahnzug nach Wannsee besteigen will.

Pressemeldung der Polizei, 23.04.2008

#40

20. APRIL 2008

Berlin-Neukölln Ein Hauseigentümer mit türkischer Herkunft wird gegen 3 Uhr 30 von einem Taxifahrer geweckt, der ein Feuer bemerkt hat. Unbekannte haben einen Brandsatz gegen die Hauswand des Einfamilienhauses in Rudow geworfen, wodurch ein im Garten aufgebautes Partyzelt in Brand geriet.

(Siehe auch 22. März 2008)

Pressemeldung der Polizei, 20.04.2008

Berliner Zeitung, 20.04.2008

Tagesspiegel, 21.04.2008; u.a.

#39

19. APRIL 2008

Berlin-Tempelhof Ein dunkelhäutiger 19-Jähriger wird um 4 Uhr 10 bei einer Feier in einem Nachbarschaftszentrum in der Finchleystraße in Lichtenrade von einem Unbekannten rassistisch beleidigt. Anschließend werden er und ein 22-Jähriger mit dunkler Hautfarbe von mehreren Jugendlichen geschlagen. Der 22-Jährige wird ambulant im Krankenhaus behandelt.

Pressemeldung der Polizei, 19.04.2008
taz, 19.04.2008
Berliner Morgenpost, 21.04.2008

#38

19. APRIL 2008

Berlin-Pankow Mit „Ausländer raus“ wird gegen 3 Uhr 10 in der Wiltbergstraße in Buch ein 22-jähriger Araber beleidigt und mit den Worten „ich mach' dich fertig“ bedroht. Dabei greift der Täter mit der rechten Hand so in seine Jacke als ob er eine Waffe ziehen will. Der 22-Jährige und seine Ehefrau rennen weg, werden aber von dem Unbekannten noch ein Stück verfolgt, bevor der Täter mit seinem Auto davon fährt.

Pressemeldung der Polizei, 19.04.2008
taz, 19.04.2008
Berliner Morgenpost, 21.04.2008

#37

18. APRIL 2008

Berlin-Wedding Kurz nach 20 Uhr wird ein Nigerianer in der Soldiner Straße vor seinem Wohnhaus rassistisch beleidigt und mit der Faust gegen die Brust geschlagen. Nachdem der Täter gegen das Moped des 30-Jährigen getreten hat, verschwindet er unerkannt.

Pressemeldung der Polizei, 19.04.2008
taz, 19.04.2008
Berliner Morgenpost, 20.04.2008

#36

16. APRIL 2008

Berlin-Lichtenberg In der Lückstraße wird eine Seniorin von drei Lichtenberger Neonazis bedroht, weil sie Naziaufkleber entfernt. In ihrer Anwesenheit kleben die Drei weitere Aufkleber. Sie verständigt die Polizei, die Neonazis fliehen.

Antifa Hohenschönhausen

#35

13. APRIL 2008

Berlin-Prenzlauer Berg Ein antifaschistischer Jugendlicher wird gegen 14 Uhr auf der Michelangelostraße von Neonazis überfallen und zusammengeschlagen.

Presseerklärung von NEA
Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#34

13. APRIL 2008

Berlin-Friedrichshain Ein 25-Jähriger geht gegen 2 Uhr auf der Marchlewskistraße in Richtung Warschauer Brücke, als hinter ihm zwei Unbekannte rechte Parolen rufen. Er dreht sich um und wird verbal angegriffen. Als er weitergehen will, schlagen die Männer auf ihn ein und werfen ihm eine Flasche nach. Er wird verletzt und muss im Krankenhaus ambulant behandelt werden.

Pressemeldung der Polizei, 13.04.2008
Tagesspiegel, 13.04.2008
Berliner Morgenpost, 14.04.2008; u.a.

#33

12. APRIL 2008

Berlin-Pankow Um 4 Uhr 30 pöbelt ein gewaltbereites Pärchen mit offensichtlich rechter Gesinnung in der Bahn nach Bernau eine schwarze Frau an. Am Bahnhof Blankenburg beleidigt die Rassistin die Frau und bespuckt sie mehrere Male.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe
Antifaschistische SchülerInnen Vernetzung

#32

2. APRIL 2008

Berlin-Friedrichshain Ein Jugendlicher wird von Neonazis angegriffen, weil er Corinthstraße Ecke Persiusstraße im Rudolwiekiez Antifa-Aufkleber klebt.

Antifa Friedrichshain

#31

30. MÄRZ 2008

Berlin-Friedrichshain Gegen 6 Uhr morgens wird eine Gruppe alternativer Jugendlicher von ca. 15 Neonazis von der Diskothek Jeton an der Frankfurter Allee bis zum S-Bahnhof Frankfurter Allee gejagt. Die Jugendlichen werden durch den Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken leicht verletzt.

Antifa Friedrichshain

#30

29. MÄRZ 2008

Berlin-Reinickendorf Eine Jugendliche, die auf dem Waldseeweg vom S-Bahnhof Hermsdorf kommend unterwegs ist, wird gegen 22 Uhr von einem Mann von ihrem Fahrrad getreten. Er und ein weiterer Mann treten auf die am Boden liegende Frau ein und beleidigen sie mit „Scheiß Zecke“ und „Lass dich hier nicht wieder blicken“. Die Jugendliche erleidet Verletzungen und die Täter entkommen unerkannt in Richtung des S-Bahnhofes.

Antifaschistische Initiative Reinickendorf

#29

27. MÄRZ 2008

Berlin-Lichtenberg Gegen 12 Uhr wird in der Weitlingstraße ein 52-jähriger Mann türkischer Herkunft und sein 2-jähriger Sohn von zwei Männern rassistisch beleidigt und bedroht. Ein Taxifahrer, der den Übergriff beobachtet hat, greift ein. Die Polizei nimmt einen 37-Jährigen fest.

Pressemeldung der Polizei, 28.03.2008
berlinonline, 28.03.2008
taz, 29.03.2008

#28

24. MÄRZ 2008

Berlin-Friedrichshain Ein alternativer Jugendlicher wird am Ostbahnhof in der S-Bahn Richtung Ahrensfelde von etwa 10 Neonazis im Black-Block-Style bedroht.

Antifa Friedrichshain

#27

22. MÄRZ 2008

Berlin-Neukölln In der Nacht zum 22. März werfen ein 16-Jähriger und ein 18-Jähriger, die der rechten Szene nahe stehen, aus rassistischer Motivation zwei Brandsätze auf ein Haus im Fenchelweg in Rudow. (Siehe auch 20. April)

Pressemeldung der Polizei, 4.06.2008
taz, 5.06.2008
Antifa Neukölln; u.a.

#26

21. MÄRZ 2008

Berlin-Friedrichshain Ein 10-jähriges Mädchen wird gegen 17 Uhr 20 auf der Frankfurter Allee von einem Mann rassistisch beleidigt und zu Boden gestoßen. Das Mädchen erleidet einen Schock.

Berliner Kurier, 23.03.2008
Neues Deutschland, 25.03.2008
Die Welt, 25.03.2008; u.a.

Schattenbericht

#25

16. MÄRZ 2008

Berlin-Friedrichshain Einem jungen Mann wird vor einer Bar in der Seumestraße die Nase gebrochen und mehrere Rippen geprellt. Er war zuvor gefragt worden, ob er schwul sei und bejahte dies.

Antifa Friedrichshain

#24

16. MÄRZ 2008

Berlin-Friedrichshain Ein 31-Jähriger wird in der Sonntagstraße / Ecke Lenbachstraße von zwei Männern schwulenfeindlich angepöbelt und dann von einem der Männer mit einem Knüppel geschlagen und verletzt. Der 31-Jährige wehrt sich. Zeugen rufen die Polizei, die einen der Täter festnimmt.

ReachOut

#23

16. MÄRZ 2008

Berlin-Friedrichshain Um ca. 4 Uhr 30 werden Gäste des Hausprojektes Schnarup Thumbly in der Scharnweberstraße im Eingangsbereich des Hauses von zwei Neonazis mit Pfefferspray angegriffen.

Antifa Friedrichshain

#22

16. MÄRZ 2008

Berlin-Lichtenberg Ein 23-jähriger Angestellter türkischer Herkunft eines Cafés in der Möllendorffstraße wird gegen 20 Uhr 15 von fünf Männern rassistisch beleidigt. Diese hatten zuvor die Schaufensterscheibe des Cafés mit Plastikstühlen attackiert.

Pressemeldung der Polizei, 17.03.2008
Berliner Morgenpost, 18.03.2008

#21

16. MÄRZ 2008

Berlin-Hohenschönhausen Ein alternativer Jugendlicher wird gegen Abend von drei Neonazis in der Konrad-Wolf-Straße gejagt. Die mit einer Eisenstange bewaffneten Neonazis rufen dabei „Hasta la vista, antifascista“. Er kann sich in einen Hausflur retten.

Antifa Hohenschönhausen

#20

9. MÄRZ 2008

Berlin-Friedrichshain Gegen 4 Uhr 45 wird das Sama-Café in der Samariterstraße von 10 bis 15 Neonazis angegriffen. Die

vermummten Angreifer/innen stürmen in das Café, werfen Flaschen und versprühen Pfefferspray, dabei werden zwei Personen im Café verletzt.

Pressemeldung der Polizei, 9.03.2008
Berliner Zeitung, 10.03.2008
Antifa Friedrichshain; u.a.

#19

7. MÄRZ 2008

Berlin-Reinickendorf Um 2 Uhr 30 wird ein Antifaschist, der sich auf dem Weg vom S-Bahnhof Wittenau ins Märkische Zentrum befindet, auf dem Wilhelmsruher Damm zwischen Eichhorster Weg und Königshorster Straße von vier Neonazis angegriffen. Der Jugendliche wird unter Rufen wie „Ausländer brauchen wir hier nicht!“ von hinten niedergeschlagen. Dank des Eingreifens von vier Passanten fliehen die Nazis und er erleidet nur leichte Verletzungen.

Antifaschistische Initiative Reinickendorf

#18

2. MÄRZ 2008

Berlin-Friedrichshain, S-Bhf. Frankfurter Allee Gegen 6 Uhr 55 wird am S-Bahnhof Frankfurter Allee ein 19-jähriger Mann angolischer Herkunft von einer 20-jährigen Frau ins Gleisbett gestoßen. Durch die Hilfe von zwei Passanten wird er vor dem heran nahenden Zug gerettet. Zuvor wurde der Mann von der 20-Jährigen aus Neukölln rassistisch beleidigt und verfolgt. Gegen die Frau wird ein Haftbefehl erlassen.

Pressemeldung der Polizei, 2.03.2008
spiegelonline, 2.03.2008
Berliner Zeitung, 3./4.03.2008
taz, 3.03.2008, 6.03.2008; u.a.

#17

29. FEBRUAR 2008

Berlin-Treptow Am Abend wird am S-Bahnhof Treptower Park ein Passant, der Sticker für den Berliner SA-Führer Horst Wessel abreißt, von zwei Neonazis angepöbelt und bedroht.

Treptower Antifa Gruppe

#16

23. FEBRUAR 2008

Berlin-Pankow Gegen 2 Uhr wird ein 44-jähriger Mann afrikanischer Herkunft in der Florastraße Ecke Mühlenstraße von vier Männern im Alter zwischen 22 und 27 Jahren, die wie Neonazis aussehen, rassistisch beleidigt und angegriffen. Es

gibt einen Schlagabtausch zwischen Angreifern und Opfer. Da die Angreifer in der Überzahl sind, kann dem Afrikaner nur die Flucht das Leben retten. Die Angreifer rennen erfolglos hinter ihm her. Der Betroffene erstattet Anzeige bei der Polizei.

Bericht des Betroffenen

#15

23. FEBRUAR 2008

Berlin-Pankow Gegen 1 Uhr werden in der Nähe des S-Bahnhofes Wollankstraße 10 linke Jugendliche von einer Gruppe von ca. 10-15 Neonazis angegriffen. Dabei wird ein 23-Jähriger durch einen Schlag mit einem Teleskopschlagstock am Kopf verletzt. Die Neonazis kamen aus dem „Musik-Café“ in der Wollankstraße Ecke Brehmestraße.

Berliner Morgenpost, 24./25.02.2008
Welt, 25.02.2008

Antifaschistische Initiative Reinickendorf
Antifa Klein Pankow; u.a.

#14

17. FEBRUAR 2008

Berlin-Marzahn Gegen 2 Uhr 30 wird ein Taxifahrer libanesischer Herkunft von einem Paar rassistisch beleidigt. Als er die 30-Jährige und den 40-Jährigen an der Kreuzung Landsberger- / Märkische Allee auffordert das Taxi zu verlassen, wird er erneut beleidigt und leicht verletzt. Als der 28-jährige Fahrer die Polizei rufen will, verfolgt ihn der Mann um das Taxi. Die alarmierte Polizei nimmt das Paar fest.

Pressemeldung der Polizei, 17.02.2008
Berliner Zeitung, 18.02.2008
Tagesspiegel, 18.02.2008; u.a.

#13

16. FEBRUAR 2008

Berlin-Marzahn Wenige Minuten nach dem Überfall auf den Blumenladen wird an der Straßenbahnhaltestelle Niemecker Straße eine Frau vietnamesischer Herkunft mit ihrem zweijährigen Kind von vermutlich den selben Tätern rassistisch beleidigt. Der 36-jährigen Frau wird mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und als die Frau mit dem Kinderwagen flüchtet, werfen die Täter mit Steinen nach ihr. Die Frau wird mit Verletzungen im Gesicht und im Nacken im Krankenhaus behandelt.

Pressemeldung der Polizei, 16./22.02.2008
Tagesspiegel, 17./22./23./24.02.2008
Berliner Kurier, 17./22.02.2008; u.a.

#12

16. FEBRUAR 2008

Berlin-Marzahn Gegen 7 Uhr 40 zerschlagen drei Männer die Scheibe eines Blumenladens an der Flämingstraße. Als die Inhaberin vietnamesischer Herkunft die Tür öffnet, wird sie von drei Männern gegen ein Regal geworfen und, nachdem sie zu Boden stürzt, getreten. Die Täter beleidigen die 50-Jährige rassistisch und flüchten mit dem Geld aus der Kasse in Richtung Straßenbahnhaltestelle Niemecker Straße. Die Frau wird im Krankenhaus ambulant behandelt.

BerlinOnline, 16.02.2008

taz, 18.02.2008

Antifa Bündnis Marzahn-Hellersdorf; u.a.

#11

10. FEBRUAR 2008

Berlin-Lichtenberg In der Nacht wird ein alternativer Jugendlicher an der Haltestelle „Fachhochschule für Technik und Wirtschaft“ an der Treskowallee von drei 19- bis 21-jährigen Männern mindestens vier Mal mit den Worten „Wat'n, hast du etwa was dagegen, dass ich braun bin?“ ins Gesicht geschlagen, so dass er eine Platzwunde am Auge erhielt.

Chronik Karlshorst

#10

3. FEBRUAR 2008

Berlin-Köpenick Gegen 5 Uhr 20 wird eine 26-Jährige türkischer Herkunft und ein 31-Jähriger irakischer Herkunft vor einem Hotel in der Grünauer Straße von einem 17- und einem 18-Jährigen rassistisch beleidigt. Nachdem der 17-Jährige einen Teleskopschlagstock zieht, flüchten die beiden Angestellten in das Hotel. Der Portier, der ihnen zur Hilfe kommt, erhält einen Faustschlag ins Gesicht und einen Schlag mit dem Schlagstock gegen den Arm. Bevor die Täter flüchten, zerschlagen sie eine Glasscheibe. Die Polizei nimmt die Täter in der Nähe fest.

Pressemeldung der Polizei, 3.02.2008

Tagesspiegel, 3.02.2008

Register Treptow-Köpenick; u.a.

#9

3. FEBRUAR 2008

Berlin-Pankow Gegen 0 Uhr 15 werden Fahrgäste in der S-Bahn von sechs betrunkenen Nazis (vier Männer und zwei Frauen) im Old-School-Look beleidigt. Die Nazis, die am S-Bahnhof Pankow eingestiegen sind, zeigen mehrfach den „Hitlergruß“ und machen sich über Schwarze

lustig. Als eine ältere Frau daran Anstoß nimmt, wird sie durch einen Nazi bedroht. Ein anwesender Antifaschist zieht daraufhin die Notbremse, mischt sich ein und wird selbst angegriffen. Durch das Eingreifen eines weiteren Fahrgastes gelingt es, die Nazis in eine Ecke zu drängen. Am S-Bahnhof Karow werden die Nazis von Bereitschaftsbeamten aus dem Zug geholt.

Emanzipative Antifaschistische Gruppe

#8

29. JANUAR 2008

Berlin-Friedrichshain, S-Bhf. Ostkreuz

Zwei junge Männer werden von sechs bis sieben zum Teil bekannten Nazis antisemitisch beleidigt und bis zur S-Bahn verfolgt. Einer der Nazis versucht einen der Männer aus dem Waggon zu ziehen, was ihm nicht gelingt. Ein anderer Nazi tritt den jungen Mann an die Hüfte. Die Szene wird von einem bekannten Nazi fotografiert.

ReachOut

#7

29. JANUAR 2008

Berlin-Lichtenberg, S-Bhf. Lichtenberg

Um 13 Uhr 30 wird ein Antifaschist von zwei bekannten Lichtenberger Neonazis am S-Bahnhof Lichtenberg verfolgt, beleidigt und bedroht.

ReachOut

#6

20. JANUAR 2008

Berlin-Pankow In der Nacht von Freitag auf Samstag wird ein junger Antifaschist am S-Bahnhof Pankow von 8-10 Neonazis angepöbelt und dann gejagt. Der Antifaschist rettet sich in einen Nachtbus und bleibt unverletzt.

Antifa Klein Pankow

#5

17. JANUAR 2008

Berlin-Köpenick Gegen 14 Uhr 30 wird ein Paketbote in der Klarastraße in Oberschöneweide von zwei Männern rassistisch beleidigt. Als der 20-Jährige in sein Fahrzeug flüchtet, versuchen die Männer im Alter von 42 und 50 Jahren die Fahrzeugtüren zu öffnen und fordern ihn immer wieder auf, aus dem Auto zu steigen. Die vom Opfer alarmierte Polizei kann die Täter festnehmen.

Pressemeldung der Polizei, 18.01.2008

Berliner Zeitung, 19.1.2008

Register Treptow-Köpenick; u.a.

#4

16. JANUAR 2008

Berlin-Mitte Gegen 14 Uhr 45 werden fünf Schüler der jüdischen Oberschule an der Ecke Oranienburger und Große Hamburger Straße von vier Männern antisemitisch beleidigt. Die Männer hetzen einen Hund auf die Schüler, die in eine Bäckerei flüchten. Die durch Zeugen alarmierte Polizei kann zwei 27 und 31 Jahre alte Hauptverdächtige festnehmen.

Tagesspiegel, 17.1.2008, 18.1.2008

spiegelonline, 17.1.2008, 18.1.2008

Süddeutsche Zeitung, 17.1.2008; u.a.

#3

5. JANUAR 2008

Berlin-Spandau Um 3 Uhr 50 wird in der Pichelsdorfer Straße ein Zeitungsbote von einem Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. Der 36-Jährige erleidet leichte Prellungen. Der Täter kann unerkannt entkommen.

Pressemeldung der Polizei, 5.01.2008

Tagesspiegel, 6.01.2008, 15.1.2008

Berliner Zeitung, 7.1.2008; u.a.

#2

1. JANUAR 2008

Berlin-Friedrichshain In der Silvesternacht gegen 2 Uhr morgens werden mehrere alternative Personen in der Rigaerstraße / Bersarinplatz von acht Jugendlichen angegriffen. Einem Opfer wird mehrfach ins Gesicht und mit zwei Flaschen auf den Kopf geschlagen und es muss im Krankenhaus behandelt werden. Nachdem die Opfer fliehen können, versuchen sie erfolglos, was Teil stark blutend, eine mit Blaulicht vorbei fahrenden Zivilstreife anzuhalten.

Antifa Friedrichshain

#1

1. JANUAR 2008

Berlin-Lichtenberg In der Silvesternacht greifen gegen 1 Uhr 15 in der Weitlingstraße etwa 15 Neonazis eine afghanische Familie mit Schlagstöcken an. Die Familie kann in ihre Wohnung flüchten. Die verummten Neonazis versuchen die Haustür aufzubrechen. Nachdem dies nicht gelingt, beschädigen sie den Hauseingang und werfen Fensterscheiben ein. Die Täter entkommen unerkannt.

Pressemeldung der Polizei, 1.01.2008

Berliner Zeitung, 2.01.2008

taz, 2.01.2008; u.a.

Weiterführende Literatur

Dietze, Gabriele/Brunner, Claudia/Wenzel, Edith (Hg.): *Kritik des Okzidentalismus: Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*, Bielefeld 2009

El-Tayeb, Fatima: *Begrenzte Horizonte. Queer Identity in der Festung Europa.*

In: Hito Steyerl und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): *Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Münster 2003

Interkulturelles Beratungs- und Begegnungs- Centrum e.V.: *Die Wahrnehmung von Rechtsextremismus und das Zusammenleben von Migrant/innen und Deutschen im Neuköllner Blumenviertel*

Bezug: <http://www.ibbc-berlin.de/pages/intervention.html>

Interkulturelles Beratungs- und Begegnungs- Centrum e.V. (Hg.): *Für Demokratie und Zivilcourage. Informationen, Handlungstipps, Ansprechpartner/innen*, Berlin 2008

Bezug: http://www.mbr-berlin.de/MBR_vor_Ort/Neukoelln/Intervention_in_Rudow/498.html

Jentsch, Ulli: *PRO-Aktivitäten in Berlin und Brandenburg.*

In: Alexander Häusler (Hg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008.

Kilomba, Grada: *Plantation Memories: Episodes of Everyday Racism*, Münster 2008

Klauda, Georg: *Die Vertreibung aus dem Serail. Europa und die Heteronormalisierung der islamischen Welt*, Hamburg 2008

MBR: *Handlungsräume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen*, Berlin 2008

Oenderzoeksgroep Turks Extreem-rechts (auch deutschsprachige Seite): <http://www.alertafa.nl>

Petzen, Jennifer: *Wer liegt oben? Türkische und deutsche Maskulinitäten in der schwulen Szene.*

In: IFADE (Hg.): *Insider – Outsider: Bilder, ethnisierte Räume und Partizipation im Migrationsprozess*, Bielefeld 2005

Reimer, Katrin/Fischel, Eberhard/Klose, Bianca/Müller, Matthias: *Entwicklung von Standards und Empfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit. Erfahrungen im Berliner Bezirk Treptow- Köpenick.* In: *deutsche jugend – Zeitschrift für die Jugendarbeit*, 57 Jg., Heft 1, Januar 2009

Stöss, Richard/Niemayer, Oskar: *Berlin-Brandenburg-BUS 2008. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000-2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008*

Bezug: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/>

Verein für demokratische Kultur e.V.: *Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien*, Berlin 2008

Bezug: http://www.mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen

Adressen



**apabiz – Antifaschistisches
Pressearchive und Bildungs-
zentrum Berlin**

Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Tel./Fax: 030-611 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de
www.turnitdown.de
www.whatwecando.de



**ReachOut – Opferbera-
tung und Bildung gegen
Rechtsextremismus,**

Rassismus und Antisemitismus

Oranienstraße 159
10969 Berlin
Tel.: 030-695 68339
Fax: 030-695 68 346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de



**Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
Berlin**

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Tel.: 030-24045 430
Fax: 030-24045 319
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de



**GLADT – Gays & Lesbians
aus der Türkei e.V.**

Gays & Lesbians aus der Türkei
Türkiyeli Eşcinseller Derneği
Kluckstraße 11
10785 Berlin
Tel.: 030-26 55 66 33
Tel.: 030-26 55 66 34
info@GLADT.de
www.gladt.de

Berliner Registerstellen

Lichtenberger Register

Netzwerkstelle „Licht-Blicke“
Ahrenshooper Straße 7
13051 Berlin
Tel.: 030-99270555
post@licht-blicke.org
www.licht-blicke.org

Pankower Register

Netzwerkstelle [moskito]
Fehrbelliner Straße 92
10119 Berlin
Tel: 030-443 83 469
moskito@pfefferwerk.de
www.pfefferwerk.net/stadtkultur/stadt-
teilarbeit/moskito.html

Register Friedrichshain

c/o Mieterladen
Kreutzigerstr. 23
10247 Berlin
030-74078831 und 01577-7369942
kontakt@register-friedrichshain.de
www.register-friedrichshain.de

Register Treptow-Köpenick

Koordinierungsstelle Register
c/o Villa Offensiv
Hasselwerder Str. 38-40
12439 Berlin
Tel: 0152-04 42 57 46
Register-tk@web.de
www.register-tk.de

Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf

Stiftung SPI
Polis* Bezirkliche Koordinierungs-
stelle gegen demokratiegefährdende
Phänomene und Rechtsextremismus
Klausdorfer Str. 8
12629 Berlin
Tel.:030-99275096
polis@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de/sozraum/sr_polis.
html

Schattenbericht

Impressum

Berliner Zustände 2008

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus,
Rassismus und Homophobie

HerausgeberInnen: apabiz und MBR

ViSdP: C. Schulze c/o apabiz e.V., Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin
Bildnachweise: S. 3-6, 23-35: Proteste gegen eine Veranstaltung des RNF in Neukölln am 05.09.2008, Marek Peters; S. 9-13, 16: Antifa-Proteste in Lichtenberg am 06.12.2008, Christian Ditsch/version-foto; S. 15: Bild auf einer Brücke in Lichtenberg im August 2008, Koordinierungsstelle Lichtenberg; S. 19-21: Proteste gegen Nazi-Demo in Hellersdorf am 18.10.2008, Marek Peters; S. 36: Proteste gegen den Naziladen Tonsberg am 22.02.2008 in Mitte, Christian Ditsch/version-foto; S. 38: Aktion gegen Tonsberg am 07.07.2008, Initiative Mitte gegen Rechts; S. 40f: Bus gegen Rechts in Neukölln, Theo Schneider; S. 43: Demokratiefest in Rudow am 28.06.2008, Theo Schneider; Anti-NPD-Proteste vor der BVV in Treptow, Christian Ditsch/version-foto

Gestaltung: ronator

Druck: DT

Schutzgebühr: 2 Euro



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Die herausgebenden Projekte werden gefördert durch das „Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Beauftragten für Integration und Migration des Berliner Senats (apabiz e.V. und MBR) und durch das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (MBR). Wir danken den Fördermitgliedern des apabiz, deren Spenden uns die Erstellung dieser Publikation ermöglicht haben, sowie der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ in ver.di Berlin-Brandenburg (Agrexive), die uns bei den Druckkosten finanziell unterstützt hat.